

Michael Rosecker

KARL RENNER

EIN REPUBLIKANISCHES FUNDAMENT
(1870–1950)



Impressum

RennerInstitut

Medieninhaber und Herausgeber

Karl-Renner-Institut
Karl-Popper-Straße 8
1100 Wien

Redaktion und Lektorat

Nina Abrahamczik, Maria Maltschnig,
Christine Eichinger und Daniel Steinlechner

Grafik

Alexander Korab

Titelfotos

Karl Renner als Reichsratsabgeordneter (1910)
Karl Renner als Nationalratsabgeordneter (1925)
Karl Renner als Bundespräsident (1947)

Druck und Herstellungsort

Gutenberg Druck in Kooperation mit
Print Alliance HAV Produktions GmbH
2540 Bad Vöslau
Dezember 2020



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
Print Alliance HAV Produktions GmbH, UW-Nr. 715

ISBN: 978-3-85464-044-8

Zum Autor

Michael Rosecker
Stv. Direktor des Karl-Renner-Instituts und
wissenschaftlicher Leiter des Karl Renner-Museums

Inhalt

- 4 Doris Bures: Karl Renner – ein „Denkmal“ mit Widersprüchen
- 7 Der Präsident ist tot – Am Ende ein österreichischer Aufbruch
- 9 Bäuerliche Armut und Bildung als Aufstieg
- 13 Die Lösung der Nationalitätenkonflikte oder sich den habsburgischen Kopf zerbrechen
- 17 Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht oder die Selbstsucht der Stände
- 20 Anpassungsfähig und zielgerichtet: Der Konstrukteur der Republik
- 25 Ordnung in das Chaos oder „liebend der Republik dienen“
- 30 Der österreichische Antisemitismus – Grundton der Ersten Republik
- 34 Die freiorganisierten Konsument:innen und die Wirtschaftsdemokratie
- 38 Vom Hineingleiten in den Sozialismus – Karl Renners Sozialismusverständnis
- 41 Brückenbauer oder Versöhnler? – Kompromisse und Lebensfehler
- 49 Historischer Irrtum und biografischer Schatten – Das „Anschluss-Ja“
- 51 Ein zweites Mal der Konstrukteur der Republik – Lebensleistung mit Schatten
- 58 Ein vorläufiger Abschluss
- 60 Anton Pelinka: Die Ambivalenz Karl Renners
- 62 Anmerkungen
- 68 Literatur
- 71 Bildnachweis

Karl Renner – ein „Denkmal“ mit Widersprüchen

Vorwort von Doris Bures

Karl Renner stand zweimal an der Wiege österreichischer Republikgründungen. Sowohl 1918 nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie als auch 1945 noch in den Endzügen der NS-Diktatur war es Karl Renner, der die entscheidenden Schritte und Impulse zur Gründung der demokratischen Republik Österreich setzte. Das machte ihn über Jahrzehnte hinweg gleichsam zu einem Säulenheiligen österreichischer Unabhängigkeit und Freiheit. In den letzten Jahren allerdings wird – bei aller notwendigen kritischen historischen Einordnung – aus durchsichtigen Motiven versucht, dieses republikanische „Denkmal“ des Landes mit mehr oder weniger lauterer Methoden zu beschädigen oder gar einzureißen.

Seit einigen Jahren ist nun zu beobachten, dass von konservativer Seite versucht wird, im Zuge einer geschichtspolitischen Kompensation Karl Renner als historischen „Sünder“ der Sozialdemokratie zu brandmarken. Offenbar sollen dadurch historisch belastete und entsprechend kritisch gewürdigte Persönlichkeiten des eigenen Lagers – Karl Lueger, Engelbert Dollfuß u. a. – „entlastet“ werden. Dafür werden Renner im Wesentlichen zwei „Sündenfälle“ in Rechnung gestellt. Zum einen wird ihm seit einigen Jahren Antisemitismus unterstellt, zum anderen sein deklariertes „Ja“ bei der Volksabstimmung zur Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich zum Vorwurf gemacht. Zum Drüberstreuen wird dann auch noch kritisch angemerkt, dass er 1945 einen Brief an den Generalsekretär der KPdSU unterwürfig mit „Genosse Stalin“ eröffnet hat. Der Vorwurf, Renner habe antisemitisch agitiert, wurde vom ehemaligen Salzburger ÖVP-Landeshauptmann Schausberger erstmals erhoben, der als schwerwiegenden „Beweis“ hauptsächlich eine Rede Renners anführt, in der dieser die antisemitischen Stereotypen der Christlich-Sozialen, mit denen sie die Wahlen 1920 gewonnen hatten, sarkastisch und im damaligen Sprachduktus auf's Korn genommen hatte. Außer diesem offenbar bewussten „Missverständnis“ einer kontextlos zitierten Renner-Rede gibt es keine seriösen Hinweise für dessen angeblichen Antisemitismus. Interessanterweise wurde Renners damalige Rede etwa in der jüdischen Zeitung „Die Wahrheit“

in der Ausgabe vom 1.12.1920 ausdrücklich positiv gewürdigt: „Nie wurde mit weniger Worten mehr Wahrheit über den Wiener Antisemitismus gesagt als in dieser denkwürdigen Rede Dr. Renners.“ Hinzu kommt, dass die österreichische Sozialdemokratie von Christlich-Sozialen und Deutschnationalen stets propagandistisch als „Judenpartei“ dargestellt wurde, weil in ihr und vor allem ihren Führungszirkeln Juden stark vertreten waren. Renners Schwiegersohn selbst war Jude und wurde 1938 von den Nazis schwer misshandelt und konnte schließlich im letzten Augenblick noch mit den Kindern auswandern. Ein Punkt übrigens, der offenbar auch bei Renners öffentlichem „Ja“-Aufruf bei der Volksabstimmung 1938 eine Rolle gespielt haben dürfte. Über all die Pressionen, die dem vorausgegangen sein mögen, kann man heute wohl nur mehr spekulieren. Wie auch immer, dieses verhängnisvolle „Ja“ bleibt ein Schatten auf seinem Lebenswerk. Was Renners kritisierte Unterwürfigkeit Stalin gegenüber betrifft, so passt das wohl zu Renners schlauem und taktisch flexiblem Pragmatismus, der ihn zeitlebens geprägt hat. Sollte Stalin irgendwelche politischen Hoffnungen in die Person Renner gesteckt haben, so haben sich diese jedenfalls sehr bald zerschlagen, weil seine Realpolitik unverbrüchlich antikommunistisch motiviert war.

Die Tatsache aber, warum von Seiten der ÖVP so krampfhaft versucht wird, historische Entlastungen für eigene Ab- und Irrwege zu finden, ist mehr als auffällig. Die Traditionen des katholisch-klerikalen Anti-Judaismus haben bei der Christlich-Sozialen Partei nämlich stets einen gehörigen politischen Resonanzraum gefunden. Leopold Kunschak etwa war ein offen bekennender Antisemit, der 1920 sogar – wohlweisliche lange vor dem industriellen Massenmord der Shoah und in anderer Bedeutung des Wortes als wir es heute, nach der Shoah verstehen – die Schaffung von „Konzentrationslagern“ für jüdische Flüchtlinge aus der ehemaligen Donaumonarchie vorgeschlagen hat. Die Christlich-Sozialen haben schließlich auch im selben Jahr ihren Wahlerfolg mit klar antisemitischer Fokussierung errungen. Diese Tradition ist nach 1945 nicht verschwunden – von „Sajud“-Beschimpfungen Bruno Kreiskys im Parla-

ment über die ÖVP-Wahlkampagne für Josef Klaus als „echten Österreicher“ gegen den Juden Bruno Kreisky bis hin zur Waldheim-„Campaign“ mit dem gegen den jüdischen Weltkongress gerichteten Slogan „Wir wählen, wen wir wollen“ und der bekannt feinfühligem Aussage des damaligen ÖVP-Generalsekretärs Michael Graff, Waldheim könne man nur dann belangen, wenn man ihm nachweisen könne, dass er eigenhändig sechs Juden erwürgt habe. Mittlerweile hat, das soll durchaus konzediert werden, die Volkspartei zu einer klaren Haltung gegen Antisemitismus gefunden. Diese Haltung gegen Antisemitismus wird allerdings dadurch relativiert, dass der heutige Antisemitismus erstrangig bei den – politisch und ganz besonders kulturell – „Anderen“ gesucht wird. Antisemitismus aber – das sollte gerade in Deutschland und Österreich ein für alle Mal klar sein – nährt sich aus vielen unseligen politischen, kulturellen und religiösen Quellen.

Vieles kann und soll auch an der Person Karl Renner kritisch beleuchtet und reflektiert werden. Seine taktische Flexibilität erscheint heute in vielen Facetten allzu geschmeidig und biegsam, vieles an der Rhetorik der Ersten Republik stößt heute ab und verstört. Und auch die Nonchalance, mit der die NS-Verstrickungen vieler Österreicherinnen und Österreicher in der Nazi-Diktatur, im Vernichtungskrieg und Holocaust nach 1945 verdrängt wurden, muss heute befremden. Nichts destotrotz aber müssen die historischen Leistungen eines Mannes gewürdigt werden und bleiben, der zwei Mal entscheidenden Einfluss genommen hat, Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit zu erringen. Karl Renner kam aus einer verarmten bäuerlichen Familie und musste Hunger und Not am eigenen Leib erfahren. Diese frühkindlichen Prägungen sollten auch sein Politikverständnis nachhaltig bestimmen, nämlich Politik als Instrument zu verstehen, das das tägliche Leben der breiten Bevölkerung verbessern soll. Auf dieser historischen Reise – von der Monarchie über die Republik, durch die Zeit zweier Faschismen und zweier Weltkriege und schließlich zur Wiedergeburt Österreichs aus Trümmern und Elend – blieben Brüche und Widersprüchlichkeiten wohl kaum vermeidbar. Diese Brüche trägt Renner nicht alleine in sich. Sie sind unverrückbarer



Karl Renner wird am 20. Dezember 1945 von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt

Bestandteil der österreichischen Geschichte und Identität. Trotz oder gerade wegen dieser Brüche das Fundament für das moderne, demokratische Österreich gelegt zu haben, ist der bleibende historische Verdienst Renners. Eine Bewertung bloß aus heutiger Sicht, in Wohlstand und angenehmer demokratischer Sicherheit sowie ohne seriöse historische Einordnung vorzunehmen, muss klarerweise zu verzerrten und selbstgefälligen Beurteilungen führen. Ohne historische Einordnung entkleidet sich die Republik ihrer Identität und ihres eigenen Fundaments und wird dadurch leer. Bei aller berechtigten, politischen Auseinandersetzung dürfen wir diese gemeinsame republikanische Gründungsgeschichte, die uns über alle Differenzen eint, nicht aus dem Blick verlieren. Aus dieser Perspektive heraus ist auch die vorliegende Festschrift entstanden und zu verstehen.

Doris Bures

Zweite Präsidentin des Nationalrates
und Präsidentin des Karl-Renner-Institutes



Karl Renner mit dem Wiener Bürgermeister Theodor Körner auf dem Weg zur formellen Übergabe des Parlaments durch die sowjetische Besatzungsmacht an die österreichische Provisorische Staatsregierung am 29. April 1945

Der Präsident ist tot.

Am Ende ein österreichischer Aufbruch

Der 4. Jänner 1951 war ein grautrüber Wintertag. Dennoch standen laut Arbeiterzeitung 130.000 Österreicherinnen und Österreicher stundenlang in Reih und Glied rund um das Wiener Rathaus, um von Bundespräsidenten Karl Renner, der dort aufgebahrt wurde, Abschied zu nehmen. Die österreichischen Zeitungen schrieben vom Ableben des „Ersten Bürgers“ der Republik und die Austria Wochenschau entbot, im pathetischen Tonfall der Zeit, dem „Vater des Vaterlandes“ den letzten Gruß.¹ Der Außenminister der USA, Dean Gooderham Acheson, stellte im Namen des Alliierten Rates im offiziellen Kondolenztelegramm fest: „In Anerkennung des augenfälligen Beitrags von Präsident Renner zur Wiederherstellung der österreichischen Demokratie würdigt der Alliierte Rat bei dieser traurigen Gelegenheit feierlich die Erinnerung an diesen angesehenen Staatsmann und spricht dem österreichischen Volk, dem er ein selbstloses Leben lang gedient hat, sein tiefes Mitgefühl aus.“²

Karl Renner hatte wenige Tage nach seinem 80. Geburtstag am Weihnachtsabend einen Schlaganfall erlitten, an dessen Folgen er am 31. Dezember 1950 verstarb. Die Neujahrsansprache des Bundespräsidenten, die auf Wunsch des offensichtlich das Ende ahnenden Renners bereits vorweg vom Krankenbett aus auf Schallplatte aufgenommen worden war, wurde schließlich gesendet als der Redner bereits tot war. So wandte sich der Verstorbene über die Radiogeräte an die Österreicherinnen und Österreicher und sprach ihnen Mut zu: „Wir Österreicher lassen uns nimmermehr entmutigen. Wer gleichsam von den Toten auferstanden, – und das ist unsere Republik –, und wer, wie unser Volk, aus den Ruinen des letzten Weltkrieges, sich in so erstaunlicher Weise herausgearbeitet hat, der glaubt an das Leben, der vertraut auf die Zukunft und hegt vor allem die Zuversicht, daß die Menschheit aus dem zeitlichen Wirrsal den Ausweg zu einem gerechten und dauernden Frieden finden wird.“

Diese Ansprache eines Toten an die Lebenden hatte natürlich Symbolkraft für die Rolle und Bedeutung Karl Renners für die österreichische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Sie war ein beschwörender Ruf einer konflikt- und krisengeprägten Vergangenheit in eine erhoffte bessere Zukunft, ein Ruf, der in der österreichisch-ungarischen Monarchie seinen Anfang nahm. Über zwei Weltkriege, die Republikgründung, die Verwerfungen der Innenpolitik der Ersten Republik, den Austrofaschismus, den Nationalsozialismus und die Shoah hinweg verknüpfte Karl Renner in seiner Person durch sein Leben und Werk Stränge der Geschichte, die ihn zu einem Symbol der österreichischen Kontinuität machten. Eine Kontinuität, die aber ebenso die Paradoxien der Geschichte dieses Landes in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in sich einschloss. So ist kaum eine andere politische Führungspersonlichkeit so eng mit dieser Phase der Geschichte Österreichs verbunden wie Karl Renner. Bei allen Zusammen-, Um- und Aufbrüchen dieses Landes war er mehr oder weniger federführend involviert; und ist somit auch verwoben sowohl mit der Anerkennung der historischen Leistungen als auch mit der Verantwortung für die historischen Fehlleistungen Österreichs. Kaum jemand hat die Grundstrukturen Österreichs so geprägt und repräsentiert wie er.

Renner zerbrach sich schon vor dem Ersten Weltkrieg den habsburgischen Kopf, um die marode Donaumonarchie zu reformieren und so ihre Rettung zu ermöglichen. Das brachte ihm von niemand Geringerem als Leo Trotzki den Ruf ein, ein „aufgeklärter habsburgischer Beamter“ zu sein, der im „Tintenfaß des Austromarxismus nach Verjüngungsmitteln für den Habsburger Staat“³ suche. Dennoch war gerade Renner der, der aus dem habsburgischen Zusammenbruch heraus die Republik organisierte. Aus dem gescheiterten Reformator des alten Österreich wurde dessen Totengräber und der Geburtshelfer des neuen. Diese Doppelrolle spielte Renner

erneut, als er im März 1938 den „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland öffentlich unterstützte. Dieses verhängnisvolle „Ja“ war ein symbolischer Totenschein für den Staat Österreich, den er sieben Jahre später noch einmal mit der Wiedergeburt der Republik in eine Geburtsurkunde umformulieren sollte, als er sich im April 1945 der Roten Armee als Werkzeug anbot, um „mit Rat und Tat bei der Herstellung des demokratischen Regimes“⁴ zu helfen.

Hochverehrt und scharf kritisiert polarisiert er somit bis heute. Verschiedene schillernde, oft widersprüchliche Seiten können an ihm entdeckt werden. Zunächst beeindruckt er als visionärer analytischer Theoretiker mit langfristigen Zielorientierungen. Genauso ist er auch als volksverbundener populärer Politiker zu beschreiben, dem es stets gelang Menschen zu gewinnen. Wobei das Entgegenkommen gegenüber Volkes Meinung sehr weit gehen konnte. Ebenso galt er als Tagesrealpolitiker des Ausgleichs und des Kompromisses mit hoher Problemlösungskompetenz; jedoch mit der

Bereitschaft, für das vermeintlich Notwendige seine politischen und persönlichen Grenzen des Tolerierbaren sehr weit zu ziehen. So waren für den Denker Renner großartige Ideen dazu da, um ständig vom Politiker Renner der normativen Kraft des Faktischen angepasst zu werden, um diese damit wiederum so aufzuweichen, dass das vermeintliche Maximum bzw. Bestmögliche für das Gemeinwesen herauszuholen sei. Ob das einem strategischen Genie der Anpassung oder blankem Opportunismus geschuldet war, darüber stritten Zeitgenoss:innen und streiten Nachgeborene.

Wer jedoch Karl Renners sich oft trefflich ergänzende, sich aber immer wieder massiv widersprechenden Eigenschaften und sein Denken verstehen möchte, der muss sich auf eine höchst ungewisse, instabile und leidvolle österreichische Geschichte der Um- und Zusammenbrüche einlassen, deren Ursprünge im habsburgischen Vielvölkerstaat liegen. Diese versunkene Welt prägte in vielen Facetten lebenslang seinen Blick auf die Welt und die Politik.



Ethnographische Karte von Österreich-Ungarn, basierend auf den Volkszählungsergebnissen von 1900

Bäuerliche Armut und Bildung als Aufstieg

Karl Renner wuchs in ärmlichen Verhältnissen in dem fast ausschließlich von Deutschsprachigen besiedelten Dorf Untertannowitz (Dolní Dunajovice) in Südmähren auf, im Land zwischen der Thaya und den Pollauer Bergen. Der Ort zählte zur Geburtszeit Renners rund 2.500 Einwohner:innen. Renner stammte somit aus einer Region, in der das gedeihliche Zusammenleben in alltäglicher Mehrsprachigkeit und handfeste Nationalitätenkonflikte sehr nah beieinander lagen. Es war eine Welt von Widersprüchen und Gegenläufigkeiten, die die letzten Jahrzehnte der Habsburgermonarchie bis zu ihrem Zerfall im Ersten Weltkrieg bestimmten. In seiner autobiografischen Schrift „An der Wende zweier Zeiten“, die im Dezember 1946 erschien, schrieb Renner viel über seine Jugend und seinen Heimatort. So auch, dass seine Familie „aus uraltem deutschem Bauernstamme“ herkomme. Dass gerade im Erscheinungsjahr der Autobiografie zwischen März und Oktober die gesamte deutschsprachige Bevölkerung des Ortes im Zuge der, dem vorhergegangenen Terror der deutschen Besatzer des NS-Staates folgenden, Zwangsaussiedlung (tschechisch „Odsun“) von dort vertrieben wurde, mag die Spätfolgen dieser nationalistischen Konflikte der Habsburgermonarchie noch einmal sehr präsent gemacht haben.

Renner wurde am 14. Dezember 1870 als achtzehntes Kind von Maria und Matthäus Renner geboren. Aus dem Taufbuch geht hervor, dass Karl einen Zwilingsbruder namens Anton hatte, der jedoch schon bald gestorben war. Renners Eltern waren verarmte Weinbauern, die nach dem Wiener Börsenkrach 1873 und durch die Agrarkrise der 1880er Jahre noch tiefer in die Armut rutschten. Diese Krise war ein Produkt des Widerspruchs zwischen Entfeudalisierung der Landwirtschaft durch die Industrialisierung auf der einen und der Entstehung eines kapitalistischen Weltagrarmarktes auf der anderen Seite. Das Elternhaus der Familie Renner wurde 1885 zwangsversteigert, nach dem entwürdigenden Verfahren – wie es damals hieß – „um jeden Preis“. Dieser Verlust versprengte die große Familie in verschiedene Teile des Reichs.

Das kindliche Erleben der Existenzängste der Eltern mit materieller Not und ohnmächtiger Rechtlosigkeit prägten Renners Leben und verbanden ihn zeitlebens eng mit den Sorgen und Nöten der „einfachen Leute“. Diese Erfahrung fand in der marxistischen Theorie für Renner einen Widerhall. So wurde diese Perspektive der Nöte und Sorgen eine alltagsweltliche Basis seiner Vorstellung der evolutionären Transformation hin zum demokratischen Sozialismus.⁵ Im Laufe seines Lebens sollte er politische Entscheidungen im Lichte dieses Verständnisses und dieser Nachsichtigkeit gegenüber den kleinen Leuten treffen.

Trotz der tristen Lebensverhältnisse konnte Renner in der Volksschule in Untertannowitz als sehr guter Schüler Schulstufen überspringen und schon bald das Piaristengymnasium in Nikolsburg (Mikulov) besuchen. Anfangs ging der Elfjährige die zwei Stunden Schulweg täglich zu Fuß hin und zurück. Als Klassenprimus und Lateingenie erwirkte das Gymnasium ein Stipendium der Mährischen Statthalterei für ihn. Gutbürgerliche Familien, Renner



Ein Jugendbildnis Karl Renners, um 1888



Geburts- und Taufschein Karl Renners

nennt drei christliche und drei jüdische, versorgten ihn wohlwollend und fürsorglich mit Frühstück und Mittagessen, so genannte „Freitische“.⁶ Der junge Gymnasiast fand in der Schule auch Gönner und pädagogische Förderer wie den Philosophen und Reformpädagogen Wilhelm Jerusalem; ein späterer politischer Weggefährte Renners, Präsident des „Israelitischen Humanitätsvereins“ und Reformpädagoge des „Schönbrunner Kreises“. Mit seinem wohlwollenden Lehrer Jerusalem sollte der einstige Schüler Renner 1907 schließlich mit anderen die Soziologische Gesellschaft gründen. In den Ferien arbeitete der junge Karl als Tagelöhner, um sein Auskommen zu finden.⁷ In diesem materiell kargen Rahmen wurde Bildung für Renner das zentrale Element gesellschaftlicher Veränderung und sozialen Aufstiegs. Karl Renner lernte noch vor Beginn des Studiums der Rechtswissenschaft in Wien die aus dem ungarischen Güssing stammende Näherin Luise Stoisits kennen. Ohne Scheu bezeichnete er sie

vor seinen Studienkollegen als seine Frau. Bereits 1891 kam die einzige Tochter Leopoldine zur Welt. Renner gab Unterricht in bürgerlichen Haushalten und Luise verdingte sich als Zimmermädchen, um die Familie über Wasser zu halten. Bald wurde Leopoldine nach Purkersdorf zu einer Pflegefamilie „auf Kost“ gegeben. Erst bei der gemeinsamen Hausstandsgründung nach Karls Dienstantritt als Adjunkt (= Gehilfe eines Beamten) der Bibliothek des Reichsrates im Jahr 1895 kehrte sie zurück, da ihr nun stabile Verhältnisse geboten werden konnten. Karls und Luises verpönte, nicht statthaftes „Konkubinat“ sollte später der Pragmatisierung Karls, also seiner Verbeamtung, im Wege stehen. Nur durch die Vermittlung seiner Vorgesetzten und die schließlich erfolgte Heirat 1897 konnte den Anstandsvorstellungen der Zeit Genüge getan werden.

Nach Wien führte Karl Renner seine Sehnsucht nach einer Universitätsstadt. Er wollte dort „Menschen und Erwerbsmöglichkeiten kennenlernen“, um sich ein Jusstudium finanzieren zu können. Daher meldete er sich, im Gegensatz zu vielen seiner Schulkollegen in Wien und nicht in Olmütz, in der „Nähe der Heimat“, als Einjährig-Freiwilliger zum Militär. Wehrpflichtige mit höherem Schulabschluss durften ab 1868 bei der so genannten „Gemeinsamen Armee“ Österreich-Ungarns nach freiwilliger Meldung den Wehrdienst in einem Truppenteil ihrer Wahl ableisten. Bei der Armee trat ihm „zum erstenmal die ganze alte Österreichisch-Ungarische Monarchie in leibhaftiger Gestalt und in einem siebenfach verschieden gesprochenen Deutsch entgegen“⁸, wie er in seinen Lebenserinnerungen bekannte.



Das Bauernhaus der Familie Renner in Untertannowitz

In Wien kam er schlussendlich mit der damals jungen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Kontakt. Diese hatte sich nach langen Jahren des Richtungsstreits erst zu Silvester 1888/89 in Hainfeld – in Renners pathetischen Worten, das „Bethlehem des österreichischen Sozialismus“ – gegründet. Das Wien des Fin de Siècle war eine pulsierende Stadt der Vielfalt und der Widersprüche. Radikale Modernität und feudale Rückwärtsgewandtheit standen sich gegenüber, genauso wie maßloser Reichtum und bittere Armut. Unterschiedliche Lebensweisen, Sprachen und Religionen trafen aufeinander; verschiedene Ideen und Theorien bekämpften und befruchteten sich. Es entstand ein geistiges Klima der künstlerischen, wissenschaftlichen und politischen Innovation. Eine dieser Modernisierungsbe-

wegungen war eben die Sozialdemokratie, der sich Karl Renner bald anschloss und in geheimen sozialdemokratischen Studentenzirkeln aktiv wurde und Vorträge in Arbeiterkellern und Wirtshäusern hielt. In seinen Lebenserinnerungen beschreibt Renner, wie sehr die erste Erste-Mai-Demonstration 1890 Eindruck auf ihn gemacht hat, trotz „vielfacher innerer Vorbehalte“ gegen die „soziale Erhebung“, empfand er doch „deutlich den Beruf und die Pflicht“ sich „in ihren Dienst zu stellen“, da es sich doch um „seine Brüder und Schwestern und ihresgleichen“ handle.⁹ Erste zentrale Person, die ihn in die Sozialdemokratie hineinzog, war der aus dem oberösterreichischen Ort Spital am Pyhrn stammende Schmiedegeselle und spätere Metallfacharbeiter Alois Rohrauer, über den Renner später schrieb, dass „alle intellektuellen und moralischen Triebkräfte [des Aufstiegs des Industrieproletariats] in diesem seltsamen Manne Gestalt und Wirksamkeit angenommen“¹⁰ hätten. In Rohrauer sah Renner zum einen ein Vorbild und einen Lehrer, zum anderen einen „Zögling“. Der Proletarier führte den Studenten in die industrielle Welt mit ihrer Dynamik und Ausbeutung ein und der Student lehrte den Proletarier und seine Mitstreiter, für deren Organisation er ein Statut schrieb, sozialistische Theorie.¹¹ Einen ebenso bedeutenden Förderer und Freund fand er im Lehrer und Journalisten Engelbert Pernerstorfer. Ein Mitschüler, Freund und Wegbegleiter Victor Adlers, der sich ebenso wie dieser vom deutschnational-freisinnigen Demokraten zum Sozialdemokraten entwickelte. Gleichfalls schlug ihn selbstverständlich Victor Adler in den Bann, den er erstmals 1895 im Zuge einer Bildungsveranstaltung der Partei kennenlernte. Adler gab ihm damals den Ratschlag, zunächst sein Studium zu beenden, da er fertig ausgebildet der Arbeiterbewegung so am meisten dienen könne.¹²

Im Jahr 1895 war Renner mit seinem Freund Rohrauer Mitbegründer des Tourismusvereins „Die Naturfreunde“, der am 16. September 1895 im Gasthaus „Zum goldenen Luchsen“ in Wien ins Leben gerufen wurde. Die Statuten des Vereins stammten selbstverständlich vom Juristen Karl Renner, der auch das Logo zeichnete. Den Nutzen des Touristenvereins wollte die sozialdemokratische Parteiführung zunächst nicht erkennen und sogar als Ablenkung vom politischen Kampf verstehen. Für Renner hingegen war die gemeinschaftliche Betätigung in der freien Natur von großer politischer Bedeutung und er verteidigte diese neue Bewegung damit,



Luise und Karl Renner mit Tochter Leopoldine in Wien um 1895

dass „die Arbeiterklasse, wenn sie die Welt erobern wolle, sich auf allen Gebieten menschlicher Kultur zugleich betätigen müsse, dass wir nicht nur touristische, sondern auch Kunstvereinigungen, wissenschaftliche Einrichtungen und so weiter schaffen müssten. Diese Vereinigungen hätten übrigens auch ihren großen agitatorischen Wert, denn die Touristen, die durch das Land ziehen, tragen im Rucksack auch Propagandaschriften mit und werben mündlich in jedem Ort.“¹³



Karl Renner und Naturfreunde beim Aufstieg zur Eröffnung des ersten Naturfreunde-Hauses in Österreich auf dem Padasterjoch (Tirol) im August 1907

Im Streben um neue gesellschaftspolitische Lösungen wurde er zu einem Mitbegründer des sogenannten „Austromarxismus“, jener österreichischen Schule des Marxismus, die den theoretischen „Überbau“ der österreichischen Sozialdemokratie bildete. Um 1900, entwickelt von Otto Bauer, Rudolf Hilferding, Max Adler, Friedrich Adler, Gustav Eckstein und eben Karl Renner, entfaltete dieses Theoriegebäude eine über Österreich hinausgehende Strahlkraft, weil es „die Kunst das Unvereinbare zu verbinden“¹⁴ beherrschte und sowohl an die Orientierungsbedürfnisse einfacher Arbeiter:innen appellieren als auch die praktische Politik inspirieren konnte. In diese Zeit fällt auch der Beginn von Renners lebenslanger äußerst umfangreicher publizistischer Tätigkeit.



Wanderung der Naturfreunde im Jahr 1910, in der Mitte Karl Renner und rechts neben ihm steht Alois Rohrauer

Vor dem Ersten Weltkrieg verstand sich der Austromarxismus im rückschrittlich empfundenen Wien als „spätaufklärerische“ wissenschaftliche Schule der politischen Veränderung und gesellschaftlichen Erneuerung. In ihr wurden Philosophie, Nationalökonomie, Naturwissenschaft, Soziologie, Rechtswissenschaft genauso wie Pädagogik und Kunsttheorie „marxistisch“ neu gedacht.¹⁵ Es ist zu betonen, dass die „Austromarxisten“ kaum Platz in den universitären Wissenschaften und so an den Universitäten selbst fanden, Antimarxismus und Antisemitismus waren an den Hochschulen Mainstream und weitverbreitete Grundorientierung. So wurden viele austromarxistische Gelehrte Lehrende in der Arbeiter:innen- und Gewerkschaftsbildung und vor allem an den Volkshochschulen. Bereits 1903 gründeten die Exponenten des entstehenden Austromarxismus, so auch Karl Renner, die erste Wiener Arbeiterschule namens „Zukunft“. Ab 1925 wurde ebenso eine Art Gegenuniversität ins Leben gerufen, die Arbeiterhochschule, an der Helene und Otto Bauer, Max Adler, Friedrich Adler, Otto Neurath und eben auch Karl Renner unterrichteten, um für eine anbrechende neue Zeit des Sozialismus Wissenschaft und Arbeiter:innenschaft zu vereinen.¹⁶ In der Ersten Republik wurde der Austromarxismus in den Augen Otto Bauers hingegen mehr zur politischen Theorie und Weltanschauung, die den Erhalt der Einheit der Arbeiter:innenbewegung in Österreich ermöglichen sollte: „Nur wo die Spaltung vermieden wird, nur dort bleiben nüchterne Realpolitik und revolutionärer Enthusiasmus in einem Geist verbunden.“¹⁷

Platziert zwischen dem orthodoxen Marxismus bzw. dem Kommunismus der Zeit und dem Revisionismus, als Relativierung marxistischer Grundannahmen, verstand sich der Austromarxismus als ein Dritter Weg. Alle geistigen Strömungen seiner Zeit sollten darin aufgenommen und marxistisch umformt werden. Eine Weiterentwicklung des Marxismus auf der Höhe der Zeit war das Ziel. Otto Bauer nannte seinen Zugang zu diesem Weg des Marxismus „integralen Sozialismus“.

Die Lösung der Nationalitätenkonflikte oder sich den habsburgischen Kopf zerbrechen

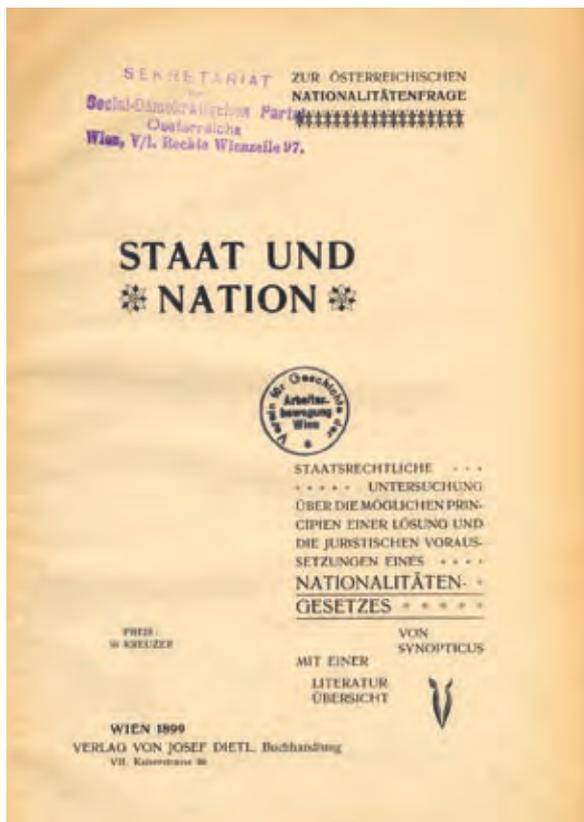
Das Thema, mit dem die theoretische Arbeit Karl Renner begann, war die Überwindung der Nationalitätenkonflikte im habsburgischen Vielvölkerreich. Die Habsburgermonarchie mit ihrer Reichsidee war ein seit dem Mittelalter gewachsenes Länderkonglomerat und Ergebnis vormoderner dynastischer Politik. Sie war für Renner das „eigenartigste Staatsgebilde Europas“. In vielen Staaten Westeuropas vollzog sich mit der Herausbildung zentralistischer Verwaltungsstaaten, der Industrialisierung und der Entwicklung neuer Alltagskulturen ein – auch oft erzwungener – Modernisierungsprozess der Vereinheitlichung, der in der Bildung von Nationalstaaten gipfelte. Damit entstand die Vorstellung, eine „Nation“ umfasse in erster Linie ein gemeinsames Territorium und dass sich in diesem umgrenzten Staatsgebiet soziale Bindungen und Identitäten nur über kulturelle Überein-

stimmungen und weitgehende Einsprachigkeit herstellen ließen. Dies führte dazu, dass „Gesellschaft“ implizit immer stärker „national“ gedacht wurde.¹⁸ Es ist kein Zufall, dass die Ideologie des Nationalismus gerade Ende des 19. Jahrhunderts so an Kraft und Fahrt gewonnen hat, da diese Zeit den Höhepunkt der ersten Globalisierung darstellte und eine enorme wirtschaftliche Dynamik und weltweite Verflechtung sowie einen immensen gesellschaftlichen Veränderungsdruck erzeugte. Der rasante Wandel mit hoher sozialer und geografischer Mobilität, technischem Fortschritt und beschleunigten Kommunikations- bzw. Informationswegen brachte gültige Überzeugungen, Zugehörigkeiten, Identitäten, Autoritäten und Loyalitäten ins Wanken. Zeiten der Veränderung sind nicht nur Zeiten neuer Chancen, sondern auch Zeiten neuer Ängste, die Bedürfnisse nach einfachen Erklärungen, überschaubaren Räumen, klaren Ordnungen und eindeutigen Gegensätzen entstehen lassen.¹⁹ Der Nationalismus als Ideologie bot gerade in der komplexen und komplizierten Habsburgermonarchie vieles davon an.

Im Vielvölkerstaat der Habsburgermonarchie reagierte man in der Verwaltung insofern darauf, dass „Nation“ vor allem als „Sprachnation“ verstanden wurde. Das machte die Sprache zum einzigen Merkmal, das „Nationalität“ mess- und damit zählbar machte, führte jedoch ebenso zu gegen Mehrsprachigkeit gerichteter Vereinheitlichung.²⁰ In der Volkszählungspraxis der Monarchie bildete sich diese Sichtweise deutlich ab. Ab 1880 wurde in den beiden Reichshälften der österreichisch-ungarischen Monarchie, die im habsburgischen Beamtendeutsch umständlich „Cisleithanien“ und „Transleithanien – diesseits und jenseits des Grenzflusses Leitha – genannt wurden, uneinheitlich die Umgangssprache bzw. Muttersprache erhoben. In dieser Logik beherbergte das Land elf große Sprachgruppen und unzählige kleinere Minderheitensprachen. Laut Volkszählung im Jahr 1910 sprachen rund 23,4 Prozent Deutsch, 19,6 Prozent



Familie Renner auf der Veranda der Villa in Gloggnitz 1912



Eine der ersten und aufsehenerregenden Publikationen Karl Renners erscheint 1899, „Staat und Nation“

Ungarisch, 12,5 Prozent Tschechisch, 9,7 Prozent Polnisch, 7,8 Prozent Ruthenisch (Ukrainisch), 7,3 Prozent Rumänisch, 4,9 Prozent Kroatisch, 3,8 Prozent Slowakisch, 3,6 Prozent Serbisch und 1,5 Prozent Italienisch. Andere Sprachen in den unterschiedlichen Gebieten des Reichs, die bewusst nicht bei Volkszählungen erfasst wurden, waren Friulanisch, Jiddisch, Bosnisch, Bulgarisch, Albanisch, Griechisch, Huzulisch und noch viele mehr. Mehrsprachigkeit war somit im Alltagsleben der einfachen Leute weitverbreitet und unumgänglich. Renner selbst beschrieb in seinen Erinnerungen an seine südmährische Heimat zwischen deutsch- und tschechischsprachigen Bauernfamilien etwa einen „Kindertausch auf Zeit“, damit das gegenseitige Erlernen und Verstehen der Sprache möglich wurde.

Im Schatten dieses Nationalitätsverständnisses wucherten jedoch viele andere Nationalitätsvorstellungen, die zwischen Begriffen wie „Volksstamm“, „Ethnie“, „Nationalität“ oder „Rasse“ versuchten Nationalität objektivierbar und diese aus politischem Interesse als primäre kollektive Identitätsvorstellungen bedeutsam zu machen. Nationalität als Staatszugehörigkeit zu denken, wie dies in den westeuropäischen Staaten bei Volkszählungen angewandt

wurde, setzte sich im aufgeheizten nationalistischen Klima der Habsburgermonarchie nicht durch. Vielmehr war diese ständige Thematisierung von Kategorisierungen und Wertbestimmung von Menschen und deren Zugehörigkeit – sei es anhand von Sprache, Augenfarbe, Gesichtsform, Abstammung etc. – keine erfolgreiche Strategie zur Minderung bzw. Lösung der Konflikte, sondern eine Einübung in eine feindselige Wahrnehmung von Differenz und in eine übersteigerte Feindbildkonstruktion.

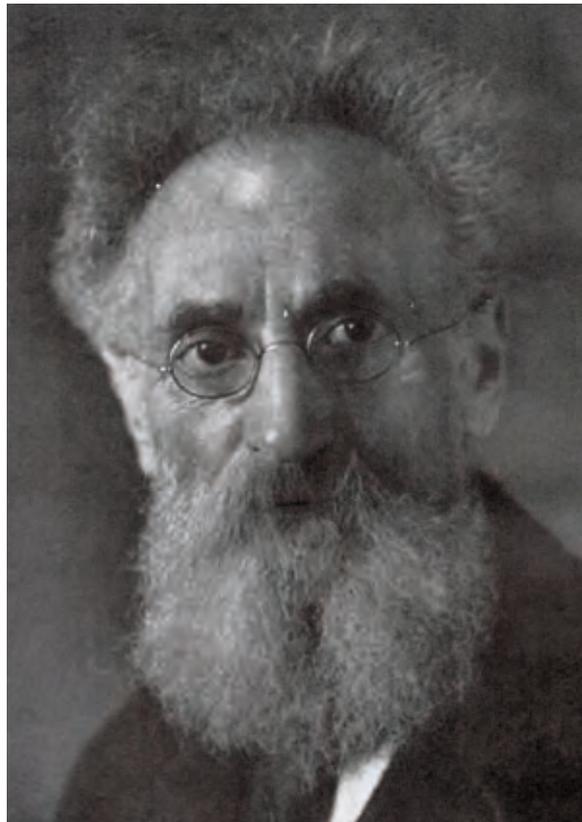
Mehrere komplexe Konfliktlinien bestimmten das politische Geschehen in der Monarchie. Der deutsch-tschechische Konflikt um das böhmische Staatsrecht, die Magyarisierungspolitik gegen andere Sprachgruppen in Ungarn, der italienisch-slovenische Konflikt in Triest oder aber auch soziale Konflikte wie jener zwischen polnischen Großgrundbesitzern und ukrainischen Kleinbauern in Galizien gehörten dazu. Alle Konflikte wurden jedoch mehr oder weniger in der Auseinandersetzung mit nationalen Widersprüchen überzogen, egal ob soziale oder wirtschaftliche Fragen, sie wurden immer mehr als „nationale“ Widersprüche interpretiert. Die Positionen der Sprachgruppen gegenüber Minderheiten wechselten nach Position, je nachdem, ob sie die Mehrheit oder die Minderheit bildeten. In der einen Region wurde von einer Bevölkerungsgruppe etwas gefordert, das dieselbe Gruppe woanders einer anderen Minderheit verweigerte.

Die theoretisch-politische Auseinandersetzung Renners mit der nationalen Frage hat früh begonnen. Bereits 1899 veröffentlichte er „Staat und Nation“ und 1902 „Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat“; da er Beamter der Monarchie war, veröffentlichte er beides unter Pseudonymen – „Synopticus“ bzw. Rudolf Springer. Im Sinne der Verwaltungspraxis der Habsburgermonarchie war in Renners Vorstellung die Voraussetzung zur Entstehung von Nationen das Vorhandensein von Nationalsprachen. Für Renner bildete sich Nation zunächst als „Gemeinschaft des Gedanken- und Gefühlslebens also als „ein rein Innerliches“²¹ aus. Der gemeinsame Ausdruck dieser Gedanken und Gefühle ist eben nur die Nationalsprache. Auf Basis dieser Sprachgemeinschaft werde der Nationsverband zur Kulturgemeinschaft. Später beschrieb er den Charakter der „Nation“ präziser, sie sei „kein naturwissenschaftlicher, kein ethnologischer, kein soziologischer, sondern ein politischer Begriff“²².

Schließlich sei die Geschichte der Nation ein Prozess der Verrechtlichung. Renner sah in Nationen „organisierbare Menschenmassen, die aus der Gesamtheit der menschlichen Gesellschaft sich im Raume absondern und durch besondere Geschichte, Sprache und Kultur losheben, neben- und widereinander Macht erstreben und Macht üben und so als wollende und handelnde Einheit auftreten“²³.

Das Problem mit der nationalen Frage für die Habsburgermonarchie bestand für ihn darin, dass alle Nationen nach einem Staat mit eigenen Hoheitsrechten strebten. Dieses Territorialprinzip des Nationalstaates, das ein geschlossenes Siedlungsgebiet als Ideal hat, war für das Vielvölkerreich Österreich-Ungarn ein Weg, der nur zu massiven Konflikten führen könne. Renner meinte: „Niemand kann das Territorial-Prinzip Compromiss und Gleichberechtigung, es kann nur Kampf und Unterdrückung mit sich bringen, da sein Wesen Herrschaft ist.“²⁴ Ihm ging es vor allem um eine funktionale Trennung von Staat und Nation sowie Staat und Gesellschaft. Das bedeutete für ihn, jeder Bereich hat andere Kompetenzen aufgetragen, andere Aufgaben zu erfüllen und gegebenenfalls andere Institutionen zu schaffen: „Da das nationale Interesse nur ein Kollektivinteresse neben den ökonomischen, sozialen und politischen ist, der Staat aber universelle Interessengemeinschaft ist, so muß sich die Personengesamtheit (sic!) ‚Nation‘ mit der Gesamtheit (sic!) ‚Staat‘ dem Umfange und Inhalte nach keineswegs decken.“²⁵ Staat und Nation können sich decken, müssen aber nicht. Tun sie das nicht, „muss das ursprüngliche Verhältnis wieder hergestellt und für die getrennten gesellschaftlichen Funktionen auch ein System getrennter Organe geschaffen werden“.

Renner sieht in der Nation keine Siedlungsgemeinschaft, sondern zunächst eine Sprach-, Kultur- und Geschichtsgemeinschaft von Personen oder – mit Renners Worten – einen „gebietslosen Personenverband, gleichsam als Genossenschaft öffentlichen Rechts“²⁶. Daher definiert er ein „Personalitätsprinzip“. Das heißt, Nation ist eben ein gebietsloser Personenverband, der gemeinsam mit anderen Nationen in einem staatlichen Territorium bestehen kann. Die nationale Autonomie und die damit verbundenen Rechte sollen in der Verfassung verankert sein. Die kulturelle Autonomie solle vollständig an die Person gebunden werden. Er geht so weit, dass er ein Bekenntnisprinzip daran knüpfte, da



Förderer des Schülers Renner und später politischer Wegbegleiter des Politikers Renner, Wilhelm Jerusalem (1854–1923)

der erklärte Wille der Person, der juristischen und natürlichen, „die Seele des Rechtslebens“²⁷ sei: „Ueber die Nationszugehörigkeit kann nichts anderes entscheiden als die freie Nationalitätserklärung des Individuums vor der dazu kompetenten Behörde. Dieses Selbstbestimmungsrecht des Individuums bildet das Korrelat jedes Selbstbestimmungsrechtes der Nation.“²⁸ Dort, wo es ein einheitliches Siedlungsgebiet gibt, könne das Territorial- und Personalitätsprinzip zusammenfallen. In national gemischten Landesteilen werde das Personalitätsprinzip angewandt. Die Nationen sollen staatliche Gesetzgebungs- und Vollzugsrechte erhalten und werden so Staatsglied im Nationalitätenstaat: Renner wollte eine Verrechtlichung der nationalen Interessen und damit eine befriedende Kanalisierung der nationalen Konflikte. Vorbilder für seine Reformphantasien der Habsburgermonarchie sah er in den USA und in der Schweiz. Österreich solle eine demokratische Schweiz im Großen mit monarchischer Spitze sein. Ohne diesen monarchischen Überbau konnte er sich den übernationalen Staat nicht vorstellen, da dessen Verlust, in Renners Sichtweise, den Zerfall in kleine Nationalstaaten und den Sieg eines in seinen Augen „reaktionären Nationalismus“ bedeutet hätte.

Darüber hinaus betrachtete Renner den über- und internationalen Rechts- und Wirtschaftsstaat auch im globalen Rahmen als Zukunftsoption. Der Nationalismus war für ihn überhaupt eine veraltete Denkweise des 19. Jahrhunderts gewesen. Bereits 1910 beklagte er, dass der Planet, „die Heimstätte der Menschenkinder“²⁹, in Nationalstaaten aufgeteilt sei, und 1916 postulierte er: „Die Geschichte drängt nach übernationalen Gestaltungen, nach Staaten, die mehr sind als eine Nation.“³⁰ In diesem Zusammenhang taucht auch wieder die Schweiz als „europäische Schweiz“ bzw. „Weltschweiz“ auf. Ebenso war Renner davon überzeugt, dass die Dynamik der modernen Ökonomie – die globale Kapitalisierung – mit ihren destruktiven Potenzialen des unkontrollierten Marktes sich nicht von kleinlichen (National-) Staaten mit ihren engen Grenzen verhindern bzw. steuern lasse. Es ist auch zu betonen, dass für Renner klar war, dass damit die Frage nationaler Identität in all ihren Schattierungen bis hin zum zerstörerischen chauvinistischen Nationalismus auch in einem sozialistischen Staat nicht gleichsam automatisch überflüssig werden würde.

Den Herausforderungen beider Zerstörungspotenziale, dem unkontrollierten Markt und dem entfesselten Nationalismus, stellte er mit den Begriffen „Durchstaatlichung des Wirtschaftslebens und der Verwirtschaftlichung der Staatsgewalt“³¹ und „übernationaler Staat“ mögliche Lösungsansätze gegenüber. Diese These vertrat er vehement in seinem 1917 erschienenen Werk „Marxismus, Krieg und Internationale“. Darin sah er dieser Logik folgend im Weltkrieg einen großen Transformator und somit eine Vorbereitung für den Sozialismus, der wiederum die Basis eines anzustrebenden friedlichen Weltstaats sein sollte. Das brachte ihm innerparteilich den Vorwurf des „Kriegssozialismus“, der Gutheißung einer Eroberungspolitik und des habsburgischen Kriegs-

patriotismus ein. Seine Reformvorstellungen zum Erhalt der Monarchie brachten ihm auch den Ruf ein, ein „k. u. k. Sozialdemokrat“ zu sein, der sich eben den habsburgischen Kopf zerbrechen. Renner selbst war jedoch der Überzeugung, dass der Staat im Krieg nicht zu stürzen sei. Vielmehr sollte er im Interesse des Proletariats erhalten bleiben, damit die Arbeiter:innenbewegung ihn später für ihre Zwecke der sozialen und politischen Emanzipation würde übernehmen können.

Seine Idee des „Weltstaates“ kehrte in Gestalt der Vereinten Nationen unmittelbar nach 1945 wieder. Als Staatskanzler der provisorischen Regierung erhoffte er sich von den Vereinten Nationen eine Garantie der österreichischen Unabhängigkeit. Anfang 1946, als Bundespräsident, spekulierte Renner in einem Brief an den Rektor der Universität Wien, Ludwig Adamovich, sogar mit dem Gedanken, eine Delegation zu den Vereinten Nationen zu schicken mit dem Begehren, diese möge Österreich angesichts der Vierfachbesetzung und der Unabsehbarkeit ihrer Dauer unter das Mandat des Treuhandschaftsrats der Vereinten Nationen stellen.

Man wollte lieber quasi „Kolonie“ der Weltgemeinschaft sein, als unter den vier Besatzungsmächten eine Teilung des Landes zu riskieren.³² Renner war so auch einer der ersten, der nach 1945 eine „Neutralisierung“ Österreichs ins Auge fasste. In der Wiener Zeitung schrieb Renner 1947 einen großen Artikel über die „Ideologische Ausrichtung der Politik Österreichs“. Darin vertrat er als Bundespräsident das Ziel der Neutralität: „Wiederholt ist hingewiesen worden, daß die Republik Österreich für alle Zukunft eine ähnliche Rolle und Bestimmung beansprucht wie die Schweizer Eidgenossenschaft.“³³ Und er forderte darin vehement eine „bewusste Internationalität des Denkens“ ein.

Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht oder die Selbstsucht der Stände

Den zweiten Grundton des Denkens Karl Renners in der Monarchie bildete der Kampf um das allgemeine gleiche Wahlrecht. Er baute seine Kritik am habsburgischen Zensus- und Kurienwahlrecht vor allem an dessen ständischer reaktionärer Grundstruktur auf. Dieses Steuer-, Besitz- und Privilegienwahlrecht wurde zwar ständig reformiert und erweiterte laufend den Kreis der Wahlberechtigten, es blieb dennoch ungleich und ständisch und verschärfte sogar die Ungleichgewichtigkeit der Stimmen und somit die Ungleichwertigkeit der Staatsbürger:innen nach Klasse und Geschlecht. Selbst 1897 nach Einführung einer fünften allgemeinen Wählerklasse, also einer Kurie für Männer ab 24 Jahren, die keine direkten Steuern zahlten, brauchte es für ein Mandat in der privilegiertesten Kurie, jener der Großgrundbesitzer (85 Mandate), 64 Stimmen und in der allgemeinen Kurie (72 Mandate) 69.697 Stimmen. Hinzukam, dass alle Wahlberechtigten der anderen Kurien, Großgrundbesitzer, Städte und Landgemeinden, ebenso in der allgemeinen Kurie wählen durften, Mehrfachstimmen also selbstverständlich waren. Von den 5.018.217 Wahlberechtigten der fünften Kurie durften so 1.831.439 auch in anderen Kurien wählen.³⁴ Dadurch sollte verhindert werden, dass die allgemeine Kurie von Proletariat und anderen kleinen Leuten dominiert werden würde. Die Interessen der Besitzenden sollten so geschützt werden.³⁵ Dadurch sei für Renner das Abgeordnetenhaus in Österreich das „Gespött der Welt“, eine „Kammer von Privilegierten, in der die Selbstsucht der Stände und Nationen durch Jahrzehnte getobt hat“.³⁶ Das Maß an Ungleichheit und Ungleichwertigkeit sei unerträglich.

In seiner programmatischen Schrift „Staat und Parlament“ aus dem Jahr 1901 entfaltete Karl Renner seine Vorstellung von Parlamentarismus in der Monarchie. Das bestehende Parlament bilde auf Grund des Wahlrechts nur ständische Besitzinteressen, Berufsinteressen und die Interessen der Nationalitäten und Religionsgemeinschaften ab. Dies sei für ihn in einer entwickelten bürgerlichen und kapita-



Nach der gewonnenen Wahl zum Abgeordnetenhaus des Reichsrats widmete Luise Renner ihrem Ehemann dieses Gruppenbild mit Wählern und Unterstützer:innen, 1907

listischen Gesellschaft absurd und eine Modernisierungsbremse. Vor allem die verfassungsmäßig garantierten Privilegien des grundbesitzenden Feudaladels erstickten alle Modernisierung im Keim. Im Parlament fehle der institutionelle Rahmen, der die kontrollierte Konfliktaustragung und die kontrover-sielle Kompromissfindung ermögliche. Die in diesem Parlament vertretenen Parteien könnten so nicht ihre Funktion erfüllen, da sie für den sozialen Kampf immer untüchtiger werden würden und schließlich im Inneren nur durch nationalistische Ideologien, aber nicht durch ihre ökonomisch-politischen Interessen zusammengehalten werden würden. Alles in allem, wie Renner sagte, sei das ein „Kartenhaus fauler Vorrechte“.³⁷ Die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und die Beseitigung aller ständischen und privilegierten Unvernunft sei die Voraussetzung zur Reform und Erhaltung des Vielvölkerreichs. Nur wenn das Staatsvolk mit all seinen widerstreitenden individuellen und kollektiven Interessen im Staat einen legitimen Repräsentanten erkennen kann und der Staat in der Lage ist, einen so abgebildeten „Gesamtwillen“ in Gesetzen abzubilden, nur dann könne die österreichische Monarchie als Staat Bestand haben.



Die Gloggnitzer Villa um 1920

All das sei für Renner nur mit einem mit dem allgemeinen gleichen Verhältniswahlrecht gewählten Parlament möglich. Darin kämen alle Interessen zu Wort und stünden sich in ihrem gesellschaftlichen Gewicht gegenüber. Dort werden dann Konflikte geordnet ausgetragen und schließlich über den Weg des Kompromisses bzw. der Mehrheitsbildung Einigungen, sprich Gesetze zu Stande gebracht. Die vorangehende eingehende Erörterung, die logische Überprüfung und die Klärung über die Mehrheitsverhältnisse sei das Prozedere eines gut funktionierenden parlamentarischen Repräsentativsystems. Für Renner könne so auch der Fokus des politischen Bewusstseins vom Nationalitätenkampf auf die wirtschaftlichen Interessen verlagert werden.

Dem Ziel eines allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts kam Karl Renner im Jahr 1907 etwas näher, da in diesem Jahr in Cisleithanien das Abgeordnetenhaus des Reichsrats erstmals mit dem allgemeinen gleichen Männerwahlrecht gewählt wurde. Für den transleithanischen Reichstag wurde dieser Etappensieg bis zum Ende der Monarchie nie erzielt. Die Wahl wurde mittels Mehrheitswahlrecht durchgeführt und das Staatsgebiet (bis auf Galizien) in Einer-Wahlkreise (jeder Wahlkreis erhält ein direkt gewähltes Mandat) eingeteilt. Somit musste die Sozialdemokratie Wahlkreise identifizieren, in denen es eine reale Chance gab, zu gewinnen. Dort mussten dann fähige Kandidaten entsandt werden. Jener Kandidat, der beim ersten Durchgang eine absolute Mehrheit erreichte, erhielt das Mandat. Hatte keiner eine absolute Mehrheit, musste am 23. des Monats zwischen den beiden Erstplatzierten eine Stichwahl durchgeführt werden. Karl Renner wurde für den Stadtwahlkreis Neunkirchen auserkoren, in dem Neunkirchen, Dunkelstein, Sankt Johann am Steinfelde, Pitten, Puchberg am Schneeberg, Rohrbach

am Steinfelde, Buchbach, Gloggnitz, Pottschach, Reichenau und Wimpassing zusammengefasst wurden. In Österreich unter der Enns (= heutiges Niederösterreich inklusive Wien) wurden 64 Wahlbezirke geschaffen, 43 Stadtwahlkreise, 33 davon in Wien. Die Wahl wurde am 14. Mai 1907 durchgeführt. Karl Renner siegte mit 4.113 Stimmen auf Anhieb und ließ seine Konkurrenten, den Christlichsozialen Matthias Lackner mit 2.416 und Wilhelm Frey von der Deutschen Volkspartei mit 1.330 Stimmen, klar hinter sich. Er wurde einer von zwölf sozialdemokratischen Kandidaten, die in Niederösterreich und Wien ein Mandat erhielten.³⁸ Dieser Wahlsieg führte schließlich dazu, dass die Familie Renner sich einen Wohnsitz in der Region suchte und ihr Domizil in einer Villa in Gloggnitz aufschlagen sollte.

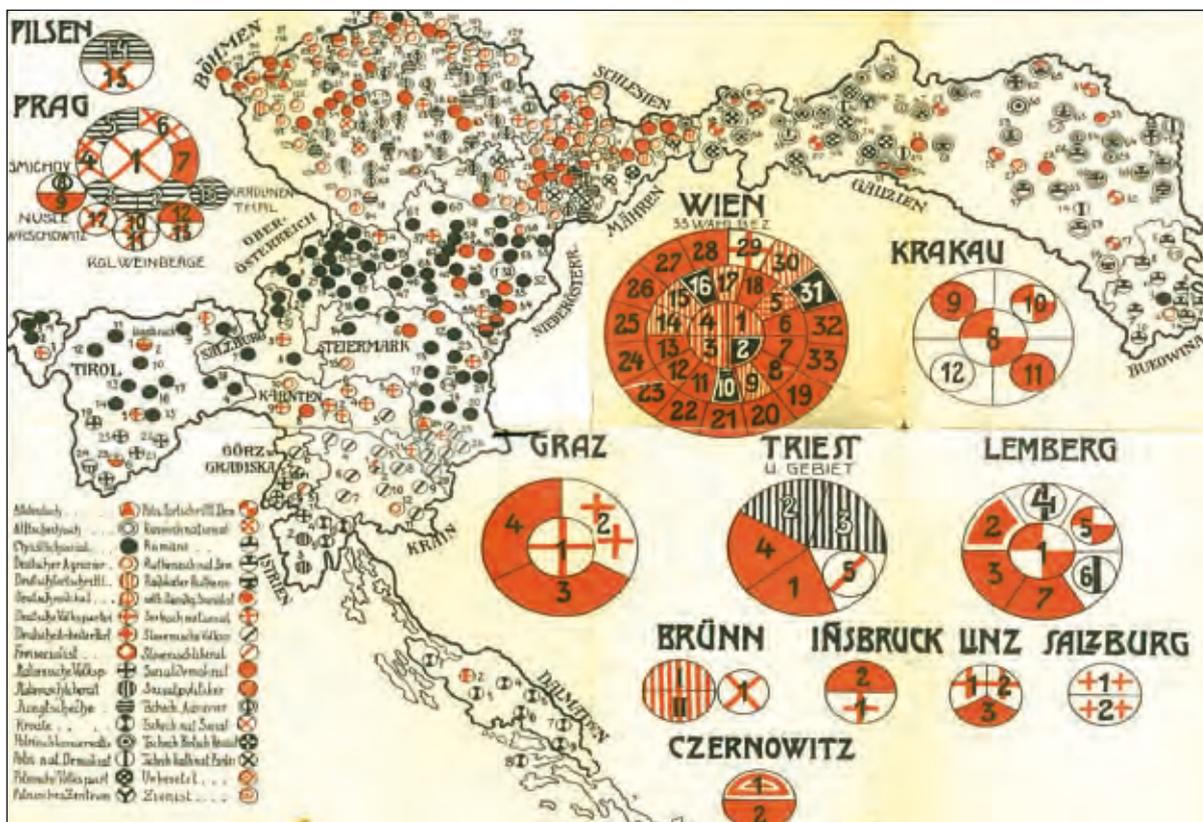
Dass Karl Renner am Ende der Monarchie und am Anfang der Republik mit den anderen Parteien über das republikanische Wahlrecht verhandelte, passte gut zusammen. Einer der Knackpunkte 1918 betraf natürlich das Frauenwahlrecht, das bei den bürgerlichen Parteien auf verschiedene Intensitäten der Ablehnung stieß, obwohl der Widerstand dagegen im Verlauf des Krieges massiv abgenommen hatte. Staatskanzler Karl Renner schaltete sich immer wieder in die Debatten ein und stellte sicher, dass das Frauenwahlrecht gleichberechtigt realisiert wurde. Einwände wie die angebliche „Verantwortungslosigkeit“ des passiven Frauenwahlrechts in „ganz kleinen Gemeinden“³⁹ und „die sehr großen Bedenken in agrarischen Kreisen“ wurden zurückgewiesen.⁴⁰ Es wurde tatsächlich die Sorge artikuliert, dass Frauen nur Frauen wählen und so durch den kriegsbedingten Männermangel Gemeindeausschüsse aus lauter Frauen bestehend entstehen könnten. Renner selbst betonte in seiner 1929 anlässlich des Frauentages erschienenen Festschrift „Der Staatsrat beschließt das Frauenstimmrecht“, dass er dessen Einführung während der Verhandlungen auf eine nichtverhandelbare Selbstverständlichkeit reduzierte, um nicht zu viel bürgerlichen Widerstand und öffentliche Aufmerksamkeit zu provozieren.⁴¹

Ebenso drohte er mit der Unzufriedenheit der Arbeiter:innenschaft in einer revolutionären Grundstimmung und somit mit einem Arbeiter:innenaufstand, der, mit Karl Seitz' Worten im Staatsrat, „in den Frauen das aller aufreizendste Element“ haben wird.⁴² Die Einführung des allgemeinen gleichen direkten Männer- und Frauenwahlrechts auf allen Ebenen

bedeutete einen immensen demokratischen Schub der Politisierung und Emanzipation. Acht weibliche Abgeordnete von insgesamt 170, sieben davon Sozialdemokratinnen, wurden nach der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung der Republik Deutschösterreich, am 16. Februar 1919, bei der die Frauen mit 1,9 Millionen Wahlberechtigten die klare Mehrheit bildeten, somit die ersten Volksvertreterinnen im Parlament der Republik: Anna Boschek, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Amalie Seidel und Maria Tusch für die SDAP und schließlich die christlichsoziale Hildegard Burjan. Die Frauenwahlbeteiligung lag bei beachtlichen 82,1 Prozent. Der Theoretiker des Parlamentarismus und begeisterte Parlamentarier Karl Renner konnte viele seiner parlamentarischen Vorstellungen erst mit der Ausrufung der Republik durch die Einführung des allgemeinen gleichen Männer- und Frauenwahlrechts umsetzen. Die Grenzen seines ambitionierten aufklärerisch-humanistisch-rationalistischen Blicks auf Parlamentarismus und Demokratie wurden ihm jedoch schon zum Teil in der Monarchie und manche erst im Verlauf der Ersten Republik aufgezeigt.



Mit dem Frauenwahlrecht wurden Frauen auch als Zielgruppe der Wahlkampfpropaganda entdeckt. Ein Plakat zur Wahl der konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919



Anpassungsfähig und zielgerichtet: Der Konstrukteur der Republik

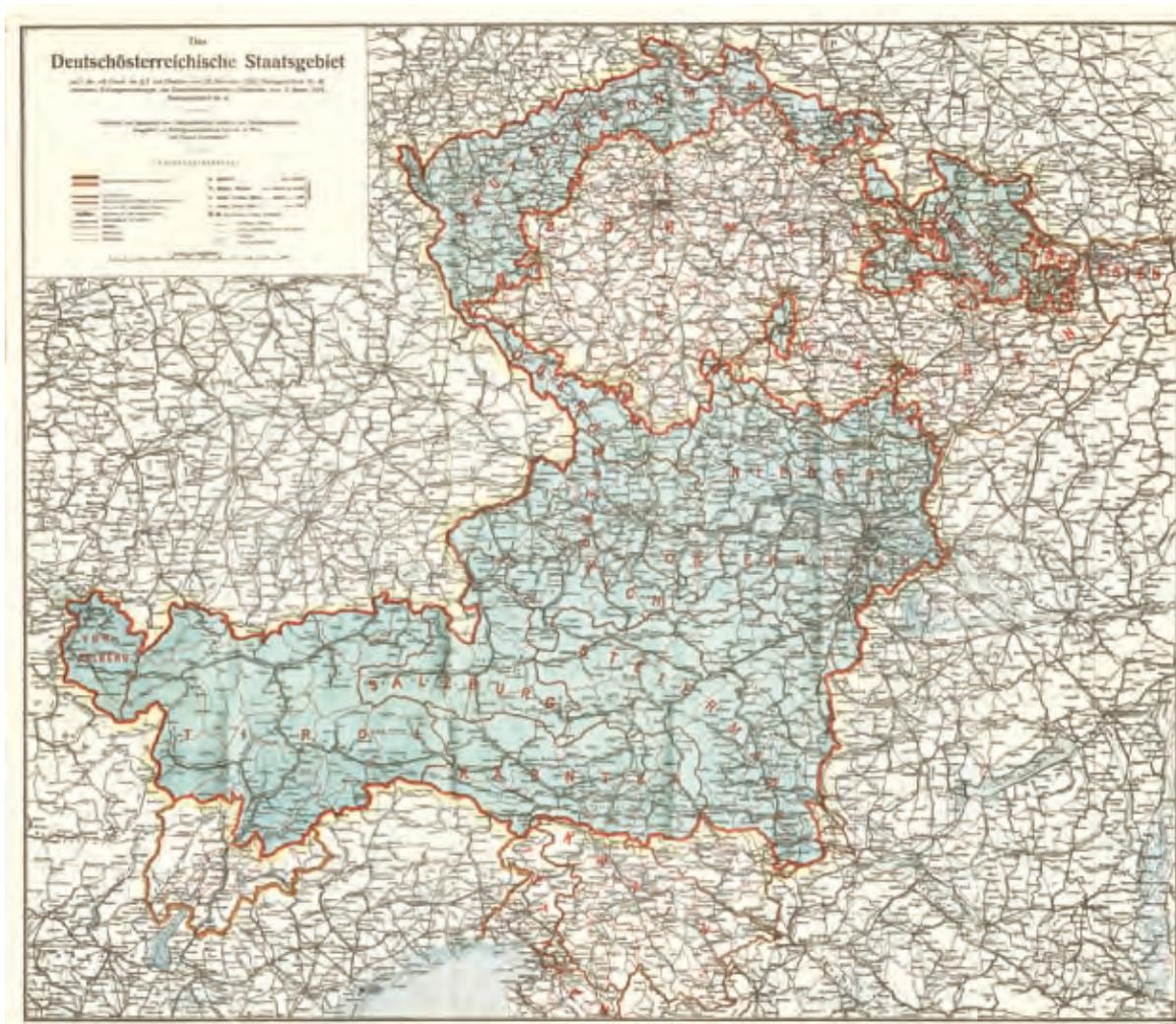
Die Habsburgermonarchie ging in der Katastrophe des Ersten Weltkrieges unter. Dieser war vom Zaun gebrochen worden, ohne die Folgen des modernen industrialisierten Krieges klar abschätzen zu können oder zu wollen. Dabei erwies sich die Illusion eines traditionellen kurzen Krieges als falsch – mit katastrophalen Folgen. Der europäische Krieg wuchs sich schnell zu einem technisierten Weltkrieg aus. Er trug Züge eines totalen Krieges, der zur Mobilisierung aller zur Verfügung stehenden Ressourcen mit weitgehender Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft, zur Radikalisierung der Kriegsziele und zur Ausuferung der Gewalt führte.

In diesem eskalierenden Krieg zerfielen die letzten Legitimationen des alten Habsburgerreichs. Sie zerfielen durch das sinnlose Sterben an der Front und das Drangsalieren der Bevölkerung an der so genannten „Heimatfront“ durch eine drakonische Verwaltung und Kriegswirtschaft unter Militärkuratorat. Hinzu kam, dass die österreichische Wirtschaft Schritt für Schritt durch schrumpfende Produktion, Versorgungsengpässe und Konflikte zwischen Wirtschaftsleben und Kriegsführung zur katastrophalen Mangelwirtschaft wurde. All das führte zu Kriegsmüdigkeit, Friedenssehnsucht und zum endgültigen Vertrauensverlust in das Herrscherhaus und den habsburgischen Staat. Massendesertationen an der Front sowie Streikbewegungen und Hungerproteste daheim waren Symbole für die Auflösung des Reichs. Alle Rettungsversuche, das Vielvölkerreich in einen Staatenbund umzubauen, oder zumindest den gemeinsamen Wirtschaftsraum zu retten, kamen zu spät. Alles was versucht wurde, wie das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918, beschleunigte nur den Zerfall. Die Menschen, das politische System der Monarchie und seine Legitimation waren einfach erschöpft. Die verschiedenen Nationalitäten sagten sich vom gemeinsamen Staat los und gründeten eigene Nationalstaaten.

So traten auch alle 208 deutschsprachigen Mitglieder des letzten, 1911 in der Monarchie gewählten Abge-

ordnetenhauses des Reichsrates am 21. Oktober im niederösterreichischen Landhaus in Wien zur Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich zusammen, unter ihnen selbstverständlich auch Karl Renner. Zusammengesetzt war diese aus 104 deutschnationalen Abgeordneten verschiedener Parteien sowie 66 christlichsozialen und 38 sozialdemokratischen Mandataren. Am 30. Oktober wurde ein Staatsrat eingerichtet, ein provisorisches Grundgesetz beschlossen – dessen „Architekt“ Karl Renner war – und ein beanspruchtes Staatsgebiet definiert. Die Staatsform war in diesem Provisorium noch offen gelassen worden. Ein offener Konflikt mit dem Kaiser sollte noch vermieden werden, da die Gesamtlage noch zu unklar war. Es amtierten letztendlich zu diesem Zeitpunkt zwei Regierungen parallel, die kaiserliche unter Ministerpräsident Heinrich Lammasch und die neue deutschösterreichische unter Staatskanzler Karl Renner. Victor Adler fasste die noch schwankende Situation in seiner Rede am 21. Oktober in der Nationalversammlung treffend zusammen: „Das deutsche Volk in Österreich soll seinen eigenen demokratischen Staat, seinen deutschen Volksstaat bilden, der vollkommen frei entscheiden soll, wie er seine Beziehungen zu den Nachbarvölkern, wie er seine Beziehungen zum Deutschen Reiche regeln soll. Er soll sich mit seinen Nachbarvölkern zu einem freien Völkerbund vereinen, wenn die Völker dies wollen. Lehnen aber die anderen Völker eine solche Gemeinschaft ab oder wollen sie ihr nur unter Bedingungen zustimmen, die den wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht entsprechen, dann wird der deutschösterreichische Staat, der, auf sich selbst gestellt, kein wirtschaftlich entwicklungsfähiges Gebilde wäre, gezwungen sein, sich als Sonderbundesstaat dem Deutschen Reiche anzugliedern.“⁴³ Das parlamentarische Protokoll vermerkte: „Lebhafter Beifall und Händeklatschen.“

Im Laufe des Jahres 1918 war fast allen klar geworden, dass der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn im Krieg untergehen werde. Ein neuer Staatenbund als



Die Republik Deutschösterreich in den (illusorischen) Grenzen vom 22. November 1918

Versuch, die Völker der Monarchie zusammenzuhalten, würde am Unwillen der neu entstehenden Nationalstaaten scheitern. Auf Seiten der Deutschsprachigen der Monarchie machte sich die Angst vor einer neuen „slawisch dominierten Donauföderation“ mit Duldung der Siegermächte breit. Französische und britische Diplomaten sowie der k. u. k. Außenminister Gyula Graf Andrassy hatten solche Szenarien ins Spiel gebracht. Mit diesen Aussichten fand die Anschlussbewegung an Deutschland in den deutschsprachigen Gebieten der Monarchie unter Politikern immer mehr Anklang. Auch in Teilen der österreichischen Sozialdemokratie war im Laufe des Jahres 1918 eine Bewegung entstanden, die im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker einen Anschluss an eine neue demokratische deutsche Republik forderte. Karl Renner hingegen hielt bis Oktober 1918 an der Monarchie als übernationalem Staat und Wirtschaftseinheit oder an der, wie er es nannte, „österreichischen Ökumene“ fest. Zumindest eine Art Wirtschaftsunion mit

gemeinsamer Währung sollte aus ökonomischen Gründen erhalten bleiben. Er sah darin die politisch-wirtschaftliche Einheit des mittel-osteuropäischen Donaumaums garantiert. Die Trennung der österreichischen Völker erschien Karl Renner persönlich noch als ein zu großes, undenkbares „Opfer“. Vor allem auch unter der Arbeiter:innenschaft war der Anschluss an Deutschland zunächst noch wenig beliebt, da damit der Anschluss an ein militarisiertes wilhelminisches Deutschland, in der Sprache der Zeit ein „verpreußtes Deutschland“, assoziiert wurde. Schlussendlich überwogen jedoch die Verbitterung über die habsburgische Kriegsführung und die Zukunftsängste in einem geschrumpften und armen Restösterreich. Schrittweise wurde es zum breit anerkannten Ziel, sich im Sinne des proklamierten Selbstbestimmungsrechts der Völker mit der jungen Deutschen Republik zusammenzuschließen. Die chaotische Situation und die damit verbundene Orientierungslosigkeit beschrieb Jura Soyfer Jahre später in seinem Romanfragment „So



Die tumultartige Ausrufung der Republik auf der Rampe des Parlaments am 12. November 1918

starb eine Partei“ treffend: „Auftauchte, als die Wasser der Sintflut sich zu verlaufen begannen, ein kleiner Staat mit sechseinhalb Millionen Einwohnern, die ihn ungläubig Österreich nannten, die Republik Deutsch-Österreich.“⁴⁴

In der verfahrenen Situation stellte Karl Renner sein Denken von seiner nun offensichtlich gescheiterten „österreichischen Ökumene“ auf die „deutsche Ökumene“ um. Renner unterwarf seine Träume des übernationalen Donaustaates der normativen Kraft des Faktischen und hatte dafür auch durchaus realistische Gründe. Zwei Tage zuvor hatte der deutsche Reichskanzler Prinz Max von Baden verlautbart, dass er beabsichtige, „dem Regenten (= Kaiser Wilhelm II.) die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen“.⁴⁵ In Bezug auf diesen vor allem an die deutschsprachigen Gebiete Österreichs gerichteten Aufruf, erklärte Renner am 11. November im Staatsrat, dass „die Lage der Randprovinzen zu bedenken“ sei: „Es [...] wird dieser Ruf [= des Deutschen Reichs] einen so starken Eindruck machen, daß zu befürchten steht, daß unsere Gemeinschaft zerrissen wird, ein Stück nach dem anderen getrennt diesen Anschluß vollzieht [...]“.⁴⁶ Ein An-

schluss des gesamten Deutschösterreich sei somit eine Vorwegnahme dieser Bewegung von „unten“. Die im Jahr 1921 in Tirol und Salzburg durchgeführten Volksabstimmungen für einen Anschluss an Deutschland – eine bereits geplante Abstimmung in der Steiermark wurde abgesagt – betrafen zwar keine Randgebiete, hätten jedoch ebenso den Zerfall der jungen Republik bedeutet.

Renner passte sich somit in der „Anschluss-Frage“ der von Otto Bauer in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vorgegebenen und nun mehrheitsfähigen gesamtdeutschen Linie an. Und er war auch hier, wie so oft in seinem Drang, Verantwortung zu übernehmen, Fakten zu schaffen und das Beste aus Krisensituationen zu machen, bereit, seinen Richtungswechsel ohne Zögern aktiv und zielorientiert durchzuziehen. Karl Renner formulierte es in der sozialdemokratischen reichsdeutschen Zeitung Vorwärts repräsentativ für viele und legitimierte somit seinen Meinungsumschwung: „[...] am Ende haben wir es satt, den unverständenen Lehrmeister und den ungebetenen Vormund zu spielen. [...] Wir bestellen unser eigenes Haus – mögen die andern für sich selber denken und sorgen.“⁴⁷

Renner wurde schnell zum Motor und Kopf der neuen Konzentrationsregierung und schließlich zum Staatskanzler. Im Ruf stehend, ein kompromiss- und kooperationsbereiter Realpolitiker zu sein, war er in der Lage, im Chaos des Zusammenbruchs 1918 die Rolle des ausgleichenden und dennoch die Sache des Umbruchs strukturiert vorantreibenden Staatskanzlers zu übernehmen, was nicht selbstverständlich war. Renner selbst hatte es nämlich zu Wege gebracht, dass er, eigentlich ohne Rechtsgrundlage, die im Grunde rein protokollarische Position der Leitung der Staatskanzlei zur Leitung der Staatsregierung ausbaute und somit – mit Hans Kelsens Worten – „tatsächlich die Stellung eines Ministerpräsidenten“ erlangte. Erst mit dem Beschluss der Novellierung der provisorischen Verfassung, am 19. Dezember 1918, haben Renners Position und Kompetenzen eine rechtliche Grundlage erhalten. Diese nicht zwingende Entwicklung Renners zum Staatskanzler im Sinne eines „Ministerpräsidenten“ – so Hans Kelsen in der Arbeiterzeitung – „mag [...] mit den besonderen Qualitäten jener Persönlichkeit zusammenhängen, die seit der Wirksamkeit der neuen Verfassung an der Spitze der Staatskanzlei gestanden ist“.⁴⁸ Außerdem hätten „praktische Ver-

fassungsbedürfnisse“ und „die staatsrechtlichen Forderungen des Alltags“ dazu geführt; auch das klingt sehr nach Renners Politikverständnis.

Seine enorme Anpassungsfähigkeit an neue Situationen führte damals bereits zu Diskussionen in der SDAP und auch beim politischen Gegner. Dennoch wurde Renner in diesen Monaten der Republikgründung noch viel mehr für seinen Tatendrang, seine Strukturiertheit, seine Arbeitskapazität und seine Resilienz geschätzt, als er für seine Anpassungsfähigkeit kritisiert wurde.⁴⁹ Denn in all dem Chaos Österreichs mit seiner drohenden Unregierbarkeit, bedroht von militärischen Grenzkonflikten, inneren Unruhen und begleitet von einer katastrophalen Versorgungslage der Bevölkerung, bewies er die Fähigkeit, aus dem völligen Zerfall heraus eine Struktur, einen gangbaren Weg für die Ausrufung einer neuen Republik zu schaffen.

So wurde er zum klaren Kopf und zur strukturierenden Hand der Republikgründung. Und seine widersprüchlichen Eigenschaften ergänzten sich plötzlich in schwierigster Lage und größtem Chaos zu einer ordnenden, die Verantwortung suchenden Handlungsfähigkeit. Er verband als visionärer Theoretiker weit gesteckte Ziele mit der pragmatischen Akzeptanz des Unumgänglichen eines Tagesrealpolitikers. So gelang es ihm kompromissbereit, kooperativ und Ordnung schaffend im Interesse grundlegender Bedürfnisse der Bevölkerung eine Revolution, eine österreichische Revolution, quasi auf den Boden zu bringen, also umsetzbar zu machen. In seinem Selbstbild zielte er in die Mitte zwischen „Anarchie“ und „Reaktion“, das zaudernde Bürgertum und umstürzlerische Teile des Proletariats so weit zu bringen, die Grundlegung des demokratischen Rechts- und Sozialstaates sowie die Etablierung eines emanzipatorischen Republikanismus, der die Freiheit des Individuums mit der Solidarität des Kollektivs verbindet, zu schaffen.

Am 30. Oktober 1918 war es dann soweit. Die Provisorische Nationalversammlung beschloss den Staat „Deutschösterreich“ zu gründen, somit waren die deutschsprachigen Abgeordneten die letzten, die sich vom alten Reich lossagten. Am 11. November gab Kaiser Karl I. dem Drängen der Nationalversammlung nach langem Zögern nach und verzichtete darauf, „Anteil an den Regierungsgeschäften“ zu nehmen. Das war keine Absetzung und das Wort



Die Regierung Karl Renner I im Februar 1919

„Abdankung“ kam nicht vor. Schließlich wurde am 12. November 1918 die Republik ausgerufen. In Paragraf 1 des „Gesetzes über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich“ hieß es: „Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volk eingesetzt.“ Trotz Jubels bei der Proklamation und mancher Hoffnungen, ein „respektables“ Staatsgebiet zu haben, stand an der Wiege der Republik kein großer Gründungsmythos, sondern bittere Not, ein schwacher Grundkonsens zwischen „Bürgertum, Bauernstand und Arbeiterschaft“⁵⁰, unterschiedliche Gefühle der Enttäuschung und im Laufe des Jahres 1919 endgültig ein weitverbreiteter Eindruck, lediglich eine Art Restpostenverwaltung zu sein. Karl Renner beschrieb die Situation des jungen Gemeinwesens im Staatsrat am 11. November selbst so: „Deutschösterreich soll auf ein armseliges und ganz hilfloses Gebilde reduziert werden, das im Süden bis zum Brenner auf der einen Seite, auf der anderen nicht einmal bis Villach, nicht einmal bis Marburg reicht, im Norden nicht einmal bis Lundenburg (= Breclav), ein Gebilde, das nicht lebensfähig ist, keine andere Industrie haben könnte als höchstens eine Fremdenindustrie.“⁵¹

Für all das steht das Gründungsdokument der Republik selbst. Wo sonst wurde bei solch einer Ausrufung in Paragraf 1 der Staat gegründet und in Paragraf 2 gleichsam wieder aufgelöst: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Re-

publik.“ Resultat dieser allgemeinen Vereinigungswünsche mit Deutschland war die Vorstellung, dass das Staatsgebiet der jungen Republik alle deutschsprachigen Gebiete der österreichischen Reichshälfte der Monarchie umfassen sollte. Also wurden (illusorische) Ansprüche auf Deutsch-Böhmen, Deutsch-Südböhmen (Böhmerwaldgau), Deutsch-Südmähren, das deutschsprachige Gebiet um Neubistritz (Nová Bystrice), das Sudetenland sowie die deutschsprachigen Sprachinseln Brünn (Brno), Iglau (Jihlava) und Olmütz (Olomouc) erhoben. Grundlage

dafür sollte das von US-Präsident Woodrow Wilson proklamierte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ sein. Diese breit getragenen „Anschlusssträume“ 1918/1919 hatten unterschiedliche Wurzeln: sie konnten aus den gesamtdeutschen Ideen der Revolution 1848 gespeist sein, auf wirtschaftspolitischen Überlegungen fußen, kulturromantischen Vorstellungen folgen oder auf völkisch-nationalistischen Phantasien beruhen. Sie blieben alles in allem ein Schatten, der Österreich bis zu seinem Verschwinden im März 1938 und Karl Renner begleiten sollte.



Die Grenzen der jungen Republik nach dem ursprünglichen Vertragsentwurf der Siegermächte

Ordnung in das Chaos oder „liebend der Republik dienen“

Die Lage der jungen Republik schien unmittelbar bei ihrer Gründung zunächst aussichtslos. Die katastrophale Gesamtsituation des neuen Staates führte dazu, dass die Sozialdemokratie unangefochten eine führende Rolle in der Umbruchphase einnehmen konnte. Die beiden bürgerlichen politischen Lager waren teilweise aus Überzeugung, teilweise aus Furcht vor in ihren Augen noch „Schlimmerem“, also vor revolutionären Gewaltakten gegen die Besitzenden und eines Umsturzes der Eigentumsverhältnisse, zu Kompromissen und Reformen bereit.

Der Weltkrieg führte gerade in Österreich-Ungarn zur völligen wirtschaftlichen Erschöpfung. Hinzu kam der Zerfall des gewachsenen wirtschaftlichen Großraums der Monarchie von 53 Millionen Menschen und 676.615 Quadratkilometer Fläche in viele kleine Nationalökonomien. Alle zaghaften Versuche, zumindest einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu erhalten, scheiterten. Spätestens mit der Errichtung abschottender Zollgrenzen und der nationalen Abstempelung der Kronen-Währung in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei Anfang 1919 war der einheitliche Währungs-, Zoll- und Wirtschaftsraum beendet. Einige junge Nationalstaaten strebten sofort nach eigenen Währungen. Alte ökonomische regionale Aufgabenteilungen verloren an Sinn. Zum Beispiel befanden sich in der Republik mit ihren 6,5 Millionen Bürger:innen und knapp 84.000 Quadratkilometern Fläche nun vier der fünf Lokomotivfabriken der Monarchie. Nur ein gravierendes Beispiel für das Problem der bestehenden Überkapazitäten. Dem gegenüber standen immense Unterkapazitäten.

Die Versorgung mit Lebensmitteln durch die unterentwickelte Landwirtschaft bereitete ebenso große Sorgen wie die Versorgung mit Rohstoffen durch „verlorene“ Kohle- und Erdölproduktionen. Vieles hatte nun nicht mehr innerstaatlich, sondern als Import zu erfolgen. Umgekehrt brachen auch wichtige Absatzmärkte weg. Aus dem Binnenhandel wurde ein Außenhandel. Hinzukamen ein völlig überdi-

mensionierter Staatssektor und Beamtenapparat, ein Problem das vor allem Wien betraf. Die Wirtschaftsleistung pro Kopf sank zu Beginn der Republik im Vergleich zur Zeit vor dem Krieg um ein Drittel. Österreich verkraftete den wirtschaftlichen Strukturschock nachhaltig schlechter als andere Nachfolgestaaten der Monarchie. Die Phase der Nachkriegsinflation und -hyperinflation verringerte zwar die hohen Staatsschulden der Republik, prägte jedoch traumatisch das Bild der Umstellung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse eines Kleinstaats. Ein Laib Brot kostete 1914 unmittelbar vor dem Krieg 0,46 Kronen und 1922 am Höhepunkt der radikalen Teuerung 5.670 Kronen.⁵² Die Lebenshaltungskosten explodierten und der Schleichhandel blühte. Es wurden die Vermögen der Mittelschicht vernichtet. So glaubten nur wenige an die ökonomische Überlebensfähigkeit der jungen Republik und hegten gegen die Staatsform Republik und die demokratische Grundorientierung Argwohn, der sich im Laufe der Zeit zur Ablehnung steigerte. Der Schweizer Diplomat Carl Jakob Burckhardt war von 1918 bis 1922 der Gesandtschaftsattaché in Wien und beschrieb die Situation in Wien dramatisch: „Man sah damals die Leute auf der Straße vor Hunger umfallen; von allem Elend, das herrschte, als der Weltkrieg in der Not der mitteleuropäischen Menschheit zusammenbrach, war das Wiener Elend das schrecklichste, die Erschöpfung der Kaiserstadt die tiefste, die Aussicht des alten Österreich die hoffnungsloseste.“⁵³

Die Grenzen des Staates waren noch undefiniert und militärisch bedrängt durch die (neuen) Nachbarstaaten Italien, Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien. Österreich (in den Grenzen von 1919) hatte im Ersten Weltkrieg 495.000 Tote zu beklagen und zählte mehr als 140.000 Kriegsbeschädigte.⁵⁴ In Wien waren im Winter 1918/19 von 100.000 Kindern neunzig Prozent unterernährt und fast zwanzig Prozent vom Hungertod bedroht. Schließlich traf die weltweit wütende Spanische Grippe auf eine ausgezehnte Bevölkerung und raffte bis 1920 rund 20.000 Personen dahin.



Karl Renner unmittelbar vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Saint-Germain-en-Laye

Dies war die schwierige Ausgangslage für die Regierungen Karl Renner I, II und III. Seine politische Strategie als Staatskanzler fasste Karl Renner auf dem Parteitag der SDAP im November 1919 als Antwort auf den Vorwurf, „zu staatskanzlerisch gesprochen zu haben“, wie folgt zusammen: „Wenn ich eine konkrete Maßregel zu ergreifen habe, so muss ich fragen: was brauche ich in diesem Moment, an diesem Orte und unter diesen Verhältnissen, was kann ich jetzt durchsetzen?“⁵⁵ Und sein Staats-, Politik- und Regierungsverständnis als Staatskanzler beschrieb er in einer Parlamentsrede am 21. April 1920 treffend: „Das System, das wir vertreten, möchte ich daher zunächst mit einem Kennworte als Regierung vermittelt der Vertrauensmänner der organisierten Massen in Stadt und Land bezeichnen und nicht als Regierung durch Bureaucratie, Polizei und Militarismus. Wenn hier die Bauernschaft, da die Arbeiterschaft, dort die Bürgerschaft unruhig wurde, hat sich die Regierung zunächst an die politischen Vertrauensmänner der beunruhigten Volkskreise selbst gewendet, sie hat sorgsam auch die wirtschaftlichen Organisationen beachtet und gepflegt und die Vertrauensmänner der wirtschaftlichen Organisationen, hier der landwirtschaftlichen Genossenschaften, da der Gewerkschaften und dort die Unternehmerverbände ersucht, im Einvernehmen mit der Regierung die sozialen Schwierigkeiten zu überwinden. Der zweite Grundsatz des Systems ist der: Nicht die Diktatur der einen Klasse über die andere, sondern die verhältnismäßige Anteilnahme aller werktätigen Klassen an der Macht, somit nicht Alleinherrschaft, sondern Mitregierung.“⁵⁶

In den krisenhaften Anfangsmonaten der „österreichischen Revolution“, wie die republikanischen Umwälzungen 1918/1919 von Otto Bauer bezeichnet wurden, gab es gleich zu Beginn eine Phase großer politischer Veränderung und sozialer Innovation. Die zurückströmenden Frontsoldaten und die große Arbeitslosigkeit führten bereits im November 1918 zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung. Im März 1920 wurde daraus eine Pflichtversicherung. Ebenso wurde der Achtstundentag gesetzlich verankert. Im Mai 1919 wurde das Gesetz zur Errichtung von Betriebsräten beschlossen, das weltweit, abgesehen von der Sowjetunion, das erste seiner Art war. Ebenfalls wurde im August 1919 das „Arbeiterurlaubsgesetz“ beschlossen. Arbeiter:innen stand pro Jahr ein ununterbrochener Urlaub von einer Woche zu. Im Februar 1920 folgte ein Gesetz über die Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte.

Die Republikanisierung Österreichs erfolgte ebenso gründlich und klar. Ex-Kaiser Karl schwankte in seiner Entscheidung, auf die Regierungsgeschäfte verzichtet zu haben, und schien letztendlich der Überzeugung anzuhängen, ein Kaiser von Gottes Gnaden könne eigentlich nicht abdanken. Um hier eine klare Linie zu ziehen, drohte Renner mit der Internierung des Ex-Kaisers im Falle der Nichtabdankung. Dieser verließ das Land am 24. März 1919 und trat noch auf österreichischem Territorium von seiner Verzichtserklärung mit der Begründung zurück, ein Kaiser von Gottes Gnaden könne nicht abgesetzt werden. Alle „Gegenkönige“ auch durch Volkes Gnaden seien Hochverräter. Um einen eindeutigen Bruch mit der Rechtsordnung der Monarchie zu vollziehen und Restaurationsversuchen vorzubeugen, wurde auf Initiative Renners von der konstituierenden Nationalversammlung am 3. April 1919 das Gesetz betreffend die „Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen“ und das Gesetz über die „Aufhebung des Adels, der weltlichen Ritter- und Damenorden und gewisser Titel und Würden“ beschlossen. Dass Restaurationsängste der republikanischen Regierung nicht unbegründet waren, bewiesen zwei scheiternde Restaurationsversuche Karls und seiner legitimistischen Kräfte zur Wiedererlangung der Macht in Ungarn im Jahr 1921.

Ein besonderes Projekt war die Ausarbeitung einer Verfassung für die junge Republik. Das war die

zentrale Aufgabe der im Februar 1919 gewählten Konstituierenden Nationalversammlung. Trotz vieler Verhandlungen und Kompromisse wurde ein modernes Verfassungswerk geschaffen, das am 1. Oktober 1920 einstimmig beschlossen wurde. Dieses begründete den österreichischen Staat als eine bundesstaatliche Republik mit einem stark parlamentarisch geprägten System, in dem die Regierung (bis 1929) vom Nationalrat gewählt wurde. Staatskanzler Renner, der die provisorische Verfassung ausgearbeitet hatte, beauftragte den Rechtswissenschaftler und -theoretiker Hans Kelsen mit der Ausarbeitung des Entwurfs für die definitive Verfassung. Kelsen war für Renner „der Reformator der deutschen Staats- und Rechtswissenschaft“: „Es gibt keine Lehrkanzel der Staats- und Rechtswissenschaft auf deutscher Erde und weit darüberhinaus, die sich nicht mit der besonderen Theorie und Lehre Kelsens auseinandersetzen müßte.“⁵⁷ Die Nähe Kelsens zum Staatskanzler hatte ihm auch den politisch motivierten Ruf der bürgerlichen Parteien eingebracht, „Marxist“ zu sein. Karl Renners Engagement zum Zustandekommen der Verfassung führte auch dazu, dass bei den Christlichsozialen Argwohn und Skepsis entstand. Der spätere Bundeskanzler Ignaz Seipel beschrieb die Situation beim christlichsozialen Parteitag im Juni 1921 folgendermaßen: „Im Anfang schien das Werk der Verfassung fast ausschließlich in der Hand des ersten Staatskanzlers Dr. Renner und seiner Fachleute gelegt zu sein. Es drohte uns da ein Werk von stark theoretischer Konstruktion, von zentralistischen Gedanken durchsetzt.“⁵⁸ Schließlich gelangen noch Kompromisse zwischen den Parteien. Die von Kelsen angestrebte Aufnahme eines Katalogs der Grund- und Menschenrechte scheiterte jedoch am Widerstand der Christlichsozialen, die sich besonders an der sozialdemokratischen Forderung nach „sozialen Rechten“ stießen. Schließlich gelang auch ein Kompromiss zwischen Karl Renner und Hans Kelsen, der die grundlegende Bedeutung beider für die Grundstrukturen der österreichischen Republik bis heute zeigt. Der programmatische Satz des Artikel 1 des Bundesverfassungsgesetzes 1920, „Österreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt“, geht auf Karl Renner zurück, der diesen gegen den Willen von Hans Kelsen und dessen rechtspositivistischer Grundhaltung durchsetzte, da er meinte, „von einem politischen Standpunkt ist es mir außerordentlich wichtig, daß das Volk, das die Verfassung liest, sofort erfährt, sie [= die Staatsgewalt] geht vom



Hans Kelsen (1881–1973), der von Karl Renner den Auftrag erhielt, die österreichische Bundesverfassung auszuarbeiten

Volke aus“.⁵⁹ Kelsen selbst erzählte diese Geschichte bei einem Interview im Jahr 1958. Er bestand jedoch zumindest darauf, aus den „Gewalten“ das „Recht“ zu machen.

Um Renners Bedeutung für die Republik einordnen zu können, muss auch auf die Friedensverhandlungen in Saint-Germain-en-Laye eingegangen werden. Verhandelte für die deutsche Republik im Schloss Versailles der Außenminister Ulrich von Brockdorff-Rantzau, verhandelte für die (deutsch)österreichische der Staatskanzler selbst. Beide Politiker wurden in der französischen Presse auch – gewissen Stereotypen folgend – verglichen. Die französische Illustrierte *Le Pais de France* stellte im Mai 1919 den deutschen und den deutschösterreichischen Chefverhandler als sehr unterschiedliche Menschen dar. So wurde der Leiter der deutschen Delegation als aristokratisch steif, distanziert und traurig dargestellt. Renner dagegen – wie das Blatt schreibt – „mit offenem Gesicht, heiter und gutmütig; aber hinter den Brillengläsern ist der Blick wach und klug“.⁶⁰

Die Zeit unmittelbar nach dem Kriegsende war in Zentral- und Osteuropa geprägt durch Revolutionen und Konterrevolutionen, Bürgerkriege, Ver-



Wahlplakat der SDAP zur ersten Nationalratswahl am 17. Oktober 1920

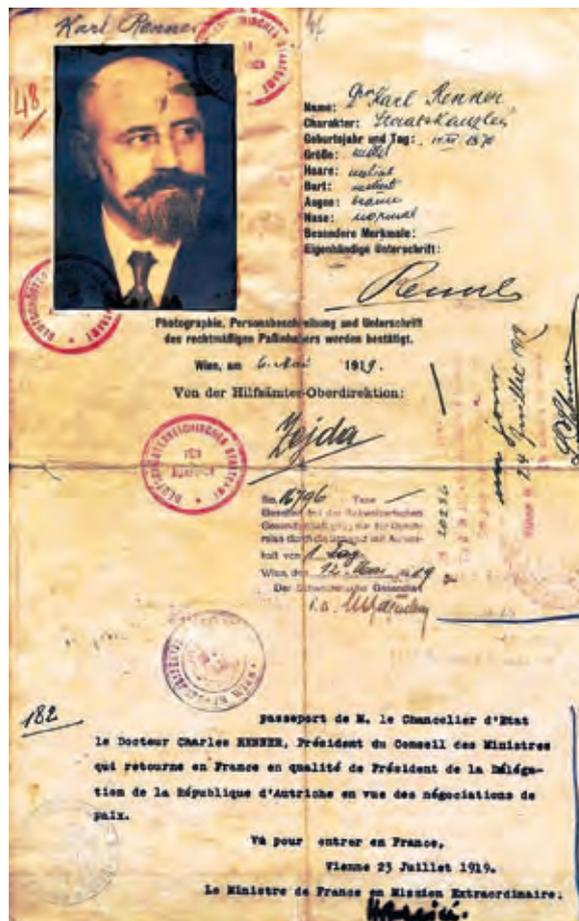
folgung bzw. Vertreibung ethnischer und religiöser Minderheiten und blutige Grenzziehungskriege zwischen den neu entstehenden Nationalstaaten. Der Erste Weltkrieg mit seiner eskalierenden Gewalt und seinem Ressourcen verschlingenden Verlauf setzte sich auf anderer Ebene fort. Die Pariser „Vorortverträge“ waren 1919 der Versuch, endlich Frieden zu ermöglichen. Dort sollten alliierte Staaten als Kriegsgewinner belohnt, Kriegsgegner bestraft, Schäden kompensiert, Gebietsansprüche neuer Staaten befriedigt und die allgemeine Krise überwunden werden. Es ging nicht um die Wiederherstellung der alten Ordnung, sondern um eine radikale Neuordnung der europäischen Staatenwelt.

An der Spitze der deutschösterreichischen Delegation stand Staatskanzler Karl Renner, der vor seiner Abreise nach Frankreich bereits die Erwartungen sehr dämpfte, dennoch in die „Gerechtigkeit, Tatkraft, Menschenfreundlichkeit und staatsmännische Weisheit“ des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson leise Hoffnungen setzte.⁶¹ Die Delegation, die sich aus Vertretern der Parlamentsparteien, Ländervertretern, Experten für die Verhandlungsmaterien und schließlich dem letzten Ministerpräsidenten der Donaumonarchie, Heinrich Lammasch, zusammensetzte, wurde isoliert in der Villa Reinach, später „die Rennerei“ genannt, un-

tergebracht. Die Delegation war kein unmittelbarer ebenbürtiger Verhandlungspartner. Der erste Vertragsentwurf erschreckte die österreichische Öffentlichkeit. Er enthielt umfassende Gebietsverluste und damit verbunden verkehrstechnisch und wirtschaftlich schwere Einbußen. Auch Kriegsschuld und Reparationsforderungen waren enthalten. In Österreich wurde der Vorschlag als „Vernichtungsfrieden“ empfunden. Der sozialdemokratische Abgeordnete und Sohn Victor Adlers, Friedrich Adler, nannte das Vertragswerk in der Nationalversammlung: „Das barbarische Diktat der Sieger.“⁶² Es kam zu Großdemonstrationen in mehreren Städten. Vor allem die Untersagung des „Anschlusses“ an Deutschland, in Gestalt des Artikels 88, der die „Unabhängigkeit Österreichs“ als unabänderlich festschrieb, empörte viele. Karl Renner versuchte nun geschickt Verbesserungen auszuverhandeln. So gelang es, eine Volksabstimmung in Südkärnten zu erwirken, das Burgenland zu gewinnen und bei den Reparationen Milderungen zu erwirken. Ein zentraler Satz stand in der Begleitnote zu den Friedensbedingungen, er zerstörte eine zentrale Hoffnung Renners: „Das österreichische Volk teilt in weitem Umfange mit seinem Nachbar, dem ungarischen Volke, die Verantwortlichkeit für die Übel, unter denen Europa während der letzten fünf Jahre gelitten hat.“⁶³ Damit wurde der Versuch der Republik, sich als neuer

Staat, ohne Verantwortung für die Taten der untergegangenen österreichisch-ungarischen Monarchie zu präsentieren, zunichte gemacht. Der Staatsvertrag wurde nur mit den Stimmen von Christlichsozialen und Sozialdemokraten und „unter feierlichem Protest vor aller Welt“ in der Nationalversammlung auf Anraten des Staatskanzlers angenommen.

Durch die Pariser Verträge entstanden rund 20.000 Kilometer neue Staatsgrenzen. Viele politische Fragen blieben offen, gute Ideen wie der Völkerbund blieben halbfertig. Renner akzeptierte das Unumgängliche des Friedensvertrages nicht ohne doch noch Verbesserungen für die Republik und ihre Bürger:innen zu erzwingen. Durch lästiges Intervenieren beim Obersten Rat der Alliierten erzwang er die Einrichtung eines Subkomitees für Fragen der Ernährungsschwierigkeiten, um die herrschende Ernährungs- und Versorgungskrise der jungen Republik zu lindern.⁶⁴ Der Glaube Renners an die Notwendigkeit wirtschaftlicher Großräume und der Nichtglaube an die Existenzfähigkeit des Kleinstaats Österreich als „verküppeltes Zwergwirtschaftsgebiet“⁶⁵ blieben bei ihm bestehen. Dennoch versuchte er seiner Bereitschaft zur Akzeptanz von Tatsachen folgend, dem nicht Angestrebten, aber nun Gegebenen etwas Positives abzugewinnen und seiner Verbundenheit mit Land und Leuten Ausdruck zu verleihen, indem er den Text für eine – nie offizielle – Bundeshymne für Deutschösterreich schrieb: „Deutschösterreich, du herrliches Land, wir lieben dich.“ Diese „gesungene“ Liebeserklärung an den „Zwergstaat“ hatte aber schon eine andere Intention. Zunächst bekannte Renner in einer Mischung aus politischem Pragmatismus und beamtetem Berufsethos, es sei „unser Staatswesen zu nehmen, wie es ist, und ihm liebend zu dienen“.⁶⁶ Auch schien es ihm notwendig, zu betonen: „Wir Alpendeutschen sind ein Volk, Leute eines Stammes und einer Geschichte, eine Schicksalsgemeinschaft.“ Und eben dieser sollte die Nationalversammlung ein „Haus erbauen“. Die hymnische Liebeserklärung sollte aber auch schon als Mittel zum Zweck dienen, um den monarchistischen und antidemokratischen Kräften eine gestärkte republikanische Gesinnung in der österreichischen Bevölkerung entgegenstellen zu können, da es für Renner und die Sozialdemokratie vorrangig war, die Staatsform der demokratischen Republik zu schützen und zu stärken.⁶⁷ Bevor die Koalitionsregierung zwischen Sozialdemokratie und Christlichsozialen zerbrach und Renner als Staats-



Der Diplomatenpass Karl Renners für seine Reise zu den Friedensverhandlungen

kanzler zurücktrat, beschrieb er vorausschauend bei einer Parlamentsrede am 21. April 1920 die Leistungen seiner Regierung treffend: „So hat die Koalition ein oberstes und unvergängliches Verdienst für unser Volk erworben: Sie hat den Kampf, der hinter allen Hütten und Straßenecken lauerte, den allgemeinen Bürgerkrieg und damit die wirtschaftliche Vernichtung unseres Volkes verhütet! Und dieser Erfolg hat zweifellos das Opfer, das jeder Teil an seinen Idealen zeitweise gebracht hat, gerechtfertigt und reichlich belohnt.“⁶⁸ Die Sozialdemokratie sollte bis 1933 nicht mehr in Regierungsverantwortung auf Bundesebene kommen. Diese institutionalisierte Frontstellung zwischen bürgerlicher Regierung und sozialdemokratischer Opposition sollte das für ein demokratisches Gemeinwesen notwendige Entwickeln einer „gemeinsamen politischen Kultur“ in der Ersten Republik maßgeblich behindern.⁶⁹

Der österreichische Antisemitismus.

Grundton der Ersten Republik

Der Antisemitismus war in Österreich tief verwurzelt.⁷⁰ Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vermengten sich alte und neue Formen der antisemitischen Feindbildzeichnung und wurden bei der Entstehung der modernen Massengesellschaft zum gängigen Instrument der Politisierung und der Mobilisierung der Öffentlichkeit. Von der katholischen Kirche gepflegter religiös aufgeladener christlicher Antijudaismus vermengte sich mit dem „modernen“ pseudowissenschaftlich-rassistischen Antisemitismus. Je nach politischer oder religiöser Einstellung, sozialer Position oder wirtschaftlichem Interesse wurde die Diffamierung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung begründet und instrumentalisiert.

Vor allem in deutschnationalen Kreisen und den schlagenden Burschenschaften der Donaumonarchie wurde der völkisch-rassistisch begründete Antisemitismus tragendes politisches Element. Er wurde nach der Gründung des (klein)deutschen Nationalstaats (Deutsches Kaiserreich) im Jahr 1871 – ohne die „Deutschen“ der österreichisch-ungarischen Monarchie – in diesen Kreisen tragendes inneres sowie äußeres Identifikationsmerkmal und Grundorientierung. Auch in der Christlichsozialen Partei (CS) diente ein zwischen religiösen, wirtschaftlichen und kulturellen Motiven schwankender Antijudaismus zur Massenmobilisierung. Er war ebenso Bindeglied deren unterschiedlicher sozialer Kernschichten als auch deren wirtschaftlicher (widerstreitender) Interessen (Bauern, Kleingewerbetreibende, Angestellte etc.). Sowohl die Christlichsoziale Partei als auch die Großdeutsche Volkspartei hatten den Antisemitismus als ideologisches Versatzstück in ihren Parteiprogrammen. Die Großdeutsche Volkspartei beschrieb in ihrem Parteiprogramm aus dem Jahr 1920 in einem eigenen Kapitel – mit dem Titel: „Unsere Stellung zur Judenfrage“ – ausführlich „den Fremdkörper Judentum“.⁷¹ Auch bei den Christlichsozialen war der Antisemitismus programmatische Konstante seit dem ersten Parteiprogramm.⁷² In ihrem Wahlprogramm im Februar 1919 riefen sie gegen „Korruption und Herrschsucht jüdischer

Kreise“ zum „schärfsten Abwehrkampf gegen die jüdische Gefahr“ auf.⁷³ Im Parteiprogramm aus dem Jahr 1926 legten sie u. a. fest, dass die „Übermacht des zersetzenden jüdischen Einflusses auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete“ zu bekämpfen sei. Bezeichnend für den christlichsozialen Antisemitismus sind die 1932 erschienenen Erläuterungen zum christlichsozialen Parteiprogramm des Ministers und Kurzzeit-Vizekanzlers Richard Schmitz. Darin vertrat dieser die These, dass „praktischer Antisemitismus wertvoller sei als radikaler Wortantisemitismus“. Der Antisemitismus der Christlichsozialen sei kein bloßes „Agitationsmittel“, sondern Teil des Programms und des „geistigen Inhalts“ der Partei. Dass der Antisemitismus ständiger Bestandteil der Christlichsozialen Partei sei, sei „Schuld der Juden“ selbst, da sie als „Führer der Sozialdemokratie“ immer wieder an dessen „Notwendigkeit“ erinnerten.⁷⁴

In der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) spielte der Antisemitismus eine untergeordnete Rolle, da sie versuchte, sich auf ein übernationales Klassenbewusstsein zur Mobilisierung und Identitätsbildung zu fokussieren. Außerdem verstanden viele Sozialdemokrat:innen der Zeit, die sich schon in der Monarchie mit der habsburgischen Nationalitätenfrage beschäftigt hatten, der austromarxistischen Denkungsart folgend, Religion nicht als „nationenbildend“, da es Religion ja zu überwinden galt. Das führte in der Ersten Republik oft zu einer gewissen „Taubheit“ gegenüber religiösen Diskriminierungen und zu einer Distanziertheit gegenüber der damals so genannten „Judenfrage“. Vielmehr verstand sich die Sozialdemokratie als Emanzipationsbewegung, der sich gerade aus diesem Verständnis heraus viele Menschen jüdischer Herkunft anschlossen und führende Rollen sowohl in der politischen Praxis als auch in der theoretischen Arbeit einnahmen. Programmatisch und theoretisch bekämpfte die SDAP den Antisemitismus. Dennoch verwendete die Sozialdemokratie immer wieder auch rhetorische Versatzstücke der antisemitischen politischen Gegner. Zum einen, um die antisemitische Anfeindung als

„Judenschutztruppe“ abzuwehren, und zum anderen, um die Agitation der Antisemiten zu demaskieren. Dessen ungeachtet konnten in die antikapitalistische Agitation der Sozialdemokratie antisemitische Klischees einsickern, die sich aus taktischen Gründen zum Bild des „jüdischen Bankenkapitals“ verdichten ließen.

Ein entscheidender Höhepunkt des österreichischen Antisemitismus begann sich im Ersten Weltkrieg aufzubauen. Die rücksichtslose Kriegsführung machte viele Menschen in Europa zu Flüchtlingen. In Österreich-Ungarn waren es ca. 1,5 Millionen, darunter viele jüdische Kriegsvertriebene aus Galizien, die nach Wien flüchteten und dort schon im Krieg zu antisemitischer Agitation missbraucht wurden. Gegen Kriegsende kam es im Zuge der Grenzziehungskriege in den Jahren 1918/19 in Polen und in der Ukraine zu Pogromen gegen jüdische Minderheiten. Zu den Kriegsflüchtlingen kamen nun auch Pogromflüchtlinge nach Wien und Niederösterreich. Diese flohen als Staatsangehörige der Habsburgermonarchie in die mittellose und von schweren Versorgungsnoten geplagte Republik Deutschösterreich. Die rund 30.000 „ostjüdischen“ Geflüchteten wurden politischer Spielball und agitatorisches Instrument für antisemitische Hetze.

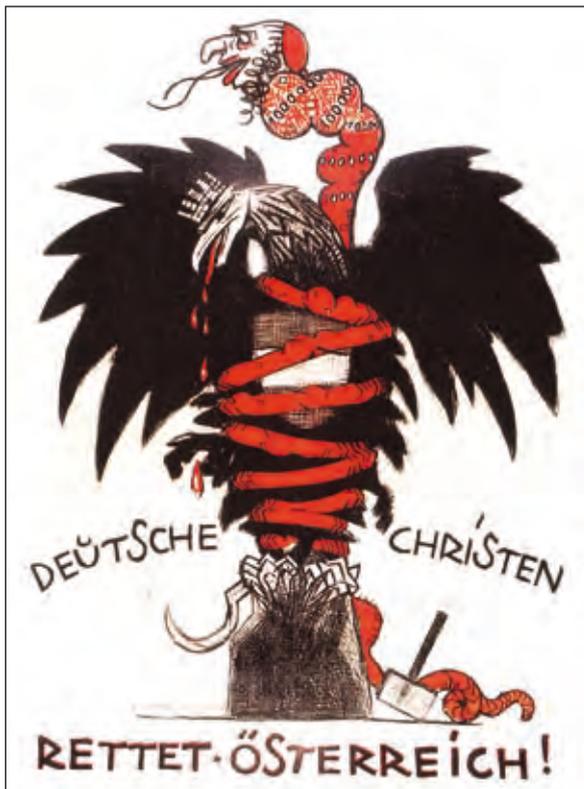
Bereits am 11. November 1918 wurde Karl Renners Gesetz über die Staats- und Regierungsform von den Deutschnationalen und Christlichsozialen einhellig kritisiert, da damit „den zur Landplage gewordenen galizischen Juden so das deutsch-österreichische Heimatrecht“ (Julius Ofner) zustehen könnte, und dass so die aus „Galizien eingewanderten Juden auch die Konstituante“ mitwählen könnten (Anton Jerzabek).⁷⁵ Dieses antisemitische Zusammenwirken der bürgerlichen Parteien wurde weiterentwickelt. Organisationen wie der „Anti-Semitenbund“ oder die „Deutsche Gemeinschaft“ wurden 1919 gemeinsam von christlichsozialen und deutschnationalen Politikern bzw. katholischen und deutschnationalen Studentenverbindungen gegründet.⁷⁶

Der sozialdemokratische Landeshauptmann von Niederösterreich – Albert Sever – versuchte im September 1919 per Erlass, alle (auch nicht jüdische) Personen, die „nicht heimatberechtigt“ sind, aus dem „Staatsgebiete zu entfernen“. Die christlichsozialen Forderungen, „Angehörige der semitischen Rasse“ nicht Teil der „Wehrmacht“



Die Verquickung von Antisemitismus und Antimarxismus wurde im Wahlkampf 1920 erfolgreich gegen die sozialdemokratische Führung zur Massenmobilisierung verwendet, wie ein Flugblatt „Deutscher Christen“ zeigt

werden zu lassen⁷⁷ und „Konzentrationslager“⁷⁸ ausschließlich für jüdische Flüchtlinge zu schaffen, radikalisierten ebenso die Debatte. Bei der ersten Nationalratswahl im Oktober 1920 gelang es den bürgerlichen Parteien, den Antisemitismus zum wahlentscheidenden Thema zu machen. Es wurde antisemitische und antisozialdemokratische Propaganda („verjudete Sozialdemokratie“) vermengt, die sich gegen die Geflüchteten und die regierende Sozialdemokratie richtete. Die Wahl wurde zur Überraschung und schweren Enttäuschung der SDAP von den Christlichsozialen mit dem antisemitischen Flüchtlingsthema gewonnen. Die christlichsoziale Reichspost jubelte im Leitartikel unter dem Titel „Schwert und Kelle“: „Eine tüchtige Blutreinigungskur tut not, sollen nicht die Gaben unseres Volkstums gelähmt, unser Wille erstickt und wir allesamt das dauernd wehrlose Opfer fremdrassiger Herrschaft werden.“⁷⁹ In Folge der Wahl kam es im Nationalrat zu heftigen Debatten. In deren Verlauf machte u. a. Karl Renner, der sich immer wieder mit dem christlichsozialen Antisemitismus, wie in seinem 1909 erschienenen Text „Die Wandlungen der Christlichsozialen“⁸⁰, beschäftigte, den Wahlkampf selbst mit seinen drastischen Forderungen zum Thema. Dabei spiegelte er dramatisch und



Ein christlichsoziales antisemitisches Plakat zur Nationalratswahl 1920

sarkastisch die christlichsoziale Wortwahl, um die Instrumentalisierung des Antisemitismus zur Wählermobilisierung zu demaskieren. Dieser beißende Sarkasmus seiner Parlamentsrede wurde in der Wahrnehmung der Zeit scheinbar verstanden, denn die jüdische Zeitung Die Wahrheit schrieb über Renners Ausführungen: „Nie wurde mit weniger Worten mehr Wahrheit über den Wiener Antisemitismus gesagt als in dieser denkwürdigen Rede Dr. Renners.“⁸¹ Im Jahr 2013 folgte der kontextlosen Zitierung dieser Aussagen Renners durch den Historiker und ehemaligen ÖVP-Landeshauptmann Franz Schausberger in einem Text, der im „Jahrbuch für Politik“ (herausgegeben von der Politischen Akademie der ÖVP) erschien, eine intensive öffentliche Debatte über seinen vermeintlichen Antisemitismus.

Der radikalisierte antisemitische Wahlkampf des Jahres 1920 führte schließlich zu einer intensiven Auseinandersetzung über die Verleihung der Staatsbürgerschaft der Republik an jüdische Flüchtlinge. Die bisher relativ liberale Praxis der Verleihung der Staatsbürgerschaft wich rasch einer rigiden antisemitischen Handhabung durch die bürgerliche Regierung. In der zeitgenössischen Debatte um diese Frage wurde immer wieder Bezug auf den Wahlkampf der Christlichsozialen aus dem Jahr

1920 genommen. Im März 1921, während einer Nationalratsdebatte, wurde vom deutschnationalen Abgeordneten Dr. Wanek darauf hingewiesen, „daß die Regierung einer antisemitischen Partei (= Christlichsoziale), die Regierung einer Partei, die nur mit der Judenfrage ihre Wahlen bestritten hat, mit Freuden darnach greift, hier der Bevölkerung zu zeigen, daß sie es auf diesem Gebiet ernst meint.“⁸² Die Staatsbürgerschaftsdebatte endete mit einem dramatischen Urteil des Verwaltungsgerichtshofs im Juni 1921, in dem Jüdinnen und Juden mit Staatsbürgerschaft der Monarchie endgültig höchstgerichtlich der Zugang zur österreichisch-republikanischen Staatsbürgerschaft auf Grund des Fehlens des Nachweises der Zugehörigkeit zur „deutschen Rasse“ verweigert wurde.⁸³ Der Wahlkampf 1920 bildete ein innenpolitisches Schlüsselerlebnis in der (erfolgreichen) Instrumentalisierung des Antisemitismus und unterstrich dessen Mobilisierungskraft – erstmals auch in Bezug auf das allgemeine gleiche Wahlrecht – in der österreichischen Öffentlichkeit. Diese Wahrnehmung hinterließ in der Sozialdemokratie nachhaltig Spuren der Vorsicht und Vermeidung dieses Themas, vor allem in Verbindung mit dem Vorhandensein Geflüchteter.

Infolge der innenpolitischen Auseinandersetzung um die „Genfer Sanierung“ der österreichischen Währung im Jahr 1922 und im Zuge der Nationalratswahl 1923 bemühten auch die Sozialdemokratie und ihre führenden Politiker – auch Karl Renner – mit nachahmendem Kalkül das Bild der Verschränkung des Antikapitalismus und des wirtschaftlich motivierten Antisemitismus. Die SDAP verfolgte die politische Linie, die Genfer Sanierung sei eine „Schuld knechtschaft“ Österreichs bei den Geberländern, welche die Arbeiter- und Bauernschaft zu Gunsten des Besitzbürgertums schwer benachteilige und den „Anschluss“ an die Weimarer Republik auf zwanzig Jahre verunmögliche. Diese Linie wurde immer wieder mit dem antisemitischen Bild des „jüdischen Bankkapitals“ verschränkt, auch im Wahlkampf. Auf einem sozialdemokratischen Flugzettel wurde thematisiert, dass christlichsoziale und deutschnationale Antisemiten hinter ihrer zur Schau gestellten Hetze immer in intensivem Kontakt zu (jüdischem) Bankkapital stünden und dessen schützende Hand seien. Dort hieß es: „Gegen das jüdische Kapital. Nur die Herren Antisemiten haben noch ä (sic!) Herz für ä (sic!) armen ausgebeuteten Bankdirektor.“⁸⁴ Ein Höhepunkt dieser Wahlkampfli-

nie bildete die Erscheinung der Schrift „Der Judenschwindel“, der hier den Antisemitismus der Christlichsozialen demaskieren will, aber selbst schwer antisemitische Stereotype und Angriffe enthält.⁸⁵ Bei der Nationalratswahl 1923 gewannen Christlichsoziale und Sozialdemokratie leicht auf Kosten der Großdeutschen Volkspartei, die ihrerseits einen antisemitischen Wahlkampf, vor allem gegen die Wiener SDAP, führte.

Karl Renner selbst war der Antisemitismus fremd, persönliche oder ideologische Motive sind nicht erkennbar. In seinen biografischen Schriften ist das gute und respektvolle Verhältnis zu Jüdinnen und Juden in seinem Umfeld wiederkehrendes Motiv. Auch sein Respekt vor der jüdischen Religion ist explizit beschrieben. Politisch wandte er sich schon in der Monarchie gegen den Antisemitismus des Wiener Bürgermeisters Karl Lueger und der Christlichsozialen Partei. Seine Ablehnung der naturalistisch-biologistischen „Rassentheorien“ der deutschnationalen und schließlich nationalsozialistischen Provenienz ist ebenso dokumentiert. Durch die Ehe seiner Tochter Leopoldine mit dem Juden Hans Deutsch (1913), wurde Renner von Nationalsozialisten in der Ersten Republik deshalb auch „jüdische Versippung“ vorgeworfen. Ebenso wurde Renner von antisemitischen Zeitungen auf Grund seiner Tätigkeit in der Genossenschaftsbewegung als geldgierig-korrupter „Paradegoj“ (= Nichtjude) im „semitischen“ sozialdemokratischen Biotop dargestellt⁸⁶, der in seiner Villa in Gloggnitz „Jours“ feiere. Die Gäste dieser „Champagnergelage“ seien zu „95 Prozent Juden“ gewesen⁸⁷. Im Jahr 1939, nach einer Misshandlung durch Nationalsozialisten, floh Hans Deutsch mit seiner Frau und den Kindern vor der rassistischen Verfolgung durch das NS-Regime zunächst nach England. Ein Sohn war bereits 1938 geflohen. Leopoldine Deutsch kehrte jedoch alleine noch während des Krieges zu den Eltern nach Österreich zurück.

Renner – später noch zu beschreibende – problematische Haltung zu den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus im Jahr 1945 steht in Zusammenhang mit der Gesamtstrategie zur Wiedererrichtung der Republik in Gestalt des „Opfermythos“, mit dem noch virulenten Antisemitismus in den neugegründeten Parteien selbst und mit der von ihm als immens groß vorgestellten Mobilisierungskraft des Antisemitismus in der österreichischen Öffentlichkeit. Letzte-



Das antisemitische Bild des „jüdischen Bankkapitalisten“ wurde 1923 von der SDAP im Nationalratswahlkampf auf Flugblättern verwendet

re war für Renner ja schon ein zentrales Element für den Erfolg des Nationalsozialismus in den 30er Jahren. All das, der Zusammenhang mit der Konstruktion des „Opfermythos“ im Umgang mit den Alliierten und das Bestreben, die Frage der Rechtsnachfolge des Dritten Reichs abzuwehren, bildeten den Rahmen der Gestaltung und Ausrichtung der Politik der Regierung Renner IV bei der Wiedererrichtung der österreichischen Republik 1945.

Abschließend ist zu sagen: Ja, es gab die Instrumentalisierung des Antisemitismus durch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Und ja, Teilen der Arbeiter:innenschaft, Gewerkschaft und der Partei waren antisemitische Ressentiments nicht fremd. Im Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei stand der Antisemitismus jedoch nie, ebensowenig gehörte er zu ihrem weltanschaulichen Selbstverständnis. Ganz im Gegenteil war die Sozialdemokratische Arbeiterpartei die einzige maßgebliche Partei, die sich immer wieder offen gegen Antisemitismus stellte. Jeder Vergleich mit der antisemitischen Rhetorik und Praxis der Christlichsozialen sowie deutschnationaler Gruppierungen ist daher unzulässig und käme einer Verharmlosung deren zielgerichteter programmatischer antisemitischer Politik gleich.

Die freiorganisierten Konsument:innen und die Wirtschaftsdemokratie

Mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von Saint-Germain-en-Laye am 16. Juli 1920, der Niederschlagung der Rätebewegungen in Ungarn und Bayern und einer relativen Befriedung der Gesamtsituation, sank die Bereitschaft beider bürgerlicher Parteien zu Zusammenarbeit und Kompromiss. Ebenso entstand in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine Mehrheit, angeführt von Otto Bauer, die eigentlich nicht mehr mit dem bürgerlichen Lager kooperieren wollte. Der Nationalratswahl im Oktober 1920 folgte eine christlichsoziale Minderheits-Beamtenregierung mit Duldung der Großdeutschen Volkspartei. Die SDAP beschloss schließlich auf ihrem Parteitag Anfang November 1920, in Opposition zu gehen, Renners Regierungssozialismus hatte auch dort keine Mehrheit mehr. Der Schock über das Ergebnis der Nationalratswahl muss wohl tief gesessen sein, wie die Anzahl der Anträge zum Ausscheiden aus der Regierung und die Wortwahl dieser erahnen lässt. So stellte u. a. die Bezirksorganisation Sankt Veit an der Glan/Feldkirchen den Antrag, dass kein Sozialdemokrat an der derzeitigen Regierung teilnehmen darf, „um den gegnerischen Parteien nicht abermals Gelegenheit zu bieten, über die sozialdemokratische Regierung beziehungsweise Partei mit den schändlichen Mitteln, Verleumdungen und Lügen herfallen zu können, wodurch es insbesondere der christlichsozialen Partei gelang, ihre Mandate zu erhöhen“.⁸⁸ Renners Weg der Kooperation und Koalition zur Errichtung republikanischer Institutionen auf den Trümmern der Monarchie „mit den bloßen Mitteln der Überzeugung“ fand sein Ende. Seine Zeit als Staatskanzler war vorbei.

Renner trat in die zweite politische Reihe hinter Karl Seitz und Otto Bauer zurück. Er blieb Abgeordneter im Nationalrat und intensivierte sein Engagement in der Arbeiterbildung und der Arbeiterhochschule. Gescheiterte Bildungsideen des ehemaligen Staatskanzlers, wie das von ihm im Februar 1919 bei einer parlamentarischen Enquete vorgestellte Konzept für eine Journalistenausbildung, sollten nicht mehr auf staatlicher Ebene, sondern nun im sozialdemokratischen Umfeld in der Arbeiterhochschule mit Leben erfüllt werden.⁸⁹



Karl Renner vertrat seinen „induktiven Marxismus“ und seine Vorstellung vom Hineingleiten in den Sozialismus in unzähligen Publikationen

Karl Renner wandte sich nun, entlastet von den Regierungsgeschäften, wieder intensiv der Genossenschaftsbewegung zu, die er schon vor dem Ersten Weltkrieg tatkräftig gefördert hatte. Gerade nach dem Ersten Weltkrieg brauchte die Genossenschaftsbewegung viel Unterstützung, denn in den Zeiten des Umsturzes gingen viele Mitgliedsvereine an die neuen Nationalstaaten verloren.

In dieser Situation wurden jedoch viele neue Mitglieder gewonnen, da sich in der schweren Wirtschaftskrise und damit verbundenen Versorgungsengpässen bei der Republikgründung viele einschreiben ließen. Noch dazu hatten viele private kleine Greißler und Händler die wirtschaftliche Katastrophe nicht überlebt.

Als Grund für seine enge Beziehung zum Genossenschaftsgedanken gab Renner selbst immer seine von Entbehrungen geprägte „besitzlose“ Kindheit und die „Expropriation“ (= Enteignung) seiner Eltern 1882 an.⁹⁰ Das verknüpfte sein Leben mit dem Proletariat und der Genossenschaftsidee. Dabei bezog er sich auch immer auf die Vorstellungen des britischen Unternehmers und Frühsozialisten Robert Owen und die Pioniere der Genossenschaftsbewegung von Rochdale, die 1844 mit der Gründung eines Konsumvereins einen Anfangspunkt setzten; ein Anfangspunkt mit „proletarisch-sozialistischem Geiste, Lauterkeit, Opferwilligkeit und Ausdauer“, wie er meinte.

Ebenso war ihm klar, dass die österreichische Sozialdemokratie bis zum Brüner Parteitag 1899 Wirtschaftsgenossenschaften abgelehnt hatte. Erst 1899 meinte Victor Adler zaghaft auf dem Parteitag: „Er (= der Parteitag) erkennt jedoch, daß gut geleitete Konsumgenossenschaften an manchen Orten und unter gewissen Umständen der Arbeiterschaft nützlich sein können.“ Ebenso soll der „Bannfluch von denjenigen Genossen genommen werden, die sich mit Konsumvereinen beschäftigen“.⁹¹ Renner wurde schließlich bereits 1911 Verbandsobmann des Zentralverbandes der österreichischen Konsumvereine, nachdem er sich als Reichsratsabgeordneter und in der Partei intensiv für diesen eingesetzt hatte. Kurz davor gründete er gemeinsam mit dem Genossenschaftler Andreas Vukovich eine Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft im Bezirk Neunkirchen mit Sitz in Gloggnitz.

Die Konsumvereine waren in Renners Denken ein Mittel des Klassenkampfes. Der vernünftige Gebrauch der „Einkaufstasche könne ein Hebel sein, um von Konsumseite her einen wichtigen Teil der kapitalistischen Wirtschaft aus den Angeln zu heben“. Dazu kam, dass ihm durch seine Erfahrungen bei der Armee und seinem Dienst in einer Verpflegungskompanie als „Militärverpflegungsbeamter der Reserve“ eine gewisse Lust an der Planung und Organisation der Versorgung großer Menschenmassen ein Leben lang begleitete.

Die Genossenschaften seien zwar ein Instrument für den Klassenkampf, aber nicht ausschließlich Mittel einer Klasse. Sie seien gemeinnützige Anstalten für alle Frauen und Männer. Das Proletariat sei an zwei Punkten mit dem „Strom der Ökonomie“ am



Emmy Freundlich (1878–1948) schloss sich dem sozialdemokratischen Kreis um Karl Renner an und war vor allem in der Konsumgenossenschaftsbewegung aktiv

unmittelbarsten und eindeutigsten verbunden: in der Produktion an einer bestimmten Stelle erzeugt es Waren und belastet diese mit Mehrwert, also pumpt Wert in den ökonomischen Strom hinein; im Warenmarkt holt es an einer bestimmten Stelle Waren als Wert wieder heraus. So steht das Proletariat „im vordersten Schützengraben des Kapitals“ mit dem Produzenten und dem Kaufladenbesitzer konfrontiert.⁹² Der ökonomische Gesamtkreislauf hatte in Renners Theorie drei „Kreise“, Produktion, Zirkulation und Konsum, die miteinander verflochten seien: „Die Produktionssphäre führt Waren der Zirkulation zu, Produktionsmittel und Arbeitskräfte aus ihr ab, die Konsumsphäre führt Waren ab und Arbeitskräfte zu, die Zirkulationssphäre hält alle Elemente in ständiger Bewegung, aber sie vermehrt und vermindert die Elemente nicht.“⁹³ Daher brauche es zwei proletarische Organisationsformen: Zunächst die Gewerkschaften, die sich in den Produktionsprozess einmischen, Verbesserungen für die Arbeiterinnen und Arbeiter erkämpfen und ihn somit nachhaltig verändern. Und schließlich die Genossenschaftsbewegung, die in den Prozess der Warenzirkulation eingreift, das Leben der Arbeiter:innenschaft erleichtert und diesen ebenso schrittweise transformiert. Ebenso sollten die genossen-



Die grundlegende Erneuerung der Demokratie sollte auch die Betriebe erfassen



Der erste Geschäftsbericht der erfolgreichen Arbeiterbank 1923

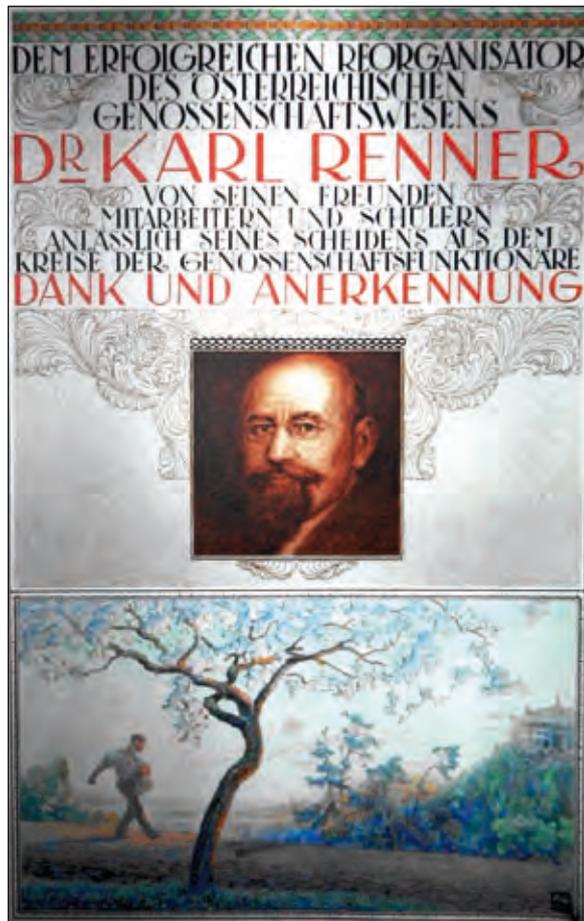
schaftlichen Organisationen auch Orte der Bildung sein – wie in allen Zusammenhängen seines politischen Denkens immer Bildungsfragen mitgedacht wurden. Einfache Proletarier:innen sollten im Rahmen ihres genossenschaftlichen Wirkens die Chance bekommen, sich betriebs- und volkswirtschaftlich auszubilden, um sich in der klassenkämpferischen Auseinandersetzung vom Elitenwissen in Fragen der Ökonomie emanzipieren zu können. Wer die Wirtschaft beeinflussen und verändern will, muss sie verstehen und das notwendige Handwerkszeug beherrschen. Unter Renners Führung wurde dafür 1927 eine „Geschäftsführerschule“ eingerichtet, die eben diese Bildungsarbeit leisten sollte.

Einer der Höhepunkte des genossenschaftlichen Wirkens Karl Renners war die Gründung der Arbeiterbank. In einer „Denkschrift über Aufgaben der Arbeiterbank“ meinte er, „es sei der Arbeiterklasse eine einheitliche Kreditorganisation zu schaffen“. Renner sah in den Arbeiter:innen „die größten Bankiers der Welt“, denn mit den „Spareinlagen bei den Sparkassen seien sie Bankier des Mittelstandes, durch die Einlagen in die Raiffeisenkassen Bankier der Bauernschaft, durch die Spareinlagen in der Postsparkasse zum großen Teil der Bankier des Staates“. Und die Bedeutung der Bank für die Gewerkschaften sei unermesslich, wie er 1923 vor Betriebsräten bekundete: „Die Wahrheit ist, dass die Arbeiterschaft wegen ihrer Masse immer einen wesentlichen Teil des Gesamten zur kapitalistischen Macht des Landes aufbringt.“ Gegen intensive ideologische und politische innerparteiliche Widerstände versuchte er, die Genossenschaftsbewegung als dritte Säule der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu etablieren und die „Dreieinheit der Arbeiterbewegung“ zu beschwören.

Die Partei als politische Bewegung, die Gewerkschaft als Kampfeinheit der Arbeitenden um besseren Lohn, bessere Bedingungen und kürzere Arbeitszeit und die Genossenschaften als Schutzeinheit der freien Konsumenten und Konsumentinnen auf dem Warenmarkt. Schließlich konnte, nach Renners „freundschaftlichen“ Interventionen bei Bundeskanzler Johann Schober, am 22. Juni 1922 im Wiener Rathaus die Gründerversammlung der Arbeiterbank AG durchgeführt werden. Das Projekt Arbeiterbank sollte ein Erfolgsprojekt werden, da aus dem ursprünglichen Eigenkapital von 10.000 Schilling in zehn Jahren 8,370.000 Schilling wurden – trotz Weltwirtschaftskrise.⁹⁴

Als dieses genossenschaftliche Aufbauwerk durch die Beseitigung der Demokratie und der Vernichtung der österreichischen Sozialdemokratie durch die Regierung Engelbert Dollfuß' bereits am 16. Februar 1934 enteignet wurde und Karl Renner hundert Tage wegen des Verdachts des Hochverrats im austrofaschistischen Gefängnis saß, lässt sich die Größe der Genossenschaftsbewegung in Gestalt der Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Consumvereine (= GöC), deren Präsident Renner war, in Summen folgendermaßen für das Jahr 1933 darstellen: Bei den Konsumvereinen und der GöC waren 4.420 Angestellte beschäftigt, 268.000 Mitglieder eingeschrieben, wobei anzumerken ist, dass hier nicht Einzelpersonen, sondern Familien gemeint waren, der Umsatz betrug 178 Millionen Schilling und die Ersparnisse 22,5 Millionen Schilling.⁹⁵ Im Vergleich: laut Bundesrechnungsabschluss der Republik betragen die Einnahmen des Bundes 1932 1.250 Millionen Schilling.

Nach 1945 wurde die Genossenschaftsbewegung erfolgreich wieder aufgebaut und erreichte 1979 in Gestalt des Konsum Österreich ihren Zenit mit einem Marktanteil im Einzelhandel von über 23 Prozent. Renners lebenslanger Einsatz für die Genossenschaftsidee und sein damit verbundenes wirtschaftskundliches Bildungsengagement fanden schließlich einen symbolischen Höhepunkt mit der Eröffnung des Bildungsheims „Hohe Warte“ zur Weiterbildung von Mitarbeiter:innen und Führungskräften durch den Bundespräsidenten Karl Renner zu seinem 80. Geburtstag. Vierzig Jahre später wurde dieses wieder verkauft und 45 Jahre später wurde der insolvente Konsum Österreich im Rahmen eines Ausgleichs abgewickelt; das wenig rühmliche Ende einer großen und lange Zeit erfolgreichen Idee, die heute sicherlich ein innovatives Element politischen Arbeitens wäre.



Karl Renner erhielt eine Urkunde, als er als Staatskanzler seine Funktionen in der Genossenschaftsbewegung wegen Unvereinbarkeit niederlegte. Erst nach dem Ausscheiden aus der Regierung widmete er sich erneut intensiv der Genossenschaftsidee

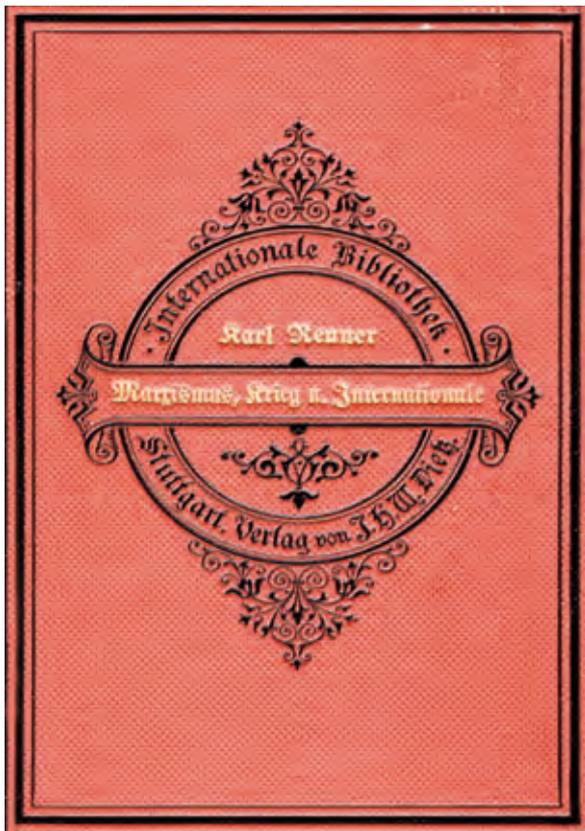
Vom Hineingleiten in den Sozialismus: Karl Renners Sozialismusverständnis

Karl Renners Verbundenheit mit der Genossenschaftsbewegung hing auch eng mit seinem Zugang zum Marxismus und seiner Vorstellung vom Sozialismus zusammen. Renner vertrat sein Leben lang einen so genannten „induktiven Marxismus“⁹⁶. Der Sinn des Wortes „induktiv“ auf dem Feld der Wissenschaft, also eigene empirische Forschungen an der „Wirklichkeit“ durchzuführen, um daraus dann selbst eine Theorie abzuleiten, entsprach seinem Zugang zum Marxismus. Auf den Punkt brachte er es selbst in seinem Text „Marxismus und Antimarxismus“: „Nicht die alten Schriften von Marx durch verfeinerte Exegese (= Interpretation eines Textes) zu klären oder durch aufdringliche Katechese (= Vermittlung der Botschaft) zu versimpeln, sondern die neue Lage des Proletariats mit marxistischen Methoden zu durchleuchten ist die Aufgabe des Marxismus in unseren Tagen.“⁹⁷

Der Marxismus war für ihn keine legitimatorische Ideologie, deren Richtigkeit gleichsam außer Frage stand, sondern eine „ökonomische und soziologische Methode, die von den Erfahrungstatsachen des kapitalistischen Wirtschaftssystems“⁹⁸ auszugehen habe. Der Marxismus habe sich eben „induktiv“ von den „Erfahrungstatsachen“ seinem Untersuchungsgegenstand anzunähern und nicht deduktiv auf der Grundlage von Marx-Zitaten – er sagte polemisch: „Am Anfang war die Tat, nicht das Wort. Und die Tatsachen bestimmen auch die Tat.“⁹⁹ So lehnte er eine für das gesamte Weltproletariat verbindliche Marx-Ideologie ohne Einschränkung ab; so eine einheitliche Vorstellung sei vieldeutig, verwirrend, spaltend und im Endeffekt nichtssagend. Da der Kapitalismus ein dynamisches System sei, seien auch ständig Marxistinnen und Marxisten gefordert mit Marx über Marx hinauszugehen. Dieser Zugang eröffnete ihm zeitlebens den Weg zu Kooperation und Koalition mit politischen Gegnern. Er koppelte damit seine Vorstellungen der politischen (bürgerlichen) Demokratie mit dem von ihm ebenfalls mitentwickelten Konzept der Wirtschaftsdemokratie – vor allem in Gestalt der Genossenschaften. Renners Absage an einen „mar-

xistischen Purismus“, die Adaption von Ferdinand Lassalles Staats- und Rechtsbegriff und Eduard Bernsteins „Hineinwachsen in den Marxismus“, ließen ihn im bürgerlichen politischen Gegner nicht automatisch den geschichtsmythologisch überhöhten Klassenfeind sehen und gerade deshalb historische Bündnisse anbahnen – in den Jahren 1918/1919 und 1945 sehr erfolgreich, im Jahr 1938 als schwerwiegenden Irrweg.¹⁰⁰

Renner unterzog eine zentrale These des orthodoxen Marxismus seiner Zeit einer Revision, nämlich jener, dass der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus keine Zwischenstufen habe, sondern gleichsam abrupt umschlage durch eine so genannte „Vollsozialisierung“. Zeitlebens kämpfte er gegen die Vorstellung des „Sprungs in den Sozialismus“, eine Vorstellung, die direkt von Marx herleitbar war und durch seine Interpret:innen noch vergrößert wurde.¹⁰¹ Es sei „eine Illusion zu glauben, der Sozialismus sei herzustellen gleichsam durch einen Geniestreich der Klasse, durch einen Staatsstreich von unten, der jählings über Nacht dem Proletariat die öffentliche Gewalt in die Hand spielt und sie befähigt, durch Dekrete den Zukunftsstaat zu verordnen.“¹⁰² Da die kapitalistische Wirtschaft nicht als Ganzes sozialisierungsreif sei, sondern nur in gewissen Aspekten und Funktionen, vertrat er die Ansicht, dass durch die durch den Kapitalismus selbst hervorgebrachte Vergesellschaftung, die Gesellschaft relativ konfliktfrei – evolutionär – in den Sozialismus hineinwachsen könne. Für ihn war der Sozialismus ein Entwicklungsprozess, der sich zunächst jahrzehntelang im bürgerlichen Staat sowie innerhalb und neben der kapitalistischen Ökonomie vollziehe. Die neue Gesellschaftsform bilde sich im Schoß der alten heraus.¹⁰³ Dazu müsse der beharrliche Kampf der Sozialdemokratie auf drei Ebenen geführt werden: Zunächst klarerweise auf der Ebene des politischen Kampfes in demokratischen Prozessen, um Einfluss auf den Staat und somit auf Gesetzgebung und Verwaltung nehmen zu können und die sozialen Errungenschaften der Arbeiter:innen-



Ein zentrales Werk, um Karl Renners Vorstellungen marxistischer Entwicklung nachzuvollziehen, ist die viel beachtete und viel kritisierte Schrift „Marxismus, Krieg und Internationale“

bewegung dauerhaft und gesellschaftsgestaltend verbindlich zu verrechtlichen. Das sei die Aufgabe der Partei; auch über den Weg von Koalitionsregierungen als Juniorpartnerin bürgerlicher Parteien. Die Überzeugung brachte ihn in Konflikt mit Otto Bauer. Da die Partei aber nicht nur eine „Megamaschine zur Durchsetzung proletarischer Interessen“¹⁰⁴ sei – und das teilte er wiederum mit Otto Bauer –, sei dieser demokratische Kampf auch als Kulturprojekt der Emanzipation in zu entwickelnden alternativen proletarischen Lebenswelten zu führen. Demokratie war für Renner eine bestimmte Methode, soziale Ordnung zu erzeugen.

Für Karl Renner war die Sozialisierung der Produktionsmittel, die seit dem Hainfelder Parteiprogramm erklärtes Ziel der Sozialdemokratie war, nur eine Durchgangsphase mit einigen Gefahren, auf dem Weg zu den freien Wirtschaftssubjekten, auf dem Weg zu seiner Spielart des Sozialismus. Der Transformationsprozess, das Hineingleiten in den Sozialismus sollte vor allem auch auf dem Feld des graduellen Zugriffs auf den Zirkulationsprozess erfolgen. Wer nur den Produktionsprozess sozialisiere und zugleich die Zirkulation nicht ändere, werde an

den „anarchischen Kräften“ der Marktlogik nichts ändern, auch nicht wenn der Staat gleichsam der „Vollkapitalist“ (= Eigentümer der Produktionsmittel) werden sollte. Der Zirkulationsprozess sei der „oberste Gesetzgeber und Richter der kapitalistischen Gesellschaft“. Er realisiere Wert und Mehrwert, er verteile diese auf die Teilnehmer:innen des Wirtschaftsprozesses, er sei „die letzte Instanz des wirtschaftlichen Schicksals Aller“.¹⁰⁵

Daher seien die Genossenschaften der zweite zentrale Pfad auf dem Weg zum Sozialismus. Die freie genossenschaftliche Zusammenarbeit gleicher Interessent:innen solle die kapitalistische Wirtschaftsführung ablösen. Renner ging davon aus, dass der Erfolg der Konsumgenossenschaften primär auf der Planbarkeit von Konsum, Eigenproduktion und Einkauf sowie die Organisation einer Kundschaft mit im Wesentlichen bekannten Bedürfnissen beruhe¹⁰⁶ – der Gedanke scheint uns heute tatsächlich sehr zeitgebunden und ein Aspekt einer Mangelgesellschaft zu sein. Für Renner könne es so gelingen, das erwirtschaftete Kapital der Arbeiterklasse zur Waffe gegen das privatwirtschaftliche Kapital werden zu lassen und über die Genossenschaften einen erheblichen Teil der Industrie wirksam beeinflussen zu können. Die Genossenschaften seien eine proletarische Umverteilungsinstanz und Vorbote eines alternativen solidarischen Wirtschaftens der Gleichen und Freien.

Renners dritter Kampfboden des Proletariats ging direkt auf Karl Marx zurück. Für Renner sei es entscheidend, den Arbeiter und die Arbeiterin im industriellen Produktionsprozess, die als Individuum vom Gesetz der Maschine und vom Willen des Kapitals gesteuert werden, als bewusst agierendes Kollektiv und handlungsfähige politische Größe zu organisieren. Marx folgend nannte Renner dieses herzustellende politische Kollektiv den „Gesamtarbeiter“. Diese Organisationsarbeit sei Aufgabe der Gewerkschaften, die Garanten der Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensstandards der Arbeiter:innen sein müssen. Die gewerkschaftliche Alltagsarbeit müsse den Unternehmergewinn und die Profitrate beschränken. Der Mehrwert solle beschränkt, nicht abgeschafft werden. Und gewerkschaftlicher Druck solle die Arbeiterklasse als Produzent:innen und Lohnempfänger:innen zu einer Größe entwickeln, die die Betriebe Zug um Zug sozialisierungsreifer machen.



Ein politischer Wegbegleiter, Gegenspieler und Freund, Otto Bauer (1818–1938)

In Renners volksbildnerischer Sprache gleiche die Politik dem „Gewittersturm“, die Gewerkschaft der „offenen Feldschlacht“ und die Genossenschaft der „Ameisenarbeit“.¹⁰⁷ All das zusammengefasst definierte Karl Renner den Sozialismus als „bewusste Herrschaft der organisierten Gesellschaft über die Ökonomie“.¹⁰⁸ Und die „organisierte Gesellschaft“, das war für ihn nicht die „anarchische Summierung von Individuen“ wie in der bürgerlichen Gesellschaft, sondern das durch ständiges und zähes Organisieren in den „anarchischfreien“ Einzelnen herzustellende Bewusstsein, besser „freies Glied in einer Gemeinschaft zu sein“; mit anderen Worten, das Bewusstsein der „Gliedschaft im Gemeinwesen“¹⁰⁹ in den Menschen zu verankern. Dies war für ihn eine „schrittweise organisatorische Arbeit von größtem Umfang und von beträchtlicher Zeitdauer“.



Karl Renner bei einer Ansprache während der Republikfeier im Jahr 1932 im Wiener Stadion

er“.¹¹⁰ Renners Marxismus und Sozialismusbegriff rechtfertigt im gewissen Sinne die Einschätzung seines Parteifreundes und Biografen Jacques Hannak, ihn als „Marxisten eigener Observanz“¹¹¹ (= Ausprägung) zu bezeichnen. Er war in seinem Denken und Handeln Reformist und Revisionist, ein früher Theoretiker des Sozial- und Wohlfahrtsstaates und ebenso ein Staatstheoretiker und Rechtswissenschaftler, dem es jedoch zeitlebens wichtig war, alle Ergebnisse seines Denkens als Anwendungsergebnisse der Marx’schen Methode vorzustellen.¹¹²

Um all diese zentralen Fragen über Wege und Ziele der Geschichte sowie über das eigentliche Ziel, den Sozialismus, drehte sich die oft heftig geführte theoretische und ideologische Debatte innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie. Diese innerparteilichen Debatten dienten den politischen Gegnern als willkommene Beispiele, die Sozialdemokratie als angeblich bolschewistisches Schreckgespenst darzustellen und potenziell abholbare soziale Gruppen wie Landarbeiter oder Klein- und Mittelbauern abzuschrecken. Karl Renner war tief in den Richtungsstreit verstrickt, publizierte am laufenden Band und wollte vor allem dennoch immer wieder darauf zurückkommen, dass Evolution und Kooperation – eben auch Regierungskoalitionen – notwendiges Mittel zur Erreichung des Ziels des Sozialismus seien.

Auch, wenn Karl Renner seine marxistische Grundorientierung spätestens nach seinem Werk „Marxismus, Krieg und Internationale“ 1917 immer wieder abgesprochen wurde und konfliktreich ideologisch debattiert wurde, er selbst sah sich diesem noch als erster Bundespräsident der Zweiten Republik so sehr verpflichtet, dass er sich gerne öffentlich dazu bekannte.¹¹³ Vieles an diesen Renner’schen Thesen war offensichtlich zeitgebunden und der innerparteilichen Auseinandersetzungen geschuldete politische innenweltliche Idealkonstruktionen, die mit wachsender wirtschaftlicher und politischer Krise der 30er Jahre jäh und brutal widerlegt wurden. Manches an seinem Denken waren Vorwegnahmen von Ereignissen, die im Geschehen der Zeit kaum erkennbar waren und uns Heutigen etwas zu sagen haben. Globalisierungsphänomene und die expansive Kraft des Finanzkapitals in Bezug auf nationale Grenzen, Kontrolle und Wirtschaftskreisläufe beschrieb er oft überraschend weitsichtig. So bleiben viele seiner Publikationen lesenswert und inspirierend, auch für heute.

Brückenbauer oder Versöhnler? Kompromisse und Lebensfehler

Die Erste Republik hatte von Anfang an schwere Hypotheken zu tragen und war gekennzeichnet von vielen Krisen. Von vielen als vermeintlicher „Rest“ empfunden, erschien sie als ein „Zwergstaat“ ohne nationale Identität und als eine „Zwergenwirtschaft“, wirtschaftlich nicht überlebensfähig. Zwei große politische Lager waren bestimmend. Zum einen die Christlichsoziale Partei. Diese repräsentierte den politischen Katholizismus und das besitzende Bürger- und Bauerntum. Sie orientierte sich an einem vormodernen Ideal einer gottgewollten ständischen Ordnung und der katholischen Soziallehre. Zum anderen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sie stand für die modernistische Veränderung aller Lebensbereiche im Sinne des Proletariats und die demokratische Überwindung des Kapitalismus mit dem Ziel des Sozialismus. Viele der großen Gegensätze bildeten sich an den Grenzen der beiden großen Lager ab und führten zu einer Fragmentierung der Lebenswelten und Milieus. Arbeit versus Besitz, Stadt versus Provinz, Landwirtschaft versus Industrie und chiliastischer Laizismus versus politisierter katholischer Transzendenz.¹¹⁴ Eine phantasierte prächtige Vergangenheit stand einem erträumten Paradies der (nahen) Zukunft gegenüber. Eine revolutionäre Agenda stand einer reaktionären gegenüber. Althergebrachte Ordnungs- und Autoritätsvorstellungen verschlissen blutig im Ersten Weltkrieg endgültig ihre Legitimation. Orientierungslosigkeit und Zukunftsängste machten sich breit, kontaminiert mit massenhafter traumatisierender Gewalterfahrung. Radikale Sehnsucht nach alles umstürzender Neuordnung der Gesellschaft und fundamentale Angst davor standen sich gewaltbereit gegenüber.

Wie bereits betont, konnte dadurch keine gemeinsame politische Kultur entwickelt werden, die in der Lage gewesen wäre, tragfähig Konflikte friedlich auszutragen und haltbare Kompromisse zu finden. Ein gemeinsames Verständnis, was denn dieses junge Gemeinwesen sein sollte bzw. könnte, wurde nicht gefunden. Alle Auseinandersetzungen wurden geführt, als ob Wahlsiege oder -niederlagen über Le-

ben und Tod der politischen Konkurrenz entscheiden würden. Somit stand das Trennende ständig vor dem Gemeinsamen.

Die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise, die hart aufdiesich nur zaghafst stabilisierende österreichische Wirtschaft traf, führte dazu, dass sich bei Teilen der bürgerlichen politischen und wirtschaftlichen Eliten die Überzeugung durchsetzte, die Krise sei demokratisch nicht bewältigbar. Diese Überzeugung fand auf den seit dem Ende der Monarchie vorhandenen Mentalreservierungen (= stille Vorbehalte) gegen die Staatsform Republik, die demokratische Verfasstheit des Landes und die weitreichende Sozialgesetzgebung der Regierungen Renner einen fruchtbaren Nährboden. Die mit der Ausrufung der Republik erfolgte politisch-soziale Emanzipation breiter Schichten der Bevölkerung wurde seit 1918/1919 als Zumutung und „Schutt der Revolution“ der „Republik des 12. November“ – Schimpfwort und antirepublikanischer politischer Code – empfunden.

Teile dieser Eliten schlossen sich in antisemitischen und antisozialdemokratischen (Männer-)Vereinigungen bzw. reaktionären Pressuregroups wie der Deutschen Gemeinschaft oder dem Deutschen Klub zusammen.¹¹⁵ Alleine der gewalttätige Alltag an den Universitäten, der sich gegen alles „Jüdische“ und „Sozialistische“ richtete, zeigte drastisch wie sehr hier versucht wurde, tradierte gesellschaftliche Hierarchien nach Klasse, „Rasse“ und Geschlecht vor dem republikanisch-demokratischen Kernversprechen der Rechtsgleichheit und Ebenbürtigkeit zu „schützen“. Die große Bedeutung und „Anmaßung“ des Paragraphen 1 der Verfassung von 1920 zeigt sich deutlich in dessen Beseitigung in der austrofaschistischen oktroyierten Maiverfassung vom Mai 1934. In dieser ging das Recht nicht mehr vom Volke, sondern von Gott, dem Allmächtigen aus.

In der sich zuspitzenden politischen Situation, der wachsenden politischen Gewalt, der wirtschaftlichen Misere und schließlich nach den blutigen Ereignis-



Nach hunderttägiger Haft wurde Karl Renner weiterhin verhört, Entschädigung wurde ihm keine gewährt

sen des Justizpalastbrandes 1927 wurde das Wort „Bürgerkrieg“ immer öfter in den Mund genommen. Karl Renner bezeichnete die entstehende Spirale der Konfliktsteigerung und Kompromisslosigkeit bereits 1928 in einer Parlamentsrede als eine „Dialektik der Bürgerkriegspsychose“ und richtete diese Warnung an das bürgerliche und das sozialdemokratische Lager.¹¹⁶ Hinzu kam, dass ab 1930 eine neue politische Kraft sich zu formieren und schrittweise Erfolge zu feiern begann, der österreichische Nationalsozialismus. Innerhalb der Sozialdemokratie kam es ebenso immer öfter zu Auseinandersetzungen, wie mit den wachsenden gewalttätigen politischen Konflikten und dem wachsenden antidemokratischen Druck umzugehen sei. Bei der letzten Nationalratswahl der Ersten Republik im Jahr 1930 wurde die SDAP trotz eines leichten Minus mit 41,14 Prozent stärkste Kraft und Karl Renner im April 1931 erster Nationalratspräsident. Ein Versuch Karl Renners, im September 1931 Bundespräsident zu werden, scheiterte. Die Bundesversammlung wählte den Christlichsozialen Wilhelm Miklas.

Die Sorge bei den Christlichsozialen, die Sozialdemokratie könnte bei der nächsten Wahl so stark werden, um den Kanzleranspruch zu stellen, be-

schleunigte die Abkehr von Republik und Demokratie auf bürgerlicher Seite. Karl Renner geriet immer mehr in die Rolle des Brückenbauers zwischen den Lagern bzw. in der eigenen Partei in den Ruf, ein „Versöhnler“ zu sein, der den Konflikt scheute. Seiner politischen Anpassungsfähigkeit und Elastizität wurde immer öfter unterstellt, keinen strategisch-politischen, sondern opportunistischen Zielen des „zu starken Bedürfnisses nach Repräsentanz“¹¹⁷, im Sinne der „banalen“ Interessenvertretung zu dienen. Eine Phase seines Lebens schwerwiegender, folgenreicher und kritisierbarer Entscheidungen stand ihm bevor.

In den politischen Karikaturen überwog jedoch zunächst noch das Motiv des Brückenbauers und Kompromisssuchers. Unter dem Titel „Der Rufer in der Wüste“ zeigte eine Karikatur im Jahr 1927, wie Renner vor dem Parlament von Freund und Feind geprügelt wird und ein Passant meint: „Na den richten s' her! Er will nämlich den Bürgerkrieg verhindern.“ Die Rolle des Streitschlichters lag natürlich auch in der Funktion des Nationalratspräsidenten, wie eine Episode aus dem Jahr 1932 zeigen soll. Es kam im Zuge einer hitzigen Nationalratsdebatte zu einem tätlichen Angriff des Heimwehr-Abgeordneten Fritz Lichtenegger auf Otto Bauer, indem er ihn mit zwei Tintenfassern bewarf. Daraufhin stürzten sozialdemokratische Abgeordnete auf Lichtenegger, um ihn zu bändigen. Es kam zum Tumult und Raufhandel. Die Zeitungen berichteten darauf hin, dass Präsident Renner unterstützt von Ordnern auf das „Schlachtfeld“ stürzte und die „rauflustigen Gegner trennte und den Saal räumen ließ“.¹¹⁸

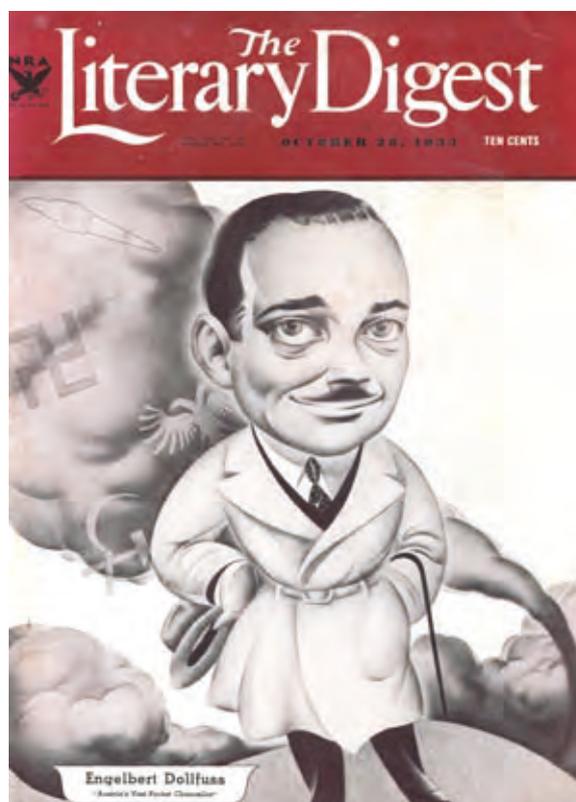
Zunächst jedoch eskalierte die Weltwirtschaftskrise ab 1930 und bildete die triste Rahmenhandlung der folgenden politischen Ereignisse. Die Krise in der gebeutelten Republik war vielschichtig. Eine Preis- und Kreditkrise, eine Krise der Landwirtschaft, eine Industriekrise und schließlich eine Krise der Lohnarbeit mit ihrer Massenarbeitslosigkeit trafen auf bürgerliche Regierungen, die eine Austeritätspolitik der „Disziplin“, „Entbehnung“ und „Sparsamkeit“ verfolgten. Dieses Sich-aus-der-Krise-Sparen führte schlussendlich zu Verarmung und Perspektivlosigkeit breiter Schichten. Ein erster Höhepunkt war der Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt im Juni 1931, der einen Rücktritt der Regierung Otto Ender, zusammengesetzt aus Christlichsozialen, Landbund und Großdeutscher Volkspartei, provo-

zierte. Bundespräsident Wilhelm Miklas betraute den gesundheitlich stark angeschlagenen christlich-sozialen Altkanzler Ignaz Seipel mit der Regierungsbildung. Dieser wollte eine möglichst breite Koalitionsregierung unter maßgeblicher Beteiligung der SDAP zustande bringen. Ob er ernsthaft die Lage der Republik stabilisieren wollte oder doch nur beabsichtigte, in einer gefinkelten „Seipeliade“ die triste Lage der Bankenkrise zu umschiffen und die SDAP bei den eigenen Wähler:innen als Handlangerin zu desavouieren, ist nicht zu beantworten. Diese Situation wäre natürlich auch eine Stunde für Karl Renner gewesen, der ja stets das Koalieren als legitimes, wenn nicht sogar notwendiges Mittel auf dem Weg zum Sozialismus sah. Renner schloss sich überraschenderweise jedoch in der entscheidenden Sitzung des sozialdemokratischen Parlamentsklubs Otto Bauers Linie an. Die allgemeine Begründung der Ablehnung war, man wollte nicht die Geschäfte des zusammenbrechenden Kapitalismus mitadministrieren und die Sorge, dass die Arbeiter:innenschaft die Koalition als „Packelei“ empfinden würde. Ob die Ablehnung richtig oder falsch war, wird bis heute heftig debattiert: politische Grundsatztreue und pragmatische Politikgestaltung standen einander gegenüber.¹¹⁹ Einmal noch sollten so ein Angebot und eine Ablehnung erfolgen. Die SDAP hatte am 28. April 1932 im Parlament einen Antrag auf Auflösung des Nationalrats gestellt. Um Neuwahlen zu verhindern, trat die Bundesregierung zurück. Der neue Bundeskanzler Engelbert Dollfuß bot der Sozialdemokratie in dieser Situation eine Koalitionsregierung an, die ebenfalls abgelehnt wurde. Ebenso traten die Großdeutschen einem Angebot Dollfuß' nicht bei.

Zwei einschneidende Ereignisse, welche die politische Lage Österreichs radikal änderten und zusammenhingen, waren die parlamentarische Geschäftsordnungskrise im Nationalrat am 4. März 1933 und die deutsche Reichstagswahl vom 5. März 1933. Beim ersten Ereignis fiel Renner eine sehr unglückliche Rolle zu. Hier hätte er seinem Ruf als Streitschlichter vielleicht treu bleiben sollen.

Zum großen Ärger der Christlichsozialen setzten die sozialdemokratischen Abgeordneten für den Samstag, den 4. März 1933, eine außerordentliche Sondersitzung des Nationalrats an. Leopold Kunschak sah darin „offenkundig eine Art Bosheit“¹²⁰ des Nationalratspräsidenten Karl Renner. Das Thema der Sitzung sollte ein kurz davor durchgeführter Streik

der Bundesbahnarbeiter sein, der sich gegen Pensionskürzungen und verspätete Lohnauszahlungen richtete. In Folge wollte die Regierung die Streikenden maßregeln. Gegen diese angedrohten Maßnahmen und dafür, dass die Generaldirektion der Bundesbahnen die ihren Bediensteten „gebührenden Dienstbezüge dienstordnungs- und vertragsmäßig ausbezahle“¹²¹, richtete sich zunächst eine dringliche Anfrage, die in einem Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Berthold König endete. Ebenso brachte die zweite Oppositionspartei, die Großdeutschen, einen ähnlichen, etwas mildereren mehrteiligen Antrag ein und zu guter Letzt auch die Christlichsozialen durch Leopold Kunschak. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt, ein Teil des großdeutschen Antrages hingegen erhielt eine Mehrheit. Ein Sieg der Opposition. Daraufhin sollte über den Antrag Kunschaks abgestimmt werden, der jedoch inhaltlich dem bereits beschlossenen widersprechen würde. Es kam zu Wortgefechten und Tumult. „In solchen Augenblicken ist eine Pause der Überlegungen immer sehr nützlich“, meinte Renner und unterbrach die Sitzung für eine Zusammenkunft der drei Nationalratspräsidenten.¹²² Dabei wurde keine Lösung gefunden und bemerkt, dass bei beiden Abstimmungen Fehler gemacht wurden.

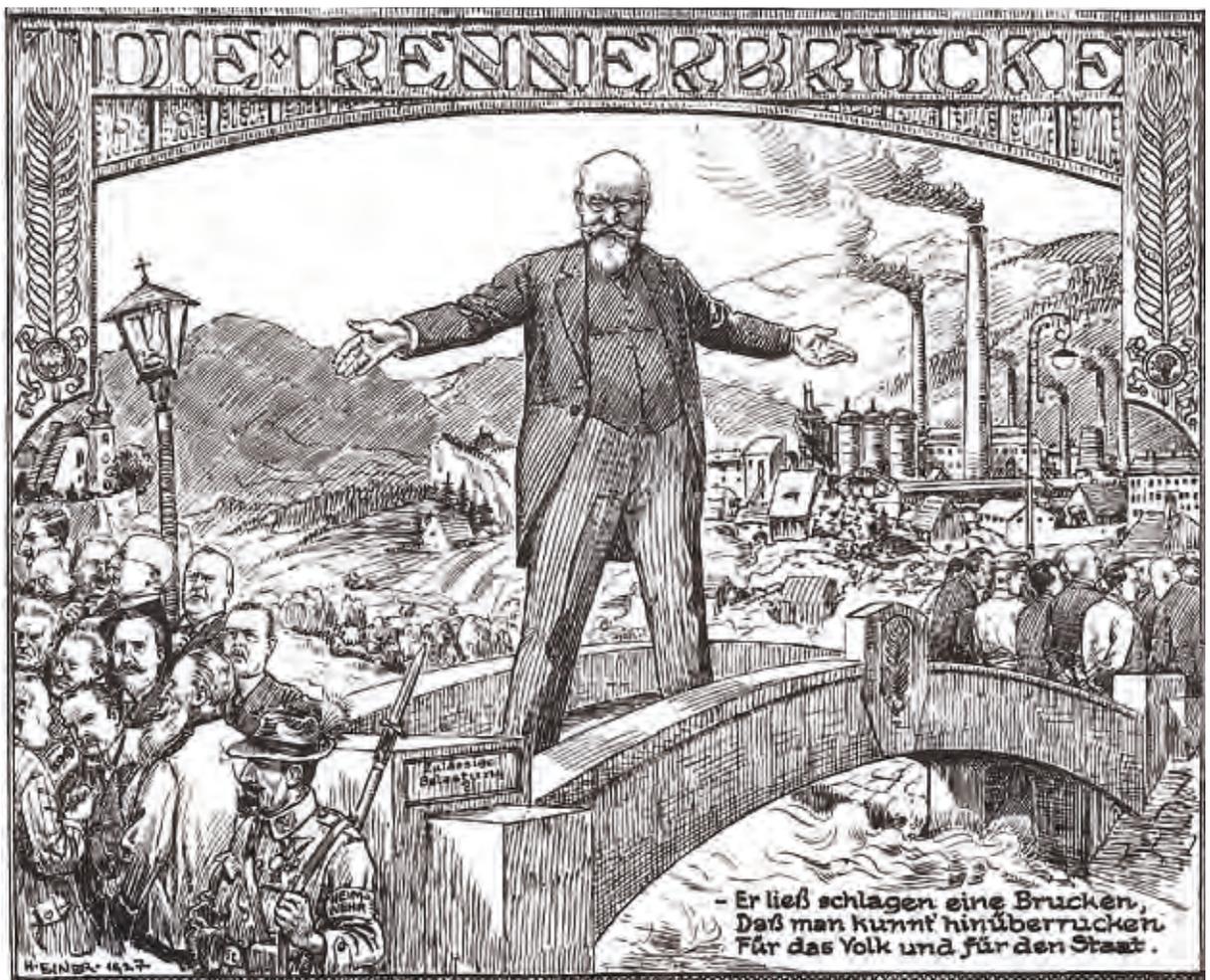


Der kalte Staatsstreich von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß fand auch Eingang in die US-amerikanische Karikatur, Oktober 1933

Der Fehler bei der Abstimmung des sozialdemokratischen Antrages war hinfällig, da er eindeutig abgelehnt worden war. Beim Abstimmungserfolg der Opposition, mit nur einer Stimme Überhang, wurden jedoch zwei Stimmzettel des SDAP-Abgeordneten Simon Abram abgegeben. Das Ergebnis stimmte an sich, der Abgeordnete Wilhelm Scheibin hatte eben den falschen Stimmzettel Abrams eingeworfen. Karl Renner erklärte die Abstimmung als gültig, da Scheibin offensichtlich abgestimmt hatte; der „erwiesene lebendige Akt des Menschen“ gelte für den Ersten Nationalratspräsidenten als Beweis genug. Es folgte ein Aufstand der Abgeordneten der Regierungsparteien, Rechtsstreit und Tumult. In dieser Situation passierte nun der folgenreiche Fehler. Auf dringendes Anraten von Otto Bauer und Karl Seitz legte Renner sein Amt als Präsident nieder, damit die zuvor erreichte knappe Mehrheit von einer Stimme bei einer Wahlwiederholung auf jeden Fall erhalten bleibe. In Folge demissionierten ebenso der christlichsoziale Präsident Rudolf Ramek und

zur Überraschung aller auch der Dritte Präsident der Großdeutschen, Sepp Straffner. Die Rücktritte der Präsidenten wurden jeweils von ihren Parteien „lebhaft beklatscht“, wie das Protokoll vermerkte. Dabei hatten nur die Christlichsozialen Grund zur Freude.

Es scheint wirklich verwunderlich, wie gelassen einige Beteiligte diese Situation hinnahmen. Die Dimension dieser Geschäftsordnungskrise, die sich zu einem kalten Staatsstreich der Regierung Dollfuß auswuchs, wurde erst mit etwas Zeitverzögerung verstanden. Auch dem sonst so strategisch denkenden Karl Renner war die Lage nicht gleich vollumfänglich bewusst. Finanzminister Karl Buresch brachte es im christlichsozialen Parteivorstand am nächsten Tag schadenfroh auf den Punkt: „Vom Standpunkt der Sozi hat Renner das dümmste Stück seines Lebens gemacht. Er hat nicht nur unrecht gehabt, sondern die größte Dummheit a) zwei Stimmzettel; b) einen umtaufen. Renner wurde dazugebracht von seinen



Die Rolle des „Brückenbauers“ wurde auch in der Karikatur abgebildet, 1927

Leuten, Unrecht und Dummheit zu setzen. Hier am Sonntag (= 5. März 1934) habe ich ihm zugerufen: Sie haben eine schöne Dummheit gemacht. Er ist rot geworden.“¹²³

Renner versuchte noch am 4. März durch eine telefonische Intervention bei Bundespräsident Wilhelm Miklas auf legalem Wege zu retten, was noch zu retten war. Er erklärte vor dem sozialdemokratischen Parlamentsklub, dass Miklas ihm zusagte, für den 5. März eine Parteiobmännerkonferenz einzuberufen, da „das Haus (= Parlament) nicht führerlos“ sein könne. Der „letzte Präsident“ (= Karl Renner) solle es bis zu Neuwahlen weiterführen.¹²⁴ Der Bundespräsident konnte oder wollte jedoch dem Druck der antidemokratischen Kräfte in der Regierung nicht standhalten. Renner begann nun hektisch zu agieren, um den von ihm mitverursachten Schaden wieder gut zu machen und unterschätzte dabei lange Zeit die antidemokratische Entschlossenheit des politischen Gegners. Dollfuß nutzte zielstrebig und ohne Federlesen die Gunst der Stunde, um endlich die Demokratie der „Republik des 12. November“ durch seine autoritären Phantasien der ständestaatlichen „wahren“ Demokratie zu ersetzen. Als Vorbild diente ihm das faschistische Italien. Der Begriff der „wahren Demokratie“ war schon bei Ignaz Seipel seit Ausrufung der Republik verwendet worden. Er meinte damit, dass „an die Stelle der Demokratie des Dreinredens möglichst vieler die Demokratie des Schaltenlassens weniger“ treten solle.¹²⁵

Dollfuß ging es unter Einfluss der Heimwehren schon präziser um die Verwerfung des „westlichen demokratischen Parlamentarismus“ und des „Parteienstaats“ im Sinne des Korneuburger Eides aus dem Jahr 1930. Der Bundeskanzler erklärte nach den Ereignissen des 4. März, dass das Parlament sich selbst ausgeschaltet habe und berief sich auf das „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“ aus dem Jahre 1917. Am 7. März verlautbarte der Bundeskanzler, dass die Regierung ab nun auf das Parlament verzichte und die Presse- und Versammlungsfreiheit massiv einschränke. Ab nun erließ die Bundesregierung von sich aus Verordnungen, welche bestehende Gesetze grundlegend änderten. Die Bundesregierung übernahm also Befugnisse, die laut Verfassung nur das Parlament innegehabt hätte. Die Anwendung des Ermächtigungsgesetzes war doppelt verfassungswidrig, da sich Österreich nicht im Krieg befand und die Verordnungen dem Parla-

ment nie wie darin vorgeschrieben fristgerecht vierteljährlich vorgelegt wurden. All das endete in den Ereignissen des Februar 1934 und mit der völligen Ausschaltung der österreichischen Sozialdemokratie. Daraufhin verlautbarte Karl Renner – wirkungslos – als „letztgewählter Präsident des Nationalrats“, am 9. März in der Arbeiterzeitung, dass das Parlament nicht handlungsunfähig sei und die Handlungen der Regierung „Usurpation“ (= Anmaßung einer Befugnis einer öffentlichen Gewalt) seien.¹²⁶ Der ehemalige dritte Nationalratspräsident, der Deutschnationale Sepp Straffner, berief in Absprache mit der Sozialdemokratie ebenfalls am 9. März für den 15. März den Nationalrat ein. Die sechzig sozialdemokratischen und großdeutschen Abgeordneten, die dem Ruf folgten, wurden bereits von zweihundert Beamten der Kriminalpolizei empfangen und vertrieben. Daraufhin versuchte Karl Renner den Hauptausschuss zu reaktivieren, ein Unterfangen, das selbstverständlich ebenso am Boykott der Abgeordneten der Regierungsparteien scheiterte. Bundeskanzler Dollfuß gab dazu im christlich-sozialen Parteivorstand am 6. April die Order aus: „Um Renner an der Einberufung des Hauptausschusses und Wahl des Unterausschusses zu hindern, Festhalten an der jetzigen Mehrheit, so lange als möglich.“¹²⁷ Der Verlust des parlamentarischen Bodens traf die Sozialdemokratie hart. Sie hatte ja das Ziel festgelegt, der Weg zum Sozialismus habe über die parlamentarische Mehrheit zu führen. Ihre Massenorganisation war auf das Führen von Wahlkämpfen sowie auf das politische Wirken innerhalb einer liberal-demokratischen Ordnung ausgelegt.¹²⁸ Auch ihre Reaktionen auf den kalten Putsch zeigen dies deutlich: einerseits der Weg zum Verfassungsgerichtshof, der dann von den Christlichsozialen lahmgelegt wurde, und andererseits das Einleiten einer so genannten „Volksadresse“¹²⁹ mit 1,2 Millionen Unterstützer:innen, eine wirkungslose Massenpetition an den Bundespräsidenten.

Das zweite Ereignis, das mit diesem schrittweisen Staatsstreich in Österreich zusammenfiel und diesen beeinflusste, war die Machtergreifung Hitlers in Deutschland 1933. Bei der letzten Reichstagswahl am 5. März, die nicht mehr unter demokratischen Verhältnissen stattfand, da sie im Schatten der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar durchgeführt wurde, gewann die NSDAP fast elf Prozent dazu und wurde mit Abstand stärkste Partei. Den Abschluss

der „Machtergreifung“ Hitlers und der NSDAP bildete der Beschluss des Ermächtigungsgesetzes vom 24. März 1933, das dem Prozess einen „legalen“ Anstrich geben sollte.

Eine von vielen Auswirkungen dieser Ereignisse auf Österreich betraf massiv die gesamtdeutsche Strategie der SDAP. Schließlich wurde auf dem Parteitag im Oktober 1933 der „Anschlussparagraf“ auf Grund des Sieges des Faschismus im „Deutschen Reiche“ und der damit verbundenen „veränderten Lage des deutschen Volkes“ aus dem gültigen Parteiprogramm gestrichen. In der Parteitagsresolution bekannten sich die Sozialdemokrat:innen zu einem unabhängigen und selbstständigen Österreich und zur Bereitschaft, Österreich gegen den deutschen „Nationalfaschismus“ zu verteidigen. In ihr wurde jedoch gleich auch betont, dass die Sozialdemokratie ebenso den „Austrofaschismus“ bekämpfe. Weiters wurde die „völkerrechtliche Neutralisierung Österreichs“ gefordert, um „die Republik dem Wettstreit der imperialistischen Grossmächte zu entrücken und dadurch erst eine enge wirtschaftliche Verbindung Oesterreichs mit den Nachbarstaaten“¹³⁰ zu ermöglichen. Diese hier definierte völkerrechtliche „Neutralisierung“ Österreichs war schon 1920 nach der Unvermeidlichkeit des „Anschlussverbots“ eine Idee Karl Renners gewesen, die nun Grundlinie der Partei wurde. Auf dem Parteitag gewannen die sogenannten „Verständigungsorientierten“ um Karl Renner an Einfluss.

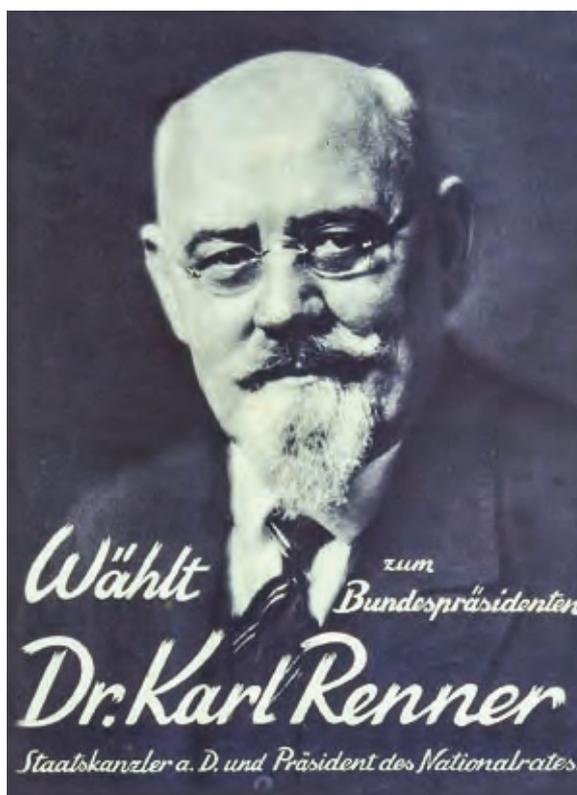
Während der Parteitagsdebatte verteidigte Renner Teile des Bürgertums und der Bauernschaft und pochte darauf, dass diese nicht ausnahmslos zum Faschismus tendierten. Auf den Vorwurf hin, der Parteivorstand spreche nicht mehr für die Masse, entgegnete Renner polemisch: „Wer meint, daß es unsere Aufgabe ist, der Masse in jeder Situation nach dem Munde zu reden, soll nicht Sozialdemokrat werden. Der hat den besten Platz bei den Nationalsozialisten.“¹³¹ Im Anschluss an den Parteitag verfasste Renner die Denkschrift „Die wirtschaftspolitischen Probleme des Donaumaums und die Sozialdemokratie“, in der er sich klar vom Anschlussgedanken distanzierte.¹³² „Österreich könne sich nicht wegwerfen“ und freiwillig eine „noch leer gebliebene Gefängniszelle“ beziehen und einem „ostelbischen Kerkermeister die Referenz“ erweisen. Klare Aussagen, die im März 1938 für Renner keine Relevanz mehr haben sollten. Durch den Sturz der Weimarer

Verfassung und den Sieg des Nationalsozialismus verliere, laut Renner, das „Reich“ durch den „Hitlerschen Absolutismus nun Deutschösterreich“.¹³³ In dieser Denkschrift führte er auch erneut die Idee der „Neutralisierung“ und die modifizierte Idee der Donauföderation aus. Es müsse gelingen, in „Innereuropa“ eine Wirtschaftsgemeinschaft zu schließen.¹³⁴ Den Kern dieses Wirtschaftsraumes sollten die Tschechoslowakei, Ungarn und eben Österreich bilden, dafür sei jedoch die Selbstbestimmung des Donaumaumes die kardinale Voraussetzung der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung.

Die nun sich durchsetzende, von Otto Bauer unterstützte und von Renner angeführte Linie des Verhandeln mit der autoritären Regierung entsprach seinem Zugang, Tatsachen zu akzeptieren und das Maximum rauszuholen, offenbar um jeden Preis. Diesmal ging er bis zur Selbstaufgabe. Um zu retten, was nicht mehr zu retten war, arbeitete der Staatskanzler außer Dienst mit Rückendeckung durch den Parteivorstand eine Verhandlungsgrundlage aus, die den Verfassungsbruch Dollfuß' nachträglich legitimieren sollte, um einen „erträglichen Kompromiss der Demokratie mit dem Ständefimmel“¹³⁵ zu finden. Er entwarf ein „Staatsvollmachtsgesetz“, um es dem Bundespräsidenten zu unterbreiten. In seinem Vorschlag sollte das Parlament noch einmal zusammengerufen werden, um den Staatsnotstand auszurufen, eine feierliche Unabhängigkeitserklärung Österreichs abzugeben und der Regierung auf fünf Jahre alle Vollmachten zu übertragen. Dollfuß' Notverordnungsкурс solle so legitimiert werden. Die Gesetzgebung ginge von National- und Bundesrat auf die Regierung und den Bundespräsidenten über. Das Parlament vertage sich anschließend, nur der Verfassungsausschuss solle regelmäßig tagen und die Vorlagen der Regierung prüfen. Dieses Papier wurde im November inoffiziell lanciert und im Dezember offiziell verschickt. Sogar ein sozialdemokratisches Verhandlungsteam wurde bereits genannt. Der Bundeskanzler blockte ab, gab sich desinteressiert. Daher ging Karl Renner noch weiter und skizzierte, wie er später 1934 in seinen Verhörprotokollen im austrofaschistischen Gefängnis erläuterte, einen Entwurf für eine „Ständeverfassung“¹³⁶, die er seinen Parteifreunden zur Hand gab, um für etwaige Verhandlungen inhaltlich gerüstet zu sein. Dieses Entgegenkommen widersprach allem, was er aufgebaut hatte und das er eigentlich auch verachtete, da er ja noch 1932 in einem Vortrag „Volksstaat

oder Ständestaat?“ die Idee der Berufsstände mit der „Korporationslehre des Faschismus“¹³⁷ verglich und meinte: „Jeder Ständestaat aber ist Unrecht und Gewalt, Ohnmacht des Volkes und Allmacht der Obrigkeit.“ Auch Otto Bauer verfolgte offensichtlich diese Linie, da er in der Arbeiterzeitung und in *Der Kampf*¹³⁹ eine Artikelserie veröffentlichte, die sich sehr milde und wohlwollend mit dem „Ständestaat“ und einer „Ständeversammlung“ befasste. Sogar dieses maximale Entgegenkommen wurde Renner im Jänner 1934 vor die Füße zurückgeworfen, um Dollfuß' Kunst der Demütigung auf die Spitze zu treiben. Karl Renner bekannte dann vor dem Parlamentsklub, am 8. Februar 1934: „Wir können nichts mehr dazu tun und müssen auf alles gefaßt sein [...] Unser Gewissen ist rein, die geschichtliche Verantwortung tragen die anderen.“¹⁴⁰

Hier wird eine Grundlinie Renners erneut grell sichtbar, die ihn eben auch innerhalb der Sozialdemokratie zu dieser umstrittenen Gestalt machte und sein Leben lang begleitete, diese ständige Spannung zwischen dem Notwendigen und Machbaren, das doch immer einem höheren Zweck des Gemeinsamen, des Staates, des Volkes oder der Wirtschaftsgemeinschaft dienen sollte und eigene Grenzen ausreizte und mitunter überschritt. In der deutschen Zeitschrift *Die Gesellschaft* beschrieb er 1930 dieses Verhältnis und den Bezug auf ein größeres Ganzes ausführlich: „Der Bürgerkrieg zerstört unsere Wirtschaft, und zwar in einem solchen Maße, daß es am Ende gleichgültig ist, wer siegt und wer besiegt ist! Beide bleiben als Bettler zurück und kommen unter den heutigen weltwirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr hoch. [...] Bourgeoisie und Proletariat führen ihren Klassenkampf – aber sie können ihn praktisch nur führen in dem Rahmen der Aufrechterhaltung eines höheren Ganzen! Geht dieses dabei in Trümmer, so ist aller Klassenkampf um seine möglichen Früchte betrogen. Dieses höhere Ganze ist die Wirtschaftsgemeinschaft eines Volkes! Es kann sich bei diesem Kampfe nur darum handeln, ob der eine oder der andere diese Wirtschaft beeinflusse, führe, beherrsche, der Kampf aber kann niemals so weit gehen, daß diese Wirtschaft selbst leide, verelende, zerbreche! Die absolute Negation des Ganzen macht den Kampf der Teile untereinander sinnlos!“¹⁴¹ Dass die politischen Gegner in der Regierung Dollfuß dieses Grundverständnis von irgendetwas „Gemeinsamen“ nicht hatten, sondern eben die völlige Beseitigung und Unterwerfung der Sozialdemokratie



Die für 1931 angesetzte Volkswahl des Bundespräsidenten wurde aus Angst vor einer Verschärfung der politischen Spannungen durch den Wahlkampf abgesagt

anstreben, zeigte zum einen Renners Strategie der Kompromissfindung bis zur Selbstaufgabe für höhere Zwecke und zum anderen eine Blindheit des Pragmatikers gegenüber Tatsachen.

Karl Renner versuchte die Katastrophe abzuwenden und wollte um jeden Preis verhandeln. Während schon geschossen wurde, eilte er zum christlichsozialen Landeshauptmann von Niederösterreich Josef Reither ins von der Polizei umstellte Landhaus in der Herrengasse, um das Schlimmste zu verhindern und völlig illusorisch diesem den Kanzler anzubieten. Dort wurde Karl Renner jedoch schon verhaftet und für hundert Tage wegen des Verdachts des Hochverrats ins Gefängnis gesteckt. Seine Wohnung und sein Büro in der Arbeiterbank wurden durchsucht. Er saß zunächst im Polizeigefängnis auf der Elisabethpromenade in einer Einzelzelle ein und wurde im März ins Wiener Landesgericht überstellt. Seine offensichtlich robuste Natur führte dazu, dass er die Haft mental besser vertrug als andere inhaftierte Parteifreunde. In Briefen machte er sich zum Beispiel Sorgen um den Zustand seines Freundes Albert Sever. Dieser hatte jedoch zusätzlich die persönliche Last zu tragen, dass seine Ehefrau Ida Sever bei der Beschießung

des Ottakringer Arbeiterheimes getötet wurde. Renner selbst hielt sich mit Hanteltraining halbwegs fit, abonnierte die christlichsoziale „Reichspost“ und beklagte sich, dass ihm bei der Gefängniskost vor allem die Paprika abgingen. Sein Enkel Karl Deutsch-Renner erzählte später, dass er von der Schule abgeholt wurde, um dem Großvater diese ins Gefängnis zu schmuggeln.¹⁴² Nach der Unterzeichnung einer Loyalitätserklärung wurde Renner nach hundert Tagen entlassen. Verhört wurde er darüber hinaus bis zum 7. Juli 1934. Das Verfahren gegen ihn wurde endgültig erst mit der Weihnachtsamnestie 1935 über Anordnung des Bundespräsidenten eingestellt. Während des Putschversuchs der österreichischen Nationalsozialisten im Juli 1934, sollte er in Gloggnitz für zwei Tage mit seinem Freund und abgesetzten Bürgermeister Franz Dittelbach nochmals eingesperrt werden.

Der 64-jährige Karl Renner empfand sich nicht als Mann der Illegalität und zog sich zurück. In einem Brief an Friedrich Adler schrieb er als Replik auf dessen Kritik 1937: „Illegalität ist unvermeidlich, ist geboten, wie wenig sie augenblicklich nütze. Sie kann nicht von Leuten gemacht werden, die vierzig Jahre in der Legalität ergraut sind. Von einem Geschäft zu dem ich nicht taue, halte ich mich fern.“¹⁴³ Dennoch versuchte er einmal noch irgendwie einen legalen Aktionsboden innerhalb des Schuschnigg-Regimes für die politische Aktivität der Partei zu organisieren, zumindest zu skizzieren. In der Zeit als es innerhalb der Vaterländischen Front zu Spannungen zwischen

dem Bundeskanzler und der Heimwehr-Fraktion um Ernst Rüdiger Starhemberg kam, verfasste er 1936 ein Memorandum.¹⁴⁴ Darin analysierte er sehr realistisch und weitsichtig die innen- und außenpolitische Lage des austrofaschistischen Regimes und die Situation der sozialdemokratischen „Restpartei“ in Österreich und in der Diaspora der Emigration. Seine Analysen wurden ihm später als Spaltungsversuch und opportunistische Schaffung einer „legalen“ Arbeiter:innenbewegung im Rahmen des „Ständestaates“ unterstellt. Alles blieb nur Theorie, da die austrofaschistische Regierung Schuschnigg in allen Belangen eher das Auskommen mit der illegalen NSDAP suchte als mit der illegalen sozialdemokratischen Arbeiter:innenbewegung.

Zur angebotenen kurzfristigen Einberufung des Nationalrats, nicht nur, um den kalten Putsch Dollfuß' zu legitimieren, sondern auch zur damit verbundenen „feierlichen Kundgebung gegen den Nationalsozialismus“, wie Renner es im Memorandum nannte, kam es nie: „Niemals mehr hätte sich Hitler auf den Volkswillen in Österreich berufen können.“¹⁴⁵

Schließlich sollte, nachdem die junge Demokratie endgültig im Februar 1934 beseitigt war, im März 1938 auch der junge Staat durch den Einmarsch von Hitlers Truppen von der Landkarte verschwinden. In diesem Augenblick unternahm Renner eine Reaktivierung seiner „Anschluss“-Strategie und belastete sich selbst und sein Lebenswerk so mit einem nachhaltigen Schatten.

Historischer Irrtum und biografischer Schatten: Das „Anschluss-Ja“

Die junge Republik Deutschösterreich hatte bei ihrer Staatswerdung mit dem Nationsbegriff große Schwierigkeiten und litt an einer „nationalen“ Identitätskrise. Keine mythentaugliche „Großtat“ stand am Anfang, sondern die Katastrophe eines industriellen Weltkrieges. Gefühle der Niederlage und des Übrigbleibens überwogen bald die Erleichterung und Freude über das Kriegsende. Chaotische Zustände durch den Zerfall der Armee, eine katastrophale Wirtschaftslage und politische Spannungen begleiteten die Gründung. Instabilität und enormer Druck lasteten auf allen Lebensbereichen der Menschen. Bereits bei der Namensfindung sollte der Name „Österreich“ vermieden werden. Für die einen war er zu sehr mit dem verhassten Herrscherhaus und dem Krieg verbunden. Für die anderen schien dieser deutschsprachige „Rest“ in der Logik nationaler Vorstellungen zwingend Teil des deutschen Nationalstaats zu sein. Karl Renner hingegen wollte damit vor den Siegermächten klarlegen, dass die Republik nicht die Rechtsnachfolgerin der Monarchie sei. Namen wie „Donaugermanien“ oder „Deutsche Alpenlande“ wurden verworfen und es setzte sich als Kompromiss der Name „Deutschösterreich“ durch. Der Name sollte auch die gesamtdeutsche Vereinigung vorbereiten.

Überhaupt war die ideologische Vorstellung sprachlich-kulturell „homogener“ Nationalstaaten weit verbreitet. Massenhafte Gewalterlebnisse im Krieg und die aggressive Feindbildzeichnung der Kriegspropaganda hatten diese noch verstärkt. Die „Nation“ wurde in den Zeiten der Krise und des Verschwindens traditioneller Hierarchien für viele Menschen endgültig zum höchsten Bezugspunkt politischer Orientierung. Die „Anschlussfrage“ blieb mit wechselnder Intensität ständige Begleiterin der Ersten Republik. Der österreichische Nationsbegriff war eine Randerscheinung und wurde fast zeitgleich 1937 vom linkskatholischen Soziologen Ernst Karl Winter und dem kommunistischen Staatswissenschaftler Alfred Klahr entwickelt. Er blieb jedoch bis 1945 wenig wirkmächtig. Als der junge österreichische Staat schließlich 1938 durch den Einmarsch deutscher Truppen im nationalsozialistischen Deutschland auf- bzw. unterging, bot sich Renner an, für den

„Anschluss“ zu werben. Über die Beweggründe für dieses verhängnisvolle „Ja“, neben der berechtigten Sorge um seinen jüdischen Schwiegersohn Hans Deutsch und dessen drei „halbjüdische“ Kinder, wurde vielseitig spekuliert. Renner selbst hingegen betonte stets, ohne Zwang und aus Überzeugung gehandelt zu haben. In einem Artikel in der britischen Zeitschrift *World Review* im Mai 1938 argumentierte er, dass sich jetzt nur vollziehe, was in Saint-Germain-en-Laye illegitimerweise durch die Siegermächte verhindert worden sei. Es sei schlimm für ihn, dass dies unter den diktatorischen Vorzeichen eines schrecklichen „unfassbaren Rassenregimes“ und nicht unter demokratischen Vorzeichen geschehe. Renner meinte jedoch, das Zerstörungspotenzial des Nationalsozialismus unterschätzend: „Staaten bleiben [bestehen], aber die Systeme, die sie regieren, ändern [sich]. Nationen leben in Jahrhunderten, Parteien wechseln in Generationen.“¹⁴⁶ Sein „Anschluss-Ja“ wirkte auf viele österreichische Widerstandskämpfer:innen und KZ-Häftlinge selbstverständlich demoralisierend.

Seinem Denken in Wirtschaftsgrößenräumen und den ursprünglichen Vorstellungen der Grenzen des Staatsgebietes der Republik Deutschösterreich von 1918/19 folgend, würdigte er in einer unveröffent-



Gesamtdeutsche Propagandapostkarte aus dem Jahr 1919 mit der verarmten „Austria“ und der schutzbietenden „Germania“

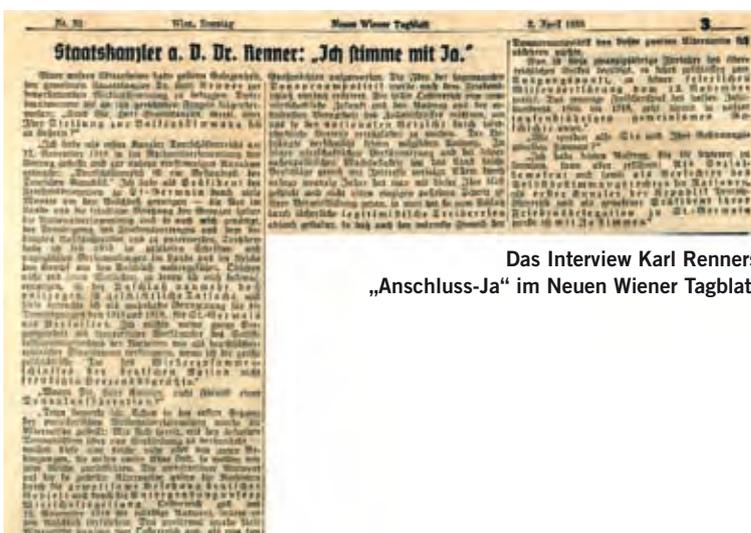
lichten sehr problematischen Broschüre ebenso das von Großbritannien und Frankreich unterzeichnete Münchner Abkommen vom September 1938 als richtigen historischen Schritt, da es „ein leidvolles Kapitel der Geschichte zur Vollendung führen“¹⁴⁷ solle. Vom Nationalsozialismus und seinen Methoden distanzierte er sich stets eindeutig und öffentlich – auch nach dem „Anschluss“. Bereits 1932 schrieb er in einem analytischen Text zur drohenden Machtergreifung Adolf Hitlers über den Nationalsozialismus, dass dieser „die kritiklose Vergottung des Führertums, die ideenlose Kultur brutaler Gewalt, die offen zur Schau getragene Verachtung der Wissenschaft, die Verhimmelung des ‚Blutes‘ und der ‚Rasse‘, die Anbetung des Krieges und die gläubige Erwartung eines Kriegswunders“ sei. Und Renner schrieb: „[Diese] gesamte Vernebelung der Gehirne ist eine ungeheure Gefahr für die Nation [= deutsche] und [dieser] droht im Ernstfalle der Untergang. Darum gilt es, das Hitlertum nicht nur politisch einzudämmen, sondern auch geistig zu überwinden.“¹⁴⁸ In dieser Analyse attackierte er den Nationalsozialismus ebenfalls für seinen exkludierenden „Nationsbegriff“ des „Herrentums“, der u. a. Jüdinnen und Juden systematisch ausschloss. Welche Beweggründe auch immer dieses verhängnisvolle „Ja“ schlussendlich erzeugt haben, es zeigt deutlich, dass Renner, geblendet von der Verbitterung über die gewaltsame Ausschaltung der Sozialdemokratie im Jahr 1934, dem Verbot der gesamten Organisationsmacht der SDAP, den Enteignungen der gemeinsam erarbeiteten Vermögen der sozialdemokratischen Arbeiter:innenbewegung und von der politischen Verfolgung lieber Parteifreunde, endgültig einen Blick auf den Faschismus



Gesamtdeutsche Propagandapostkarte aus den 1920er Jahren

entwickelte, der den „schwarzen“ und den „braunen“ gleichsetzte und so zu einer massiven Unterschätzung des Nationalsozialismus in seiner gewalttätigen und weitreichenden Dimension führte. Damit war er nicht alleine. Schließlich sollte ihn und viele Teile der SPÖ dieser Zugang 1945 – auch aus strategischen Gründen – dazu verleiten, das „Unrecht vom Jahre 1934“¹⁴⁹ mit dem Schicksal und Leid des österreichischen Judentums im Nationalsozialismus zu verknüpfen. Diese Verknüpfung der Frage der Rückstellung von ehemaligen jüdischen Vermögen mit der Rückgabe von Parteivermögen wirkte sich sehr nachteilig auf die Wiedergutmachung, Rückstellung und Entschädigung für die jüdischen NS-Opfer aus.¹⁵⁰

Zunächst jedoch wurde während der nationalsozialistischen Herrschaft und unter Beobachtung der Gestapo für Karl Renner in der inneren Emigration in Gloggnitz die Wiedererrichtung einer „kleinstaatlichen“ und unabhängigen Republik Österreich das wichtigste Ziel. So konnte er im April 1945 schließlich die federführende Rolle als „Pater patriae“ bei der erfolgreichen Gründung der Zweiten Republik übernehmen, auch wenn er diese Rolle eventuell bei Bekanntsein seiner Schrift zur Besetzung der Sudetengebiete nicht hätte spielen können. Seine Biografie und sein politisches Wirken stellten 1945 ein eigentümliches österreichisches Kontinuum dar, das sich mit all den Brüchen und Widersprüchen als Fundament für einen Neuanfang darbot. Ein österreichisches Nationalbewusstsein bzw. ein damit verbundener Nationalstolz entwickelten sich zaghaft und schrittweise. Erst in den 1960er Jahren bekannten sich mehr als die Hälfte der Österreicher:innen zur österreichischen Nation. Erst so konsolidierte sich ein breites Österreichbewusstsein, das allmählich als Nationalbewusstsein interpretiert werden konnte.¹⁵¹



Das Interview Karl Renners „Anschluss-Ja“ im Neuen Wiener Tagblatt

Ein zweites Mal der Konstrukteur der Republik.

Lebensleistung mit Schatten

Der NS-Staat lag in den letzten Zügen und die Rote Armee erreichte am 29. März 1945 ehemals österreichisches Territorium. Ein erstes strategisches Ziel der Roten Armee war die Semmering-Region, um dort die Südbahnlinie abzuschneiden und den Nachschub der deutschen Wehrmacht für die Verteidigung Wiens zu unterbinden. Am Ostersonntag, dem 1. April 1945, waren die ersten sowjetischen Vorauskommandos in Gloggnitz und Neunkirchen eingerückt und hatten die Bahnhöfe besetzt. Die Eroberung des auf Grund seiner schroffen Felswände und engen Talfurchen festungsähnlichen Semmerings wurde unterlassen.¹⁵² Die Truppen der von Marschall Fedor Iwanowitsch Tolbuchin kommandierten 3. Ukrainischen Front hielten entlang der Linie Schneeberg-Sonnwendstein an und die Front erstarrte. Zuvor hatten sich die deutschen Truppen aus Gloggnitz zurückgezogen und der inzwischen 75-jährige Karl Renner zeigte sich in den Straßen des Ortes. Er beauftragte zwei ehemals sozialdemokratische Funktionäre, eine demokratische Gemeindeverwaltung vorzubereiten.

So sollte der am 10. April 1945 zum Bürgermeister von Gloggnitz ernannte Fabrikarbeiter August Höllerbauer zu den ersten öffentlichen Repräsentanten des neu entstehenden Österreich werden. Karl Renner hingegen machte sich bereits am 3. April 1945 auf den Weg zur Gloggnitzer Kommandantur der Roten Armee. Begleitet vom tschechischen Fremdarbeiter Anton Zampach, der ihm als Übersetzer dienen sollte, forderte er das Ende der Übergriffe auf die Gloggnitzer Bevölkerung durch Rotarmisten und bot gleichzeitig seine Mitarbeit am demokratischen Wiederaufbau Österreichs an. In diesen Tagen lagen Befreiung und Frieden sowie Krieg und Nazi-Terror eng beisammen. Während Renner mit den sowjetischen Behörden in Gloggnitz verhandelte, residierte nur fünfundzwanzig Kilometer weiter die mit NS-Deutschland verbündete faschistische ungarische Exilregierung im Grand-Hotel Panhans auf dem Semmering. Ebenso errichtete der NS-Kreisleiter Johann Braun, nach seiner Flucht aus

Neunkirchen, knapp dreißig Kilometer entfernt in der Gemeinde Schwarzau im Gebirge eine Dienststelle samt Standgericht, wo es noch zu unzähligen NS-Endphasenverbrechen kommen sollte.¹⁵³

Die alliierten Streitmächte – Sowjetunion, USA, Großbritannien und schließlich Frankreich – hatten zunächst die Zukunft Österreichs ohne dessen Zutun geplant.¹⁵⁴ Erschwert wurde das Planen für Österreich durch die Tatsache, dass es keine anerkannte Exilregierung gab, die ein Brennpunkt eigener repräsentativer österreichischer Strategien hätte sein können. Das Scheitern der Bildung einer Exilregierung 1941/1942 war eigentlich ein Spiegelbild des Scheiterns der Ersten Republik. Schwere interne Auseinandersetzungen der einander misstrauenden und feindselig gegenüberstehenden österreichischen Emigrant:innen standen im Weg. Die Sozialdemokratie auf der einen und bürgerlich-konservatives sowie legitimistisch-monarchistisches Lager auf der anderen Seite standen sich unversöhnlich und kompromisslos gegenüber.¹⁵⁵ Eine Grundlage für den Umgang mit Österreich nach dem Krieg sollte eigentlich die Moskauer Deklaration der Alliierten aus dem Jahr 1943 bilden, die Österreich einerseits als erstes Opfer von Hitlers Angriffspolitik darstellte, aber andererseits festhielt: „Österreich wird aber auch daran erinnert, dass es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann, und dass anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.“¹⁵⁶ Ziel der Deklaration war es, den Widerstand in Österreich gegen den Nationalsozialismus zu motivieren, sich massiv an der Niederrichtung des NS-Regimes zu beteiligen. Da dieser Effekt kaum einsetzte, hatte die Deklaration 1945 eigentlich bereits massiv an politischer Bedeutung verloren gehabt. Karl Renner, 1945 eigentlich ein aus der Zeit gefallener Politpensionist, sollte – zunächst unausgesprochen – Bezug auf die Moskauer Deklaration, die er selbstverständ-



Passierschein des Staatskanzlers Karl Renner, 1945

lich kannte, nehmen und so eine erstaunlich zielgerichtete und effektive Politik zur Wiedererrichtung der österreichischen Republik entwickeln. Es ist zu betonen, dass zu diesem Zeitpunkt eine Teilung Österreichs bei den Siegermächten eine nicht unrealistische Option gewesen ist. Denn einzig die Aufteilung in vier Besatzungszonen war seit dem Jänner 1944 eine abgemachte Sache. Die in London angesiedelte European Advisory Commission legte diese fest. Die Ordnung eines Nachkriegsösterreich hatte offensichtlich nur nachrangige Bedeutung für die Alliierten. Es konnte der Eindruck entstehen, dass die Österreich-Frage auf die lange Bank geschoben wurde.¹⁵⁷ So entstand die Situation, dass diejenigen, die Österreich zuerst erreichten, ihre Pläne umsetzen konnten und das waren schlussendlich die Sowjets.

Diese hatten ungefähre Pläne für die Wiedererrichtung Österreichs. Sie vertrauten auf eine bereits in Ostmitteleuropa geübte Praxis, die Verantwortung über die Verwaltung und Versorgung recht schnell auf örtliche zivile Repräsentant:innen zu übertragen. Diese sollten dann von verlässlichen Kommunist:innen dabei unterstützt werden, im Sinne der Sowjetunion zu handeln.¹⁵⁸ Für Österreich speziell gab es ähnliche Pläne, die der bedeutende Funktionär der KPÖ, Ernst Fischer, im Exil ausgearbeitet hatte. Es sollte eine Anleitung zur Etablierung einer die zentralen politischen Bereiche kontrollierenden kommunistischen Machtposition sein. Dafür sollten aus dem Moskauer Exil oder aus Jugoslawien heimkehrende Funktionär:innen sorgen.¹⁵⁹

Mit dem Auftauchen Renners sollte vieles anders kommen. Dieser stellte sich den anwesenden Offizieren unbescheiden, aber den Tatsachen entsprechend, als „letzter Präsident des österreichischen Parlaments und ehemaliger Premierminister (sic!)“¹⁶⁰ vor. Als Josef Stalin vom Erscheinen des greisen Staatskanzlers a. D. hörte, wies er ungewöhnlich schnell, binnen Minuten den Oberbefehlshaber Tolbuchin telegrafisch an, Renner sei Vertrauen zu schenken und ihm mitzuteilen, dass die Rote Armee nicht gekommen sei, um Österreich zu annektieren, sondern um die faschistischen Okkupanten zu vertreiben. Ebenso werde das sowjetische Oberkommando Renner bei der Errichtung einer demokratischen Ordnung unterstützen.¹⁶¹ Eine klare Ansage der Unterstützung, die Renner gleich zu nutzen wusste. Bereits wenig später agierte Renner von Schloss Eichbüchl bei Wiener Neustadt aus, wohin ihn die Sowjets brachten, beinahe wie ein vollamtierender Kanzler. In Wien traf er schließlich auf die schon reorganisierten Parteien.

Österreichische Widerstandsgruppen, wie die Gruppe 05, die davon ausgingen, federführend am Wiederaufbau beteiligt zu sein, wurden von den Parteien an den Rand des Geschehens gedrängt. Ein erster staatspolitischer Akt, von immenser Bedeutung, den Renner setzte, war das federführende Formulieren der österreichischen Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945. Diese schuf Tatsachen und ist als Geburtsurkunde der Zweiten Republik anzusehen. Sie trennte Österreich von Nazi-Deutschland, setzte dessen geltende Gesetze außer Kraft und verband die Staatsbürger:innen wieder in ein Rechts- und Pflichtverhältnis zur Republik Österreich.¹⁶² Ebenso legte sie der republikanischen Wiedererrichtung eine Absage an die kulturdeutsche Identität zugrunde. Überhaupt kann dieses Dokument, das im Original leider nicht erhalten ist, in seinem Grundton in gewisser Weise als Renners Ausformulierung seiner eigenen Opferdoktrin mit einem gesamtösterreichischen Anspruch gelesen werden.¹⁶³ Dennoch war das in der Moskauer Deklaration geforderte Bekenntnis Österreichs zur „Mitverantwortung am Krieg“ darin pflichtbewusst enthalten. Dieser Bezug auf die Deklaration war für Renner unerlässlich, da er darin die Legitimationsgrundlage für seine Strategie der Kontinuität der Republik und der Selbstentlastung bzw. Schuldbefreiung von der Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus erkannte. So blieben darin die Shoah sowie die Beraubung und

die Vertreibung der österreichischen Jüdinnen und Juden unerwähnt – eine „entsetzliche Leerstelle“¹⁶⁴ in diesem Gründungsdokument. Diese Leerstelle, überparteilich getragen von den politischen Eliten, mag in der kurzfristigen Perspektive im Chaos der Nachkriegsmonate und in der Not der Wiedererrichtung von demokratischen Strukturen und öffentlicher Ordnung strategisch hilfreich gewesen sein, schuf jedoch ein politisch-moralisches Legitimationsdefizit der Zweiten Republik. Diese strategisch platzierte Opferthese nahm in einer Politik der Symbole (z. B. die hinzugefügten gesprengten Ketten des Bundesadlers) und in konkreten Maßnahmen im Umgang mit Opfern und Täter:innen, vor allem im Hinblick auf die Entschädigungs- bzw. Wiedergutmachungspolitik sowie die Entnazifizierungsmaßnahmen, Gestalt an. Die Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus wurde somit ausgeblendet. Diese Opferstrategie stand im krassen Widerspruch zur breiten begeisterten Zustimmung zum „Anschluss“ 1938, zur nachhaltigen Identifikation mit den Zielen der Deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und zur massiven Virulenz eines politisch forcierten aggressiven Antisemitismus.¹⁶⁵ Dass im endgültigen Staatsvertrag 1955, in Folge einer massiven Intervention des Außenministers Leopold Figl, nicht einmal mehr die Mitverantwortung am Krieg wie in Renners Unabhängigkeitserklärung erwähnt wurde, machte den Opfermythos endgültig zur österreichischen Lebenslüge.

Die Verwerfungen des nationalsozialistischen Terrors, das Trauma des Krieges, die völlig ruinierte Wirtschaft, die österreichische Mitverantwortung an Krieg und Nationalsozialismus und das Vorhandensein von hunderttausenden Geflüchteten (befreite KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter:innen, Kriegsgefangene etc.) prägten Renners Strategie der Rekonstruktion eines demokratischen Staatswesens sowie einer entsprechenden funktionstüchtigen Verwaltung und der Durchführung einer freien und gesamtösterreichischen Wahl. Das unmittelbare strategische Hauptziel Renners als Staatskanzler in den ersten Monaten nach dem Krieg war die Erreichung der Anerkennung der Bundesregierung und eine schnelle Nationalratswahl für das gesamte Staatsgebiet über die Grenzen der Besatzungszonen hinweg. Dafür oft kritisiert, schmeichelte Renner Stalin brieflich, dem „sehr geehrten Genossen“, um ihn jedoch über seine Strategie im Unklaren zu lassen. Er schrieb „seiner Exzellenz Marschall Stalin“ über seine eigenen

Vorteile: „[...] Ein weiterer Vorteil ist, daß ich als erster Kanzler der Republik Österreich mit den Modalitäten einer Staatsgründung wie mit der Errichtung einer öffentlichen Verwaltung vertraut bin und daher mir zutrauen kann, das Werk der Wiedererweckung Österreichs aufzugreifen und anzubahnen.“¹⁶⁶ Die brieflichen Schmeicheleien schienen bei Stalin Wirkung gezeigt zu haben, da es eigenhändige Anstreichungen dieser besonders gefälligen Passagen gibt.¹⁶⁷ Es muss jedoch festgehalten werden, dass Renner dennoch stets penetrant zur Schau stellend seine „West-Orientierung“ – auch gegenüber sowjetischen Militärs – demonstrierte. Sein Gespür für realpolitische Erfordernisse und das Ausreizen des Möglichen in den engen Grenzen des Faktischen wurde hier besonders sichtbar.

Am 27. April 1945 bildete Karl Renner mit der nunmehrigen ÖVP, der KPÖ und eben der SPÖ eine Konzentrationsregierung, die Regierung Renner IV. Diese bestand zunächst aus 29 Mitgliedern: elf SPÖ-, neun ÖVP- und sieben KPÖ-Vertreter:innen (darunter eine Frau), wobei jedem Staatssekretär jeweils ein Unterstaatssekretär der anderen beiden Parteien zugeteilt war. Hinzukamen zwei Parteilose. Diese aufwendige Architektur folgte der Logik des Staatskanzlers, um einen allgemeinen Machtausgleich und eine Einrahmung der kommunistischen Regierungsmitglieder zu erreichen. Außerdem wur-



Karl Renner spricht mit Pressevertretern nach seiner Ankunft in Wien, am 19. April 1945



**Karl Renner bei einer Wahlkampfveranstaltung
im November 1945**

de die Größe der Provisorischen Staatsregierung auch damit begründet, dass sie in sich Gesetzgebung und Vollziehung vereinte.

Karl Renner gelang es nun auch Zug um Zug die Skepsis der Westalliierten gegenüber seiner Person und Rolle als Staatskanzler abzubauen. Dieses Misstrauen gegen ihn bestand seit dem Erscheinen der Unabhängigkeitserklärung. In dieser sahen vor allem Großbritannien und die USA einen Bruch der Abmachungen mit der Sowjetunion und Renner fortan als sowjetischen Satelliten. Die Zweifel am Republikonstrukteur Renner wurden u. a. auch vom Sohn des letzten Kaisers, Otto Habsburg, genährt, der dem US-amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman als „Otto of Austria“ einen Brief mit Warnungen gegen Renner und seine Regierung sandte. Mittels „Länderkonferenzen“ – wie 1918/19 – und der Berufung des Tiroler ÖVP-Politikers und strikten Antikommunisten Karl Gruber in seine Regierung, zerstreute Renner auch das Misstrauen der westlichen Bundesländer. Ebenso versuchte er sofort, die alte Feindschaft zwischen katholischer Kirche und sozialdemokratischer Arbeiter:innenbewegung abzubauen. Der Kirchenskeptiker Renner, der mit dem Thema Religion zeitlebens gerne in Ruhe gelassen werden wollte, entschloss sich gemeinsam mit dem damaligen Staatssekretär Leopold Figl am 9. Mai 1945 eine Messe mit Te Deum in der Wiener Peterskirche zu besuchen; der symbolträchtige Stephansdom selbst war noch schwer beschädigt. Zelebriert wurde die Messe vom „Anschluss“-Befürworter Erzbischof Theodor Innitzer. So war der

„Versöhnler“ Renner nun auch der Richtige, um die Klüfte zwischen den beiden großen politischen Lagern zu überbrücken. Alles in allem ist es als Karl Renners Lebensleistung anzusehen, dass Österreich eine Teilung des Landes, wie es in Deutschland geschehen sollte, erspart blieb. In all diesem Austarieren, Biegen und Sichverbiegen und dennoch die eigene Strategie durchziehend, zog er schließlich den Ärger Stalins und der Sowjets auf sich, die ab Herbst 1945 seine nun offensichtlich funktionierende Doppelstrategie erkannten. Das schlechte Wahlergebnis der KPÖ bei der Novemberwahl war schlussendlich sehr ernüchternd für Moskau. Stalin soll Renner schließlich einen „gerissenen Wolf“ genannt haben.¹⁶⁸ Ab Ende 1945 wurde gegen ihn kampagnisiert, erfolglos, da er bereits am 20. Dezember 1945 von der nun demokratisch legitimierten Bundesversammlung zum Bundespräsidenten der Republik Österreich gewählt wurde. Auf Basis der geschaffenen Strukturen bei der Republikgründung 1918 gelang ein erfolgreicher, gleichsam „zweiter Versuch“, einen funktionierenden Staat, eine stabile Demokratie und ein friedliches Gemeinwesen auf Basis von Konkordanz und Proporz zu etablieren. Renners Leistungen und sein Beitrag zur Wiedererrichtung der Republik 1945 sind bemerkenswert und nachhaltig. Dabei orientierte er sich an den Grundstrukturen der Verfassung aus dem Jahr 1920 und an seinen Erfahrungen von 1918/19. Damit wollte er aus strategischen Gründen die Kontinuität der österreichischen Republik sichtbar machen, um ihre Wiedererrichtung in den Grenzen vor 1938 als geeintes Land zu forcieren. Die Bezeichnung bzw. Zählweise „Zweite Republik“ und die Nummerierung der provisorischen Regierung als „Regierung Renner IV“ gehen ebenso auf ihn zurück, eine Zählweise die von allen Beteiligten schrittweise übernommen wurde.

Der Preis dafür war jedoch die parteiübergreifend von politischen Eliten und somit auch von Renner mitinitiierte strategische Linie der Opferthese, die weitgehende Ausblendung der Mitverantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Ebenso wurde von den ersten Bundesregierungen nach 1945 die Restitutionsfrage in Bezug auf das jüdische Eigentum „in die Länge gezogen“. ¹⁶⁹ Stattdessen wurde unter Federführung Renners, dessen strategisches Ziel es war, ein Ende der Besatzung zu erreichen, im Umgang mit den Alliierten das Geschichtsbild etabliert, das Österreich eben ausschließlich als Opfer sah.

Damit verbunden, diente das etablierte Argument „Österreicher, aber kein Österreich“ oft als Abwehrstrategie in Bezug auf die Shoah und die Entschädigungspolitik vor allem gegenüber den jüdischen Opfern; eine Strategie, die sicherlich auch den noch immer wirksamen und verwurzelten antisemitischen Ressentiments in den Parteien – auch der SPÖ und einzelner ihrer Repräsentant:innen – und der Angst vor der Mobilisierungskraft des virulenten Antisemitismus in Österreich geschuldet war. Umfragen, die von der US-Besatzungsmacht zwischen 1947 und 1949 in den städtischen Zentren ihrer Zone Wien, Linz und Salzburg durchgeführt wurden, offenbarten die Konservierung antisemitischer und rassistischer Tendenzen in der österreichischen Öffentlichkeit über die nationalsozialistische Zeit hinaus. Im Jahr 1948 bekannten sich 2 Prozent in Linz, 2,3 Prozent in Wien und 2,4 Prozent in Salzburg zur Aussage, „den Juden ist es unter den Nazis ergangen, wie sie es verdienen“. Der Aussage „die Nazis sind in der Behandlung der Juden zu weit gegangen, aber irgendetwas mußte geschehen, um sie in die Schranken zu weisen“ stimmten erschreckende 43,8 Prozent in Wien, 51,2 Prozent in Linz und 50 Prozent in Salzburg zu. Der dritten Aussage, in der die nationalsozialistische „Judenpolitik“ als in keiner Weise gerechtfertigt bezeichnet wurde, stimmten in Wien 54 Prozent, in Linz 33,4 Prozent und in Salzburg nur 28 Prozent zu.¹⁷⁰

Der Umgang der österreichischen Bundesregierungen und anderer maßgeblicher Institutionen mit dem Schicksal der jüdischen Opfer und Vertriebenen erfolgte durch die Regierenden aller Ebenen absichtlich ignorant bis abweisend und bleibt ein Schatten auf der erfolgreichen Wiedererrichtung der Republik Österreich; ein dunkler Schatten auch auf Renners Leistungen dieser Tage, denn angesichts der verheerenden Gesamtlage Österreichs stellte er strategische Überlegungen über die Restitutionsfrage. Angesichts der schwierigen Gesamtsituation und der Versorgungs- und Wohnungsnot des Jahres 1945 wurden alle moralischen und materiellen Verpflichtungen gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus – vor allem den jüdischen – in den Hintergrund gedrängt.

Renners Hang, im Sinne der „kleinen Leute“ zu agieren und sich in die Mentalität der „kleinen Leute“ hineinzusetzen, die sich – mit seinen Worten – „nichts zuschulden haben kommen lassen“, ist in



Wahlplakat der SPÖ für die Nationalratswahl am 25. November 1945

den ersten Monaten nach dem Zweiten Weltkrieg auch einem weitgehenden Entgegenkommen gegenüber ehemaligen minderbelasteten Nationalsozialist:innen und Mitläufer:innen gleichzusetzen: „Ich finde, daß wir in bezug auf die Behandlung des Naziproblems in eine kritische Situation kommen. [...] Aber die Sache ist nach meinem Gefühl doch so, daß alle diese kleinen Beamten, diese kleinen Bürger und Geschäftsleute bei dem seinerzeitigen Anschluß an die Nazi gar nicht weittragende Absichten gehabt haben – höchstens, daß man den Juden etwas tut – vor allem aber nicht daran gedacht haben, einen Weltkrieg zu provozieren. Wenn nun diese Leute schwer bestraft werden und ihre Stellung verlieren, so appellieren sie an das Mitleid und das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen und es kann sein, dass die Stimmung umschlägt und dies um so mehr, als fast keine Familie, auch keine sozialistische Arbeiterfamilie – ich gebrauche dieses Wort für sozialdemokratisch und kommunistisch – die nicht in der näheren oder ferneren Verwandtschaft Leute hat, die mit den Nationalsozialisten mitgegangen sind.“¹⁷¹ Dies wurde besonders im Umgang mit ehemaligen Parteimitgliedern der SDAP, die im „Dritten Reich“ der NSDAP beitraten



Karl Renner prägte das Bild der Alliierten als „vier Elefanten“ in einem kleinen Ruderboot, um Druck für eine Beschleunigung der Staatsvertragsverhandlungen zu erzeugen. Federzeichnung Alfred Kubins mit Widmung, 1947

bzw. mit ihr sympathisierten, relevant. Ebenso wurde die anfängliche Generallinie der SPÖ, rigoroser gegen Nationalsozialist:innen vorzugehen, nach der ersten Nationalratswahl am 25. November 1945 aufgeweicht, da das gute Abschneiden der ÖVP (49,8 Prozent) derem „weichen“ und „nachsichtigen“ Umgang mit diesem Thema zugeschrieben wurde. Ebenso wurde in Folge allgemein angenommen, dass die Mehrheit der Wahlberechtigten somit für eine „milde“ Form der Entnazifizierung eintrat, die sich gegen hohe Funktionär:innen der NSDAP und jene, die Verbrechen begangen hatten, richten sollte, für andere involvierte Personengruppen jedoch keine Konsequenzen nach sich ziehe;¹⁷² empirische Daten für dieses Dafürhalten gab es keine. Immer zaghafter erfolgte ab der Novemberwahl 1945 die „Entnazifizierung“.

Karl Renner fasste in seiner Abschiedsrede im Parlament, am 19. Dezember 1945, die Strategie der Politik seiner provisorischen Regierung programmatisch zusammen. Darin wurden die Konstruktion des Opfermythos, aber auch die großen Leistungen und Kraftanstrengungen für einen friedlichen und erfolgreichen Neuanfang verwoben: „Österreich war seit 1938 ein Volk ohne Namen, ein Volk ohne Staat, ohne irgendein Gemeinschaftsorgan. Es konnte sich nicht selbst befreien und also ist es den alliierten Heeren, ihren kühnen Soldaten und siegreichen

Heerführern, allen anderen voran der Roten Armee, zum Danke verpflichtet. (Lebhafter Beifall.) Es mußte das Schwert zuerst die fesselnde Kette zerschlagen, bevor wir unsere Glieder rühren konnten. Die Kette zersprang, und Österreich stand auf, in allen seinen Dörfern und Märkten, Landstädten und Landeshauptstädten, und vor allem in seiner Hauptstadt Wien, es stand auf, um sich vor allem das Instrument zu geben, ohne das eine Volksgesamtheit niemals wirksam handeln kann, das Instrument eines selbständigen Staates. Ohne das Instrument des Staates hat bei der Wucht der heutigen Herrschaftsmittel jedes, auch manch großes Volk sich hilflos erwiesen. Diese Aufgabe zu erfüllen, war das nächste materielle Ziel der Provisorischen Regierung. Ihr nächstes moralisches Ziel aber war „die geistige Wiedererhebung unseres Volkes, seine Wiederbesinnung auf sich selbst.“¹⁷³

Als Bundespräsident trachtete Karl Renner immer tunlichst danach als überparteilich zu gelten und eine aktive Rolle zu spielen. Vor allem im Bestreben, einen Staatsvertrag und schlussendlich die völlige Souveränität zurückzuerlangen, bemühte er sich federführend um die Mitgliedschaft Österreichs bei den Vereinten Nationen und die „Neutralisierung Österreichs“. Nach 1945 griff er seine alte Idee von 1920 wieder auf und legte einen Pfad, der maßgeblich zur Ausbildung eines österreichischen Nationalbewusstseins beitragen sollte.

Ein letztes Projekt, das Renner umtrieb und das er zu Lebzeiten nur unvollendet realisieren konnte, war das Einrichten eines Museums der Ersten und Zweiten Republik. Als Schaustücke wollte Renner unter anderem Gemälde der Bundespräsidenten und -kanzler „ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und sonstige Bestrittenheit und Unbestrittenheit“. Die Bilder sollten jedoch nicht nur an Personen, sondern auch an die „markantesten Vorgänge“ in der österreichischen Geschichte erinnern. In einem Brief an Bundeskanzler Figl skizzierte er seine Vorstellungen: „Ich denke zunächst an drei Säle: den Saal der ersten Republik, den Saal der Katastrophe (Annexion, Weltkrieg) und den Saal der Wiedererhebung.“¹⁷⁴ Die große Idee, diese „Lieblingsschöpfung“ des Bundespräsidenten, schaffte es, bis zur völligen Einstellung unter Bundespräsident Adolf Schärf, jedoch nur auf mickrige dreiundvierzig Exponate in einem Schauraum im Leopoldinischen Trakt der Wiener Hofburg. Der Weg zu einem zumindest basalen gemeinsamen überparteilichen Geschichtsbild der Entwicklung der Republik, schien den beiden Großparteien doch zu viel Kompromissbereitschaft abzuverlangen – zum Teil bis heute.

Trotz alledem oder gerade deswegen, war Karl Renner 1945 „Österreichs rechter Mann zur rechten Zeit am rechten Ort“¹⁷⁵ und wurde erneut der strategische Kopf und die ordnende Hand für die Wiedererrichtung der österreichischen Republik. Diese historische Last und Chance, zweimal Konstrukteur einer Republik zu werden, ist nur sehr wenigen Politiker:innen zuteil geworden. Seine politische Bedeutung für die Zeitgenoss:innen zeigte sich auch symbolisch nach seinem Tod. Die Frage der Beisetzung des Bundespräsidenten führte zu einem ideologischen und geschichtspolitischen Streit zwischen den beiden Großparteien. Am 6. Jänner 1951 fand durch sein Ableben das erste Staatsbegräbnis der jungen Zweiten Republik statt. Renner wurde nach seiner Aufbahrung im Wiener Rathaus auf dem Zentralfriedhof vor der Lueger-Kirche beigesetzt. Ein demonstratives Kreuzzeichen des ÖVP-Unterrichtsministers Felix Hurdes beim Defilieren vor dem Grab wurde zur Staatsaffäre und offenbarte einen angeblichen Streit zwischen SPÖ und ÖVP. Dieses Kreuzzeichen, das Eingang in die mediale Berichterstattung fand, war auch das einzige religiöse Zeichen während der Feierlichkeit, da auch auf das Läuten der Kirchenglocken verzichtet wurde. Die Katholische Aktion Österreich ließ daraufhin wissen, dass



Karl Renner mit Leopold Figl und Theodor Innitzer bei der gemeinsamen Messe anlässlich des Endes des Zweiten Weltkriegs

es um den „Taufscheinkatholiken“ Renner ein heftiges Tauziehen zwischen Schwarz und Rot gegeben habe: „Von kirchlicher Seite wurde der Versuch unternommen, ein kirchliches Begräbnis zu erreichen. Vizekanzler Dr. Schärf hingegen wollte die Verbrennung der Leiche veranlassen, was durch Bundeskanzler Ing. Figl verhindert wurde. Die Witwe des Bundespräsidenten zeigte sich nicht geneigt, ein kirchliches Begräbnis zuzulassen, hätte sich aber wahrscheinlich umstimmen lassen. Die Tochter zeigte sich einem kirchlichen Begräbnis gegenüber positiv eingestellt (Witwe und Tochter sind altkatholisch).“¹⁷⁶ Dies wurde wieder von Vizekanzler Adolf Schärf scharf zurückgewiesen und er gab zu Protokoll, dass Renner ausdrücklich eine Verbrennung gewünscht hätte. Schließlich mischte sich auch noch die Amtskirche ein, um festzuhalten, dass solche Fragen und persönliche Entscheidungen nicht öffentlich diskutiert werden sollten. Zu guter Letzt führte der Tod des Bundespräsidenten zu einer Verfassungsdiskussion, weil Renner eigentlich wider die Verfassung nicht direkt vom Volk, sondern von der Bundesversammlung gewählt wurde. Die nun anstehende Volkswahl des neuen Bundespräsidenten provozierte Ängste, dass der Wahlkampf das österreichische Volk spalten könnte. Er tat es nicht. Der zum zweiten Mal „jungen“ Republik gelang nun der Weg hin zu einer funktionierenden und schließlich stabilen Demokratie.

Ein vorläufiger Abschluss



Eine SPÖ-Wandzeitung aus dem Jahr 1955 erinnerte an die Leistungen Karl Renners für die Erlangung des Staatsvertrages

Diejenigen, die sich mit Karl Renner beschäftigen, werden in all den Widersprüchen und Wendungen seines politischen Lebens, aber auch durchgängigen Linien viel Kluges und Richtiges und/oder viel Kritisierbares und Diskussionswürdiges finden. Zeit seines Lebens wurde er als politischer Mensch anerkannt, bewundert, aber auch kritisiert und sogar verachtet. Das Panorama der Bewertungen Renners war und ist bis heute weit. Ob ihn ein Friedrich Adler bereits 1917 einen „Lueger der Sozialdemokratie“ schimpfte oder Bruno Kreisky sich 1979 als „Schüler und Jünger des großen Staatsmannes Dr. Karl Renner“¹⁷⁷ bezeichnete, diese Breite spricht für eine vielschichtige Persönlichkeit mit einem umfangreichen Werk in politischer Praxis und Theorie, in einer für Österreich schweren historischen Phase. Ein Letzturteil über den Konstrukteur der Republik muss schließlich jeder und jede für sich selbst treffen.



Schaulustige Menschenmassen drängten sich bei Karl Renners Staatsbegräbnis vor dem Parlament

Dabei wird das persönliche Grundverständnis des Politischen – was es kann, was es soll und was es darf – entscheidend sein. Karl Renner hat diese Fragen für sich sehr eindeutig beantwortet, wie er 1930 (wieder einmal) bekannte: „Praktische Politik kann mit Erfolg nicht gemacht werden nach historischen Analogien und theoretischen Kategorien, sondern nur in sorgfältigster Beobachtung dessen und klügender Anpassung an das, was am Orte und zur Stunde jeweils ist. [...] Zunächst aber, meine ich, haben wir dem Tag zu dienen.“¹⁷⁸ Dieses Sprachbild von der Anpassung an die normative Kraft des Faktischen „zur Stunde und zum Ort“ findet sich in seinen Reden über die Jahrzehnte hinweg immer wieder.

Dennoch hat er als in Verantwortung stehender Politiker immer versucht, aus dem vermeintlich Notwendigen ein vermeintliches Maximum an Möglichem herauszuholen. Vielleicht sehen politische Helden in unseren idealisierten Vorstellungen anders aus, aber die Geschichte Österreichs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit ihren Brüchen, ihrem Scheitern und mitverursachten Katastrophen ist per se auch keine Heldengeschichte – aber zum Glück im Endeffekt eine Erfolgsgeschichte und dazu

hat Karl Renner herausragend viel beigetragen. Das soll in seinen Schatten ausgeleuchtet, aber in seiner großen Leistung gewürdigt werden.

Eine Beschäftigung mit dieser zentralen österreichischen politischen Gestalt wird weiterhin, jenseits einer Heils- und einer Verdammungsgeschichtsschreibung, notwendig sein, will man sich nicht eines zentralen Schlüssels zum Verständnis der Geschichte der Republik Österreich und nicht eines herausragenden Symbols der sozialdemokratischen Leistungen für dieses Land berauben. Daher wird über Karl Renner immer wieder partei- und geschichtspolitisch gestritten werden, wie es einer demokratisch-republikanischen Gedenkkultur gut ansteht.



Bruno Kreisky bei der Eröffnung des Karl Renner-Museums in Gloggnitz, 1979

Die Ambivalenz Karl Renners

Nachwort von Anton Pelinka

„Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus ... Wir kämpfen gegen die Zersetzung unseres Volkes durch liberal-kapitalistische Wirtschaftsgestaltung.“ Ist dieser Text einem Aufruf der „Roten Armee Fraktion“ aus den Jahren um 1980 entnommen? Oder ist er ein Programmpunkt maoistischer Sektierer? Nein, diese Passage ist Teil des „Korneuburger Eides“, den die „Führer“ der österreichischen Heimwehren 1930 ablegten. Unter diesen „Führern“: Julius Raab, Bundeskanzler der Republik Österreich 1953 bis 1961.

Raab war 1930 ein expliziter Gegner der Demokratie, wie sie das Bundes-Verfassungsgesetz 1920 formuliert hatte. Soll deshalb die Julius Raab Stiftung umbenannt werden? Oder soll das Karl von Vogelsang Institut sich nicht mehr so nennen dürfen, weil Vogelsang zu den prominentesten, zu den expliziten Antisemiten seiner Zeit gehört hatte?

Karl Renner war ein flexibler Realpolitiker. Sein Pragmatismus führte dazu, dass er 1917 sich der k.k. Regierung nützlich zu machen versuchte – um aus dem Kaiserreich Österreich einen demokratischen Vielvölkerstaat zu machen, der (hoffnungslos verspätet) als Konzept 1918 nochmals auftauchen sollte: die „Vereinigten Staaten von Groß-Österreich“. Renners Pragmatismus überschritt auch gelegentlich die Grenzen demokratischer Respektabilität: Als er im April 1938 mit seiner Befürwortung des „Anschlusses“ sich Hitler und im April 1945 mit einem Brief sich Stalin anbot. Freilich: Im Frühjahr 1938 hatte (fast) die ganze Welt den „Anschluss“ als scheinbar irreversibel akzeptiert; und im Frühjahr 1945 schien die Sowjetunion den Schlüssel zu Österreichs Zukunft zu haben.

Renners Pragmatismus steht nicht im Widerspruch, aber in einem Spannungsverhältnis zu seinen Leistungen: Die Gründung der Republik, 1918, und deren 1920 beschlossene Verfassung wurden wesentlich von ihm beeinflusst – wie erst recht die Bildung der Provisorischen Staatsregierung und die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945. Zu Renners Leistungen zählt auch, dass er ein Pionier der Rechtssoziologie war, die „das Recht“ nicht als dogmatische Norm, sondern als Produkt des gesellschaftlichen Wandels begriff.

Aber war Renner Antisemit? Die Antwort ist nein, wenn man diese Frage im Kontext der Zeit beantwortet. Renner spielte zwar in seiner politischen Rhetorik mit antijüdischen Stereotypen. Wenn das Antisemitismus ist, dann war Karl Kraus, der schärfste Kritiker des Nationalsozialismus im Österreich der 1930er Jahre (und selbst „Jude“), erst recht Antisemit – ganz zu schweigen von den Bischöfen der Katholischen Kirche in Österreich, jedenfalls bis 1945. Und: Die gesamte Führung der Christlichsozialen Partei, allen voran Leopold Kunschak (der namens der Österreichischen Volkspartei 1945 die Unabhängigkeitserklärung unterzeichnete), war durch und durch antisemitisch.

Renners Privatleben entsprach jedenfalls in nichts dem, was den Vorwurf von Antisemitismus gerechtfertigt hätte. Renners Tochter war mit einem (im Sinne der Nürnberger Gesetze) „Juden“ verheiratet. Renner half 1938 seinem Schwiegersohn bei dessen Emigration ins britische Exil. Davor und danach hatten Schwiegervater und Schwiegersohn ein offenkundig unkompliziertes Verhältnis zueinander.

Freilich, Renner war Zeit seines Lebens auffallend unsensibel für Antisemitismus. Diesen Mangel teilte er mit der gesamten Führung der Sozialdemokratie – der „Judenhass“ war der Linken intellektuell ganz einfach zu dumm, um ihn ernst zu nehmen. Das war eine tragische Fehleinschätzung. Das war aber für sich genommen nicht antisemitisch. „Unsensibel“ für antijüdische Vorurteile war die Gesellschaft insgesamt – in der Tradition des „christlichen Abendlandes“; und nicht nur in Österreich.

Karl Renner war als Politiker nicht perfekt. Aber das war Julius Raab ebenso wenig. Die Widersprüche bei Renner und bei Raab aufzuzeigen, das macht Sinn – auch, weil die Demokratie keine quasireligiösen, keine fehlerlosen Führerfiguren brauchen kann. Renner zu kritisieren, das ist nicht nur möglich, das ist notwendig. Aber ihn in einer bilder- und denkmalstürmerischen Wut zu einer Negativperson zu machen, das ist unhistorisch; und vor allem ist es ganz einfach Unsinn. Denn einer solchen Wut würden alle Schlüsselpersonen der demokratischen Republik Österreich zum Opfer fallen. Die demokratische Republik würde ihrer Widersprüchlichkeit beraubt; der Widersprüchlichkeit, die zu begreifen eine Voraussetzung für das Verstehen von Demokratie ist. Renners Vielschichtigkeit ist die Vielschichtigkeit der Demokratie. Eben diese Vielschichtigkeit macht Michael Rosecker deutlich.

Anton Pelinka

26. Oktober 2020



Zurückgezogen in Gloggnitz, unter Beobachtung der Gestapo, verfasste Karl Renner in Anlehnung an Lukrez das umfassende Versepos „Das Weltbild der Moderne“, das posthum 1954 erschien

Anmerkungen

- 1) Arbeiterzeitung, 06.01.1951 und <http://mediawien-film.at/film/455/>
- 2) <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1951v04p2/d1>
- 3) Leo Trotzki: Die Geschichte der russischen Revolution. Oktoberrevolution (Essen 2010) S. 351
- 4) Tagesbericht des Stabes der 103. Gardeschützendivision der 3. Ukrainischen Front. Zitiert nach: Wolfgang Müller: Stalin, Renner und die Wiedergeburt Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Vierteljahresheft für Zeitgeschichte, 1/2006, S. 136
- 5) Vgl.: Richard Saage: Der erste Präsident. Karl Renner – eine politische Biografie (Wien 2016) S. 29 f.
- 6) Karl Renner: An der Wende zweier Zeiten (Wien 1946) S. 129
- 7) Vgl.: Siegfried Nasko: Karl Renner. Zu Unrecht umstritten? Eine Wahrheitssuche (Salzburg/Wien 2016) S. 20
- 8) Renner: An der Wende, S. 290
- 9) Ebd.: S. 203 f.
- 10) Ebd.: S. 241
- 11) Nasko: Zu Unrecht umstritten? S. 24
- 12) Ebd.
- 13) Zitiert nach: Manfred Pils: Karl Renner und die Naturfreunde, in: Naturfreunde Internationale (Hg.): Karl Renner – Naturfreund und Europäer (Wien 2008) S. 26
- 14) Siegfried Mattl: Einleitung, in: Raimund Löw/Siegfried Mattl/Alfred Pfabigan: Der Austromarxismus. Eine Autopsie (Wien 1986) S. 5
- 15) Vgl.: Friedrich Stadler: Spätaufklärung und Sozialdemokratie in Wien 1919–1938, in: Franz Kadrnoska (Hg.): Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938 (Wien 1981) S. 441–474 und Günther Sandner: Der Austromarxismus und die Wiener Moderne, in: Andreas Fisahn/Thilo Scholle/ Ridvan Ciftci (Hg.): Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus (Baden-Baden 2018) S. 111–123
- 16) Vgl.: Sandner: Austromarxismus. S. 115
- 17) Otto Bauer: „Austromarxismus“, Arbeiterzeitung, 02.11.1927
- 18) Wolfgang Göderle: Zensus und Ethnizität. Zur Herstellung von Wissen über soziale Wirklichkeiten im Habsburgerreich zwischen 1848 und 1910 (Göttingen 2016) S. 28 und Elena Mannová/Josef Tancer: Mehrsprachigkeit. In: Johannes Feichtinger/Heidemarie Uhl: Habsburg neu denken. Vielfalt und Ambivalenz in Zentraleuropa (Wien/Köln/Weimar 2016) S. 136
- 19) Simon Handler: Feindschaften, in: Feichtinger/Uhl: Habsburg neu denken. S. 62 f.
- 20) Göderle: Zensus, S. 221
- 21) Rudolf Springer (= Karl Renner): Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat, Teil I (Wien 1902) S. 56
- 22) Karl Renner: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in besonderer Anwendung auf Oesterreich (Leipzig/Wien 1918) S. 7.
- 23) Ebd.
- 24) Synopticus (= Karl Renner): Staat und Nation (Wien 1899) S. 29
- 25) Zitiert nach: Peter Robert Risbeck: Österreichische Sozialdemokratie und Nationalitätenfrage. Der Beitrag von Otto Bauer und Karl Renner zum Minderheitenrecht (Mainz 1995) S. 100
- 26) Renner: Selbstbestimmungsrecht, S. 45
- 27) Springer: Der Kampf, S. 65
- 28) Ebd.
- 29) Karl Renner: Organisation der Welt, in: Der Kampf, 3. Jg./1910, S. 327
- 30) Arbeiterzeitung, 21.10.1915, S. 1
- 31) Karl Renner: Marxismus, Krieg und Internationale (Wien 1917)
- 32) Zitiert nach: Günther Steiner: „Wieder Teil der Weltgemeinschaft sein ...“ – Österreichs Beitrittsprozess zu den Vereinten Nationen 1945–1955. Online veröffentlicht, 17. Dezember 2013: <https://doi.org/10.7767/dug.2010.1314.1.353>

- 33) Karl Renner: „Die ideologische Ausrichtung der Politik Österreichs“, in: Wiener Zeitung, 19.01.1947
- 34) Anhang A1–A7, S. 1.242–1.247, in: Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VII, Verfassung und Parlamentarismus (Wien 2000)
- 35) Vasilij Melik: Wahlen im alten Österreich am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung (Wien/Köln/Weimar 1997) S. 146
- 36) Zitiert nach: Saage: Renner, S. 67
- 37) Ebd.: S. 69
- 38) Arbeiterwille, 15.05.1907 und Christlich-soziale Arbeiter-Zeitung, 18.05.1907
- 39) Der christlichsoziale Otto Ender fürchtete, dass in kleinen Gemeinden dadurch Gemeindevertretungen entstehen könnten, die ausschließlich mit Frauen besetzt seien. Siehe: Protokolle des Ministerrats der Ersten Republik. Band 1 (Wien 2018) S. 504 f.
- 40) Der christlichsoziale Vertreter Wilhelm Miklas in der Sitzung des Staatsrates am 11. November 1918. Siehe: Der österreichische Staatsrat. Protokolle des Vollzugausschusses des Staatsrates und des geschäftsführenden Staatsdirektoriums, Band 1 (Wien 2008) S. 355
- 41) Vgl.: Birgitta Bader-Zaar: Die Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung, in: Parlamentsdirektion (Hg.): Umbruch und Aufbruch. Parlamentarische Demokratie in Österreich (Wien 2019) S. 18 f.
- 42) Der österreichische Staatsrat, S. 355
- 43) Stenographisches Protokoll der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung der deutschen Abgeordneten, am 21. Oktober 1918, S. 7
- 44) Jura Soyfer: So starb eine Partei. Prosa, in: Horst Jarka (Hg.): Werkausgabe (Wien 2002) S. 126
- 45) Deutscher Reichsanzeiger und Königlich Preußischer Staatsanzeiger, Berlin, 09.11.1918, S. 1
- 46) Der österreichische Staatsrat, S. 348
- 47) Karl Renner, Was ist Deutschösterreich?, in: Vorwärts, 26.10.1918
- 48) Zitiert nach: Arbeiterzeitung, 28. Dezember 1918 und vgl.: Thomas Olechowski: Hans Kelsen. Biografie eines Rechtswissenschaftlers (Tübingen 2020) S. 239 ff.
- 49) Vgl.: Walter Rauscher: Karl Renner. Ein österreichischer Mythos (Wien 1995) S. 127
- 50) Karl Renner formulierte diesen Grundkonsens der Republik im Staatsrat vom 11. November 1918 folgendermaßen: „Der Staatsrat ruht auf einer Koalition des Bürgertums, des Bauernstandes und der Arbeiterschaft, um uns aus der Katastrophe zu führen.“ Zitiert nach: Der österreichische Staatsrat, S. 348
- 51) Ebd.: S. 350
- 52) Vgl.: Walter M. Iber: „... eines der Länder, welche den aller mittelmäßigsten finanziellen Rufe der Welt haben.“ Währung und Staatsfinanzen in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg, in: Stefan Karner/Gerhard Botz/Helmut Konrad (Hg.): Epochenbrüche im 20. Jahrhundert (Wien/Köln/Weimar 2017) S. 61
- 53) Zitiert nach Gerhard Jelinek: Neue Zeit 1919. Ein Jahr zwischen Hoffnung und Entsetzen (Wien 2019) S. 15
- 54) Verena Pawlowsky/Harald Wendelin: Die Wunden des Staates. Kriegsoffer und Sozialstaat in Österreich 1914–1938 (Wien/Köln/Weimar 2015) S. 13
- 55) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreich im Jahre 1919 (Wien 1919) S. 232 ff.
- 56) Stenographisches Protokoll der 74. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich. Mittwoch, den 21. April 1920, S. 3–4
- 57) Stenographisches Protokoll der 122. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, am 12. März 1930, S. 3496
- 58) Zitiere nach: Robert Kriechbaumer (Hg.): „Dieses Österreich retten ...“ Protokolle der christlichsozialen Parteitage in der Ersten Republik (Wien/Köln/Weimar 2006) S. 156
- 59) Vgl.: Olechowski: Hans Kelsen, S. 279
- 60) Le Pais de France, 24.05.1919
- 61) Lorenz Mikoletzky: Saint Germain und Karl Renner. Eine Republik wird diktiert, in: Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaner (Hg.): ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Republik, Bd. 1 (Wien 2008) S. 179

Anmerkungen

- 62) Stenographisches Protokoll der 21. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich, am 7. Juni 19, S. 527
- 63) Zitiert nach: Der Staatsvertrag von St. Germain samt Begleitnote vom 2. September 1919 und einem alphabetischen Nachschlageverzeichnis (Wien 1919) S. III
- 64) Mikoletzky: Saint Germain, S. 186
- 65) Michael Rosecker: Großräume und Kleinstaat – Karl Renner zwischen vereinigt (Mittel-)Europa und Großdeutschland am Ende des Ersten Weltkrieges, in: Stefan Karner: Die umkämpfte Republik. Österreich 1918–1938 (Innsbruck/Wien/Bozen 2017) S. 296
- 66) Stenographisches Protokoll der 74. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung, am 21. April 1920, S. 2158
- 67) Robert A. Kann: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918. Bd. 2: Ideen und Pläne zur Reichsreform. Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost, Bd. 5 (Graz/Köln 1965) S. 290
- 68) Stenographisches Protokoll 74. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung, am 21. April 1920, S. 2157
- 69) Anton Pelinka: Die gescheiterte Republik: Kultur und Politik in Österreich 1918–1938 (Wien 2018)
- 70) Zum Antisemitismus in der Ersten Republik siehe: Gertrude Enderle-Burcel/Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.): Antisemitismus in Österreich 1933–1938 (Wien 2018) und Herbert Rütgen: Antisemitismus in allen Lagern. Publizistische Dokumente zur Ersten Republik Österreich 1918–1938 (Dissertation, Graz 1989)
- 71) Richtlinien deutscher Politik. Programmatische Grundlagen der Großdeutschen Volkspartei (Wien 1920) S. 44 ff.
- 72) Vgl.: Wahlmanifest der christlich-sozialen Reichspartei 1907, zitiert nach: Berchtold, Klaus (Hrsg.): Österreichische Parteiprogramme 1868–1966 (Wien 1967) S. 174
- 73) Flugblatt: Wahlprogramm zur Wahl der konstituierenden Nationalversammlungen am 16. Februar 1919, Sammlung Michael Rosecker
- 74) Richard Schmitz: Das christlich-soziale Programm. Mit Erläuterungen (Wien 1932) S. 67 f.
- 75) Der österreichische Staatsrat, S. 360
- 76) Dazu: Wolfgang Rosar: Deutsche Gemeinschaft. Seyß-Inquart und der Anschluss (Wien 1971) und Andreas Huber/Linda Erker/Klaus Taschwer: Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg (Wien 2020)
- 77) Zitiert nach: Anton Staudinger: Christlichsoziale Judenpolitik in der Gründungsphase der österreichischen Republik, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1978, S. 32
- 78) Stenographisches Protokoll der 78. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich, am 29. April 1920, S. 2.379 ff.
- 79) Reichspost, 24.10.1920
- 80) Der Kampf, 01.10.1908
- 81) Die Wahrheit, 01.12.1920
- 82) Stenographisches Protokoll der 24. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, am 10. März 1921, S. 826
- 83) Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Nr. 12.828. (A.), 09.06.1921
- 84) Flugzettel der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1923, Sammlung Michael Rosecker
- 85) Christoph Hinteregger: Der Judenschwindel (Wien 1923)
- 86) Kikeriki, 21.12.1930
- 87) Freie Stimmen, 31.03.1927
- 88) Protokoll des Parteitages 1920, S. 99
- 89) Vgl.: Katharina Kniefacz: Zeitungswissenschaft in Wien 1900–1945. Die Institutionalisierung im Kontext der deutschsprachigen Fachentwicklung (Diplomarbeit, Wien 2008) S. 70 f.
- 90) Vgl.: Siegfried Nasko/Johannes Reichel: Karl Renner. Zwischen Anschluß und Europa (Wien 2000) S. 139
- 91) Arbeiterzeitung, 30.09.1899, S. 3

- 92) Karl Renner. Die Wirtschaftsdemokratie. Die Genossenschaften, in: Der Kampf: 1926/12, S. 530 und vgl.: Saage: Renner, S. 175
- 93) Karl Renner: Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung (Berlin 1924) S. 26 f.
- 94) Vgl.: Nasko/Reichl: Karl Renner, S. 147
- 95) Anton Heinzl: Vermögensentzug zwischen 1934 und 1938 sowie die Frage der Rückgabe am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (Diplomarbeit, Wien 2008) S. 22
- 96) Vgl.: Saage: Renner, S. 98 f.
- 97) Karl Renner: Antimarxismus und Marxismus, in: Der Kampf, 1933/Heft 3/4, S. 1
- 98) Richard Saage: Karl Renners Version des „Austromarxismus“, in: Andreas Frisahn/Thilo Scholle/Ridvan Ciftci (Hg.): Marxismus als Wissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus (Baden-Baden 2018) S. 78 f.
- 99) Karl Renner: Ist der Marxismus Ideologie oder Wissenschaft?, in: Der Kampf, 1928/Heft 6, S. 246
- 100) Vgl.: Mike Schmeitzner: Lenin oder Levi? Die Debatte um die „Diktatur des Proletariats“ in der neueren Literatur, in: Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung, 14/2017, S. 161
- 101) Vgl.: Norbert Leser: Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis (Wien/Frankfurt/Zürich 1968) S. 56
- 102) Renner: Marxismus, Krieg und Internationale, S. 31
- 103) Vgl.: Rudolf Gerlich: Die gescheiterte Alternative. Sozialisierung in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg (Wien 1980) S. 49 f.
- 104) Saage: Karl Renners Version, S. 82
- 105) Karl Renner: Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung (Wien 1924) S. 338
- 106) Saage: Renners Version, S. 83
- 107) Karl Renner: Die Dreieinheit der Arbeiterbewegung. Referat von Dr. Karl Renner (1928). Zitiert nach: Nasko/Reichl, S. 141
- 108) Renner: Marxismus, Krieg und Internationale, S. 22 f.
- 109) Ebd.
- 110) Renner: Wirtschaft als Gesamtprozess, S. 374
- 111) Jacques Hannak: Karl Renner und seine Zeit (Wien 1965) S. 398
- 112) Leser: Reformismus und Bolschewismus, S. 92
- 113) Vgl.: Im Jahr 1947 schrieb Karl Renner den Text „Hundert Jahre Karl Marx: Erbe und Auftrag“, der erst posthum erschien, in: Karl Renner: Wandlungen der modernen Gesellschaft (Wien 1953) S. 15 ff.
- 114) Vgl.: Kriechbaumer: Österreich retten, S. 211 und Pelinka: Gescheiterte Republik, S. 83
- 115) Vgl.: Huber/Erker/Taschwer: Der Deutsche Klub und Rosar: Deutsche Gemeinschaft
- 116) Stenographisches Protokoll der 56. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich vom 3. Oktober 1928, S. 1622
- 117) Bruno Kreisky: Im Strom der Zeit. Der Memoiren zweiter Teil (Wien/München/Zürich 2000) S. 354
- 118) Illustrierte Kronen-Zeitung, 22.10.1932, S. 5
- 119) Vgl.: Leser: Bolschewismus und Reformismus, S. 449 ff. und Ernst Hanisch: Der große Illusionist Otto Bauer (Wien/Köln/Weimar 2011) S. 275 ff.
- 120) Zitiert nach: Walter Goldinger (Hg.): Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei: 1932–1934 (Wien 1980) S. 124
- 121) Stenographisches Protokoll der 125. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, am 04.03.1934, S. 3353
- 122) Ebd.: S. 3391
- 123) Zitiert nach: Nasko/Reichel: Karl Renner, S. 47
- 124) Laut Protokollen des sozialdemokratischen Parlamentsklubs, Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung Protokolle der Klub-, Verbands-, Vorstands- und Bundesratssitzungen, Klubvorstand vom 04.03.1933, Mappe Nr. 20

Anmerkungen

- 125) Ignaz Seipel: Die große Linie der geistigen Entwicklung unserer Zeit, in: Wiener Zeitung, 10.01.1924, S. 4
- 126) Siehe: Nasko/Reichl: Karl Renner, S. 48
- 127) Goldinger: Protokolle, S. 218
- 128) Paul Dvorak: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1930–1938. Ein Forschungsüberblick. In: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938 (Wien/Köln/Weimar 2013) S. 20
- 129) Laut Protokollen des sozialdemokratischen Parlamentsklubs, Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung Protokolle der Klub-, Verbands-, Vorstands- und Bundesratssitzungen, Protokoll des Parteivorstandes vom 12.06.1933, Mappe Nr. 6
- 130) Zitiert nach: Panzenböck: Ein deutscher Traum, S. 190
- 131) Zitiert nach: Rauscher: Karl Renner, S. 284 f.
- 132) Zitiert nach: Panzenböck: Ein deutscher Traum, S. 191
- 133) Zitiert nach: Panzenböck: Ein deutscher Traum, S. 191
- 134) Ebd.: S. 188 f.
- 135) Zitiert nach: Rauscher: S. 286 f.
- 136) Siehe: Hannak: Karl Renner, S. 602 f.
- 137) Salzburger Wacht, 27.02.1932, S. 3
- 138) Der Wiener Tag, 27.02.1932, S. 7
- 139) Otto Bauer: Werkausgabe, Band 7, Wien 1979, S. 496 ff. und „Klassenkampf und Ständeverfassung“, in Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift, Jänner 1934/1
- 140) Hannak: Karl Renner, S. 604
- 141) Die Gesellschaft – Internationale Revue für Sozialismus und Politik, Jg. 7, Berlin 1930/1, S. 139 f.
- 142) Nasko/Reichl: Karl Renner, S. 214
- 143) Zitiert nach: Hannak: Karl Renner, S. 625 f.
- 144) Fritz Weber: Karl Renner über die sozialdemokratischen Bemühungen um einem Kompromiss mit Dollfuß, das Aufgeben der „Anschluss“-Orientierung und die soziale Basis des Austrofaschismus. Bemerkungen zu einem Memorandum aus dem Jahr 1936, in: Zeitgeschichte, 1983, S. 255 ff.
- 145) Ebd.: S. 256
- 146) In einem Briefwechsel zwischen Karl Renner und dem 1938 nach England geflohenen kommunistischen Juristen Walter Wodak, der ab 1946 im auswärtigen Dienst der Republik stand, wird dieser Artikel zum Thema gemacht und ersucht eine Abschrift aufzutreiben. Walter Wodak: Diplomatie zwischen Ost und West (Wien/Graz/Köln 1976) S. 235
- 147) Die Broschüre hat zwei Vorworte Karl Renners, eines von Mitte September und eines vom 1. November 1938. Zitiert nach: Eduard Rabofsky (Hg.): Karl Renner: ... der Anschluß und die Sudetendeutschen (Wien 1990) o. p.
- 148) Karl Renner: Die Novemberverbrecher? Die Anklagen der Hitler-Bewegung gegen die „Novemberverbrecher“ wegen nationalen Verrats (Wien 1932) S. 89
- 149) Karl Renner sagte in der Sitzung des Kabinettsrates der Provisorischen Staatsregierung, am 10. Mai 1945: „[...] Ich nehme es als selbstverständlich an, daß ein solches Gesetz gemacht werden muß. Es wäre doch unverständlich, daß man jeden kleinen jüdischen Kaufmann oder Hausierer für seinen Verlust entschädigt, daß man aber einer ganzen Klasse und einer Bewegung, der 47 Prozent der Bevölkerung angehört haben, straflos und ohne Ersatz das Ergebnis ihrer emsigen Sammeltätigkeit und ihrer Organisationsarbeit glatt wegnehmen kann, ohne daß das Gesetz eine Remedur dagegen schafft.“ Er betonte jedoch, dass er das „Vermögensentziehungs-Erfassungsgesetz“, um das es in dieser Sitzung ging, nicht mit der Frage der Rückgabe des Vermögens der SDAP verbinde. Sollte die Rückgabe des Parteivermögens jedoch nicht erfolgen, drohte er seinen Rücktritt an. Er sei dann nicht im Stande „an der Weiterführung der Geschäfte des Staates teilzunehmen“. Zitiert nach: Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Band 1 (Wien 1995) S. 41
- 150) Nach: Maria Mesner/Margit Reiter/Theodor Venus: Enteignung und Rückgabe. Das sozialdemokratische Parteivermögen in Österreich 1934 und nach 1945 (Innsbruck/Wien/Bozen 2007) S. 33 f.
- 151) Vgl.: Ernst Bruckmüller: Die Entwicklung des Österreichbewusstseins, in: Robert Kriechbaumer (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Band 1 (Wien/Köln/Weimar 1998) S. 372 ff.

-
- 152) Christoph Rella: Entscheidung am Semmering, in: Wiener Zeitung, am 05.05.2020
- 153) Vgl.: Martin Zellhofer: Die NS-Morde und Standgerichtsfälle in Schwarzaun im Gebirge und Umgebung im April/Mai 1945 im Lichte des Volksgerichtsverfahrens 1945–1948 (Diplomarbeit, Wien 2008)
- 154) Manfred Rauchensteiner: Unter Beobachtung. Österreich seit 1918 (Wien/Köln/Weimar 2017) S. 246 f.
- 155) Vgl.: Rudolf G. Ardelt: Das „Problem“ Friedrich Adler, in: Helmut Konrad (Hg.): Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln. Anschluß 1918 und 1938 (Wien/München/Zürich 1978) S. 75 f.
- 156) Zitiert nach: <https://www.hdgoe.at/moskauer-deklaration>
- 157) Vgl.: Rauchensteiner: Unter Beobachtung, S. 248
- 158) Ebd.
- 159) Vgl.: Wolfgang Müller: Stalin, Renner und die Wiedergeburt Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Vierteljahrszeitschrift für Zeitgeschichte (VfZ), 1/2006, S. 129
- 160) Ebd.: S. 136
- 161) Vgl.: Stefan Karner/Peter Ruggenthaler: Die Renner-Stalin-Briefe. Eine Dokumentation (Gloggnitz 2016) S. 3
- 162) Vgl.: Saage: Karl Renner, S. 313 f.
- 163) Oliver Rathkolb machte darauf in einem Interview aus dem Jahr 2015 aufmerksam, in: „Befehl von oben: Fischbach ist einzunehmen“, Der Standard, 26.04.2015
- 164) Alfred Noll: Das Fundament der Zweiten Republik, in: Wiener Zeitung, 25.04.2020
- 165) Heidemarie Uhl: Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Heft 1/2001, S. 93–108
- 166) Karner/Ruggenthaler: Die Renner-Stalin-Briefe, S. 9
- 167) Stefan Karner und Peter Ruggenthaler entdeckten die Originale des Briefwechsels zwischen Renner und Stalin im Russischen Staatsarchiv 2015. In einem Interview für die ARD erzählt Karner von den handschriftlichen Anmerkungen Stalins auf Renners Briefen: „Briefe an Stalin: Der Österreicher Karl Renner – ein listiger Schmeichler“, 24.05.2015
- 168) Stefan Karner berichtet über diese Formulierung Stalins in der ORF III-Dokumentation „Die Baumeister der Republik – Karl Renner“, ORF III, 09.04.2016
- 169) Oskar Helmer sagte, am 9. November 1948, in einer Ministerratssitzung in Bezug auf die Rückstellung jüdischen Eigentums, hier das „erblose Vermögen“: „Ich bin dafür, dass man die Sache in die Länge zieht.“ Zitiert nach: Robert Knight (Hg.): „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1953 über die Entschädigung der Juden (Wien/Köln/Weimar 2000) S. 9
- 170) Zitiert nach: Anton Staudinger: Christlichsoziale Judenpolitik in der Gründungszeit der österreichischen Republik, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte (Wien 1978) S. 11
- 171) Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Band 2 (Wien 1999), am 29.08.1945, S. 388
- 172) Maria Mesner (Hg.): Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ (Wien/München 2005) S. 70 f.
- 173) Stenographisches Protokoll der Eröffnungssitzung des Nationalrates der Republik Österreich, am 19.12.1945, S. 6
- 174) Zitiert nach: Richard Hufschmied: „Ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und sonstige Bestrittenheit oder Unbestrittenheit“. Die (un)endliche Geschichte von Karl Renners Museum der Ersten und Zweiten Republik (1946–1998), in: Dirk Rupnow/Heidemarie Uhl (Hg.): Zeitgeschichte ausstellen. Museen – Gedenkstätten – Ausstellungen (Wien 2011) S. 46 f.
- 175) Hellmut Butterweck: „Der unsägliche Nebensatz“, in: Wiener Zeitung, 28.04.2020, S. 2
- 176) Zitiert nach: „SPÖ-Bundespräsidenten verzichteten auf kirchlichen Beistand“, in: Die Presse, 08.08.2014
- 177) Präsidium der Sozialistischen Partei Österreichs (Hg.): Bruno Kreisky. Reden, Band 2 (Wien 1981) S. 789
- 178) Karl Renner: Ein anderes Österreich. Dem Entscheidungskampf entgegen, in: Der Kampf, Nr. 6/7/1930.

Literatur

- Rudolf G. Ardelt: Das „Problem“ Friedrich Adler, in: Helmut Konrad (Hg.): Sozialdemokratie und „Anschluß“. Historische Wurzeln. Anschluß 1918 und 1938 (Wien/München/Zürich 1978) S. 71–87
- Birgitta Bader-Zaar: Die Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung, in: Parlamentsdirektion (Hg.): Umbruch und Aufbruch. Parlamentarische Demokratie in Österreich (Wien 2019) S. 16–27
- Otto Bauer: Die österreichische Revolution (Wien 1923)
- Otto Bauer: Werkausgabe, Band 7 (Wien 1979)
- Klaus Berchtold (Hg.): Österreichische Parteiprogramme 1868–1966 (Wien 1967)
- Ernst Bruckmüller: Die Entwicklung des Österreichbewusstseins, in: Kriechbaumer, Robert (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Band 1 (Wien/Köln/Weimar 1998) S. 369–396
- Paul Dvorak: Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1930–1938. Ein Forschungsüberblick. In: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938 (Wien/Köln/Weimar 2013) S. 17–40
- Gertrude Enderle-Burcel/Hanns Haas/Peter Mähner (Hg.): Der österreichische Staatsrat. Protokolle des Vollzugsausschusses des Staatsrates und des geschäftsführenden Staatsdirektoriums, Band 1 (Wien 2008)
- Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerabek/Wolfgang Müller/Stefan Semotan (Hg.): Protokolle des Ministerrats der Ersten Republik der Republik Österreich. (Deutsch-)Österreichischer Kabinettsrat, Kabinett Dr. Karl Renner, Band 1 (Wien 2018)
- Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerabek/Leopold Kammerhofer (Hg.): Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Band 1 (Wien 1995)
- Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jerabek (Hg.): Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, Band 2 (Wien 1999)
- Gertrude Enderle-Burcel/Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.): Antisemitismus in Österreich 1933–1938 (Wien 2018)
- Rudolf Gerlich: Die gescheiterte Alternative. Sozialisierung in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg (Wien 1980)
- Wolfgang Göderle: Zensus und Ethnizität. Zur Herstellung von Wissen über soziale Wirklichkeiten im Habsburgerreich zwischen 1848 und 1910 (Göttingen 2016)
- Walter Goldinger (Hg.): Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei: 1932–1934 (Wien 1980)
- Simon Handler: Feindschaften. In: Johannes Feichtinger/Heidmarie Uhl: Habsburg neu denken. Vielfalt und Ambivalenz in Zentraleuropa (Wien/Köln/Weimar 2016) S. 59–65
- Anton Heinzl: Vermögenszug zwischen 1934 und 1938 sowie die Frage der Rückgabe am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (Diplomarbeit, Wien 2008)
- Christoph Hinteregger: Der Judenschwindel (Wien 1923)
- Everhard Holtmann: Sozialdemokratische Defensivpolitik vor dem 12. Februar 1934, in: Ludwig Jedliczka/Rudolf Neck (Hg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen (Wien 1975) S. 113–120
- Andreas Huber/Linda Erker/Klaus Taschwer: Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg (Wien 2020)
- Richard Hufschmied: „Ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und sonstige Bestrittenheit oder Unbestrittenheit.“ Die (un)endliche Geschichte von Karl Renners Museum der Ersten und Zweiten Republik (1946–1998), in: Dirk Rupnow/Heidmarie Uhl (Hg.): Zeitgeschichte ausstellen. Museen – Gedenkstätten – Ausstellungen (Wien 2011) S. 45–86
- Walter M. Iber: „... eines der Länder, welche den allermittelmäßigsten finanziellen Rufe der Welt haben.“ Währung und Staatsfinanzen in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg, in: Stefan Karner/Gerhard Botz/Helmut Konrad (Hg.): Epochenbrüche im 20. Jahrhundert (Wien/Köln/Weimar 2017) S. 55–70
- Gerhard Jelinek: Neue Zeit 1919. Ein Jahr zwischen Hoffnung und Entsetzen (Wien 2019)
- Robert A. Kann: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918. Bd. 2: Ideen und Pläne zur Reichsreform. Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost, Bd. 5 (Graz/Köln 1965)
- Stefan Karner/Peter Ruggenthaler: Die Renner-Stalin-Briefe. Eine Dokumentation (Gloggnitz 2016)
- Katharina Kniefacz: Zeitungswissenschaft in Wien 1900–1945. Die Institutionalisierung im Kontext der deutschsprachigen Fachentwicklung (Diplomarbeit, Wien 2008)
- Robert Knight (Hg.): „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1953 über die Entschädigung der Juden (Wien/Köln/Weimar 2000)

- Bruno Kreisky: Im Strom der Zeit. Der Memoiren zweiter Teil (Wien/München/Zürich 2000)
- Robert Kriechbaumer (Hg.): „Dieses Österreich retten ...“ Protokolle der christlichsozialen Parteitage in der Ersten Republik (Wien/Köln/Weimar 2006)
- Norbert Leser: Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis (Wien/Frankfurt/Zürich 1968)
- Elena Mannová/Josef Tancer: Mehrsprachigkeit. In: Johannes Feichtinger/Heidemarie Uhl: Habsburg neu denken. Vielfalt und Ambivalenz in Zentraleuropa (Wien/Köln/Weimar 2016) S. 133–139
- Siegfried Mattl: Einleitung, in: Raimund Löw/Siegfried Mattl/Alfred Pfabigan: Der Austromarxismus. Eine Autopsie (Wien 1986) S. 5–9
- Vasilij Melik: Wahlen im alten Österreich am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung (Wien/Köln/Weimar 1997)
- Maria Mesner (Hg.): Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ (Wien/München 2005)
- Maria Mesner/Margit Reiter/Theodor Venus: Enteignung und Rückgabe. Das sozialdemokratische Parteivermögen in Österreich 1934 und nach 1945 (Innsbruck/Wien/Bozen 2007)
- Lorenz Mikoletzky: Saint Germain und Karl Renner. Eine Republik wird diktiert, in: Helmut Konrad/Wolfgang Maderthaner (Hg.): ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Republik, Bd. 1 (Wien 2008)
- Wolfgang Müller: Stalin, Renner und die Wiedergeburt Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 1/2006, S. 125–154
- Siegfried Nasko: Karl Renner in Dokumenten und Erinnerungen (Wien 1982)
- Siegfried Nasko/Johannes Reichel: Karl Renner. Zwischen Anschluß und Europa (Wien 2000)
- Siegfried Nasko: Karl Renner. Zu Unrecht umstritten? Eine Wahrheitssuche (Salzburg/Wien 2016)
- Thomas Olechowski: Hans Kelsen. Biografie eines Rechtswissenschaftlers (Tübingen 2020)
- Verena Pawlowsky/Harald Wendelin: Die Wunden des Staates. Kriegsoffer und Sozialstaat in Österreich 1914–1938 (Wien/Köln/Weimar 2015)
- Anton Pelinka: Karl Renner zur Einführung (Hamburg 1989)
- Anton Pelinka: Die gescheiterte Republik: Kultur und Politik in Österreich 1918–1938 (Wien 2018)
- Manfred Pils: Karl Renner und die Naturfreunde, in: Naturfreunde Internationale (Hg.): Karl Renner – Naturfreund und Europäer (Wien 2008) S. 25–28
- Anson Rabinbach: Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg (Wien 1989)
- Eduard Rabofsky (Hg.): Karl Renner: ... der Anschluß und die Sudetendeutschen (Wien 1990)
- Manfried Rauchensteiner: Unter Beobachtung. Österreich seit 1918 (Wien/Köln/Weimar 2017)
- Walter Rauscher: Karl Renner. Ein österreichischer Mythos (Wien 1995)
- Margit Reiter: Die Sozialdemokratie und Antisemitismus. Politische Kampfansage mit Ambivalenz, in: Gertrude Enderle-Burcel/Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.): Antisemitismus in Österreich 1933–1938 (Wien 2018) S. 361–380
- Joachim Riedl: Sozialdemokratie und Judentum, in: Hannes Androsch/Heinz Fischer/Wolfgang Maderthaner (Hg.): Vorwärts. Österreichische Sozialdemokratie seit 1889 (Wien 2019) S. 324–233
- Synopticus (= Karl Renner): Staat und Nation (Wien 1899)
- Rudolf Springer (= Karl Renner): Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat, Teil I (Wien 1902)
- Karl Renner: Marxismus, Krieg und Internationale (Wien 1917)
- Karl Renner: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in besonderer Anwendung auf Oesterreich (Leipzig/Wien 1918)
- Karl Renner: Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung (Berlin 1924)
- Karl Renner: Wege der Verwirklichung. Betrachtungen über politische Demokratie, Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus (Berlin 1929)
- Karl Renner: Der Mensch in der Wirtschaft und der Sozialismus (Wien 1930)

Literatur

- Karl Renner: Die Novemberebrecher? Die Anklagen der Hitler-Bewegung gegen die „Novemberebrecher“ wegen nationalen Verrats (Wien 1932)
- Karl Renner: Denkschrift über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs und die Einsetzung der Provisorischen Regierung der Republik (Wien 1945)
- Karl Renner: An der Wende zweier Zeiten (Wien 1946)
- Karl Renner: Wandlungen der modernen Gesellschaft (Wien 1953)
- Wolfgang Rosar: Deutsche Gemeinschaft. Seyß-Inquart und der Anschluss (Wien 1971)
- Michael Rosecker: Großräume und Kleinstaat – Karl Renner zwischen vereinigtem (Mittel-)Europa und Großdeutschland am Ende des Ersten Weltkrieges, in: Stefan Karner: Die umkämpfte Republik. Österreich 1918–1938 (Innsbruck/Wien/Bozen 2017) S. 343–348
- Peter Robert Risbeck: Österreichische Sozialdemokratie und Nationalitätenfrage. Der Beitrag von Otto Bauer und Karl Renner zum Minderheitenrecht (Mainz 1995)
- Herbert Rütgen: Antisemitismus in allen Lagern. Publizistische Dokumente zur Ersten Republik Österreich 1918–1938 (Dissertation, Graz 1989)
- Helmut Rumpler/Peter Urbanitsch (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VII, Verfassung und Parlamentarismus (Wien 2000)
- Richard Saage: Der erste Präsident. Karl Renner – eine politische Biografie (Wien 2016)
- Richard Saage: Karl Renners Version des „Austromarxismus“, in: Andreas Frisahn/Thilo Scholle/Ridvan Ciftci (Hg.): Marxismus als Wissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus (Baden-Baden 2018) S. 77–90
- Günther Sandner: Der Austromarxismus und die Wiener Moderne, in: Andreas Frisahn/Thilo Scholle/ Ridvan Ciftci (Hg.): Marxismus als Sozialwissenschaft. Rechts- und Staatsverständnisse im Austromarxismus (Baden-Baden 2018) S. 111–123
- Mike Schmeitzner: Lenin oder Levi? Die Debatte um die „Diktatur des Proletariats“ in der neueren Literatur, in: Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung, 14/2017, S. 153–162
- Richard Schmitz: Das christlich-soziale Programm. Mit Erläuterungen (Wien 1932)
- Friedrich Stadler: Spätaufklärung und Sozialdemokratie in Wien 1919–1938, in: Franz Kadrnoska (Hg.): Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938 (Wien 1981) S. 441–474
- Anton Staudinger: Christlichsoziale Judenpolitik in der Gründungszeit der österreichischen Republik, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte (Wien 1978) S. 11–48
- Günther Steiner: „Wieder Teil der Weltgemeinschaft sein ...“ – Österreichs Beitrittsprozess zu den Vereinten Nationen 1945–1955. Online veröffentlicht, 17. Dezember 2013: <https://doi.org/10.7767/dug.2010.1314.1.353>
- Jura Soyfer: So starb eine Partei. Prosa, in: Horst Jarka (Hg.): Werkausgabe (Wien 2002)
- Leo Trotzki: Die Geschichte der russischen Revolution. Oktoberrevolution (Essen 2010)
- Heidemarie Uhl: Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Heft 1/2001
- Verein Dr. Karl Renner-Gedenkstätte (Hg.): Karl Renner. Ein österreichisches Phänomen (Wien 1996)
- Fritz Weber: Karl Renner über die sozialdemokratischen Bemühungen um einem Kompromiss mit Dollfuss, das Aufgeben der „Anschluss“-Orientierung und die soziale Basis des Austrofaschismus. Bemerkungen zu einem Memorandum aus dem Jahr 1936, in: Zeitgeschichte, 1983, S. 253–266
- Walter Wodak: Diplomatie zwischen Ost und West (Wien/Graz/Köln 1976)
- Martin Zellhofer: Die NS-Morde und Standgerichtsfälle in Schwarzaun im Gebirge und Umgebung im April/Mai 1945 im Lichte des Volksgerichtsverfahrens 1945–1948 (Diplomarbeit, Wien 2008)

Bildnachweis

Karl Renner-Museum, Gloggnitz: Seiten 1, 5, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 17, 18, 23, 29, 37, 40, 42, 44, 47, 50, 52, 53, 54, 56, 58 und 61

Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv: Seiten 6, 15, 27 und 35

Sammlung Michael Rosecker: Seiten 19, 21, 24, 26, 28, 31, 33, 34, 36, 39, 43, 49, 50 (Postkarte) und 55

Gemeinfrei: Seiten 22 und 32

Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung: Seite 40 (Otto Bauer)

Institut für Zeitgeschichte: Seite 57

Privatbesitz Erich Santner: Seite 59



RI **Renner**Institut

www.renner-institut.at

ISBN 978-3-85464-044-8

EUR 8,00

